

Zeitgeschichte in Hamburg



2004

*Zeitgeschichte in Hamburg
Nachrichten aus der Forschungsstelle
für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
2004*

Zeitgeschichte in Hamburg 2004



Das Titelfoto zeigt die Ruine des Hannoverschen Bahnhofs in Hamburg, die am 16.10.1955 wegen Baufälligkeit gesprengt wurde. Von 1940–1945 fungierte der Bahnhof als zentraler Deportationsbahnhof.

Foto entnommen: Erich Staisch, Hamburg und seine Dampflokomotivzeit, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1983

Impressum

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Hamburg, 2005

Redaktion: Frank Bajohr, Dorothee Wierling

Gestaltung: Andrea Orth Grafik, Hamburg

Druck: Druckerei Schierhorn, Hamburg

1. Auflage

März 2005

Inhalt

Vorwort	7
Werner Jochmann – ein Rückblick zum zehnten Todestag (<i>Ursula Büttner</i>)	11
<i>Stefanie Schüler-Springorum</i> Werner Jochmann und die deutsch-jüdische Geschichte	14
<i>Linde Apel/Frank Bajohr</i> Die Deportation von Juden sowie Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof in Hamburg 1940–1945	21
<i>Armin Nolzen</i> „Totale Organisation“. Die Geschichte der NSDAP im nationalsozialistischen Herrschaftssystem	64
Projektberichte	
Medienmetropole Hamburg. Stadt und mediale Öffentlichkeiten in Hamburg vom Ende der 1920er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre (<i>Karl Christian Führer</i>)	77
Suburbane Erfahrungsräume. Das nördliche Umland Hamburgs von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre (<i>Axel Schildt</i>)	81
Kaffee-Welten. Import, Verarbeitung, Handel und Konsum von Kaffee im Hamburg des 20. Jahrhunderts (<i>Dorothee Wierling</i>)	84
Tätigkeitsbericht der FZH 2004	87

Vorwort

Zum zweiten Mal legt die FZH ihren Jahresbericht in der Form einer Publikation vor, ergänzt um einige zeitgeschichtliche Beiträge. Wir wollen auf diese Weise nicht nur Rechenschaft über unsere Tätigkeit leisten, sondern auch ein historisch interessiertes Publikum in Hamburg ansprechen und für unsere Tätigkeit interessieren.

Trotz einiger Probleme können wir auf eine erfolgreiche Forschungsarbeit 2004 zurückblicken. So werden wir im Frühjahr 2005 eine rund 700seitige Gesamtdarstellung der Geschichte Hamburgs im „Dritten Reich“ veröffentlichen, die den Kern unserer zeitgeschichtlichen Aktivitäten zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 60 Jahren bilden wird (näheres s. u. Punkt 2 des Jahresberichts). Das Buch wird im renommierten Göttinger Wallstein Verlag erscheinen, nachdem der Hamburger Christians Verlag – unser langjähriger Hamburger „Hausverlag“, mit dem wir viele Jahre erfolgreich zusammengearbeitet haben – überraschend Insolvenz anmelden musste. Großer Dank für die nicht unkomplizierte Redaktionsarbeit des Bandes „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ gebührt unserem Mitarbeiter Dr. Josef Schmid.

Einige unserer Aktivitäten und Planungen stehen im Zusammenhang mit dem Gedenken an das Ende der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges, darunter eine Dokumentation, die Dr. Linde Apel und Dr. Frank Bajohr im Auftrag der Kulturbehörde erstellt haben: Die Deportationen von Juden sowie Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof in Hamburg 1940–1945. Der Text (ohne Dokumente) wird in dieser Broschüre veröffentlicht.

Als Erfolg im Jahr 2004 betrachten wir auch, dass die drittmittelfinanzierten Forschungsprojekte mittlerweile mehr als die Hälfte der Institutsprojekte ausmachen; so wurden die Projekte zur Hamburger Mediengeschichte und zur Jugendkultur der 60er Jahre durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

um ein drittes Jahr verlängert; erfolgreich angelaufen ist ein Projekt über die Entwicklung und Erfahrungswelten im schleswig-holsteinischen Umland Hamburgs, dem so genannten „Speckgürtel“, von den 50er bis in die 70er Jahre. Es wird von der FZH gemeinsam mit dem Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte betrieben und ebenfalls von der DFG finanziert. Die Gerda Henkel Stiftung fördert das Projekt „Zentrale Orte der städtischen Elite im 20. Jahrhundert – Industrie-Club Düsseldorf und Übersee-Club Hamburg“. Ein weiteres Projekt, das von der DFG finanziert und von Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Universität Hannover) und Prof. Dr. Axel Schildt (FZH) geleitet wird, beschäftigt sich komparativ mit kriegszerstörten Baudenkmalern als Indikatoren und Seismographen lokaler Wiederaufbau-Politik und Geschichtsdeutungen. Schließlich haben wir ein Projekt zur Geschichte des Reemtsma-Konzerns von den 20er bis zu den 60er Jahren begonnen, das durch ein großzügiges „Gerd-Bucerius-Doktorandenstipendium“ der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius ermöglicht wurde.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der FZH haben 2004 ca. 40 Veröffentlichungen vorgelegt und 70 Vorträge im In- und Ausland gehalten (s. Punkt 10 und 11 des Jahresberichts), Expertisen für städtische Behörden erstellt, in zahlreichen Gremien mitgearbeitet, an der Universität Hamburg gelehrt und als Prüfer bei Dissertationen, Masterarbeiten und Staatsexamensarbeiten fungiert. Die Kooperation mit der Universität, vor allem mit dem Historischen Seminar, ist sehr intensiv, und die FZH erfreut sich bei Studierenden steigender Bekanntheit und Wertschätzung, eine Chance der Nachwuchsgewinnung auch für das Institut. Allerdings muss betont werden, dass es eine „kritische Masse“ für die erfolgreiche Arbeit einer kleinen Einrichtung wie der FZH gibt. Von sechs unbefristet besetzten Stellen für Wissenschaftler – eingeschlossen Direktor und Stellvertretende Direktorin – ist eine Stelle im letzten Jahr entfallen, als unser langjähriger Mitarbeiter Dr. Uwe Lohalm in den Ruhestand trat. Damit hatte die FZH einen nur schwer zu verkraftenden Konsolidierungsbeitrag für den hamburgischen Haushalt zu entrichten, zumal Projektanträge an forschungsfördernde Einrichtungen nur dann erarbeitet werden können, wenn die personelle Grundversorgung des Instituts gesichert ist.

Zum Abschied von unserem Kollegen Uwe Lohalm hat die FZH am 1. Oktober 2004 ein Symposium mit dem Thema „Vom völkischen Radikalismus zur nationalsozialistischen Herrschaft“ ausgerichtet (s. u. 2); damit wurden seine

einschlägigen Forschungen auf diesen beiden Forschungsfeldern gewürdigt. Ein Vortrag von Armin Nolzen zur NSDAP als „totaler Organisation“ wird in dieser Broschüre abgedruckt.

Großen Dank schuldet die FZH Uwe Lohalm für die mehrjährige kommissarische Leitung des Instituts und die erfolgreiche Überleitung von der behördlichen Stelle in eine Stiftung, die 1997 vollzogen wurde. Dabei denken wir, wie auch schon vor einem Jahr, zurück an die Frühzeit des Instituts. Zur Wissenschaftsgeschichte der FZH und ihrer Vorgänger-Einrichtungen wird diesmal – eingeleitet durch Frau Prof. Büttner – ein Beitrag von Dr. Stefanie Schüler-Springorum (Direktorin der Instituts für die Geschichte der deutschen Juden; IGDJ) über das Wirken von Werner Jochmann veröffentlicht, des langjährigen Leiters der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg.

Der Jahresbericht (Punkte 6–8) weist weitere Zuwächse im Bestand der Bibliothek (nunmehr 73 892 Titel), des Archivs und der Sammlung lebensgeschichtlicher Interviews in der Werkstatt der Erinnerung (jetzt 1288 Interviews, 30 Prozent mehr als Ende 2003) auf. Auch die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer dieser Service-Einrichtungen für die zeitgeschichtliche Forschung hat sich weiter erhöht. Da wir hier an die Grenzen personeller und räumlicher Kapazitäten stoßen, haben wir ein vitales Interesse an den Plänen, die FZH mit dem IGDJ und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) räumlich näher am Campus zusammenzuführen, um Synergieeffekte zu nutzen. Insbesondere mit dem IGDJ verbinden uns mehrere Kooperationsvorhaben. Entsprechende technische Planungen sind abgeschlossen, eine politische Entscheidung ist 2005 zu erwarten.

Während in früheren Jahren der Besuch öffentlicher Vortragsveranstaltungen in der FZH manchmal zu wünschen übrig ließ, haben wir mittlerweile andere Sorgen, nämlich bis zu 70 Interessierte in einem für maximal 30 Personen ausgelegten Raum unterzubringen; die meisten Vortragsveranstaltungen (s. Punkt 4 des Jahresberichts) waren überfüllt, das Publikum wechselte durchaus und umfasste alle Altersgruppen. Auf Initiative von Dr. Linde Apel, Leiterin der Werkstatt der Erinnerung, wurden zudem zwei Fotoausstellungen in den Räumen der FZH gezeigt, die große Resonanz fanden. Zur Eröffnung der Wanderausstellung „Jüdisches Leben heute“ (gemeinsam organisiert mit dem IGDJ) fanden sich etwa 100 Personen ein. Der weiteren Verankerung in der städti-

schen Öffentlichkeit soll der Aufbau eines Freundes- und Fördererkreises der FZH dienen. Zweimal traf sich 2004 ein Kreis von Persönlichkeiten aus Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, um mit uns die Arbeit der FZH zu erörtern. Diese für uns nützlichen Gespräche werden fortgesetzt, und wir streben eine Erweiterung des Kreises an.

Mit Verbesserungen unserer Öffentlichkeitsarbeit, für die es in der FZH keine eigene Stelle gibt, wollen wir uns vor allem in der internationalen Forschungslandschaft weiter bekannt machen. Dem dient eine neue Internet-Präsentation der Werkstatt der Erinnerung und ihrer Bestände (www.werkstatt-der-erinnerung.de), ergänzt um eine veränderte Homepage der FZH, die 2005 erweitert werden wird.

Unser relativ kleines Institut ist innerhalb der zeitgeschichtlichen Forschungslandschaft recht gut vernetzt, wie die zahlreichen Mitgliedschaften unserer Mitarbeiter in Gremien und Expertenkommissionen zeigen. Dass der Direktor der FZH auf dem Kieler Historikertag in den Vorstand des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands gewählt wurde, ist als ein weiteres Indiz dafür zu werten (s. Punkt 5 des Jahresberichts).

In zahlreichen Zeitungsartikeln wurde 2004 zum Ausdruck gebracht, dass die Zeitgeschichte mittlerweile vom Randdasein in das Zentrum der Geschichtswissenschaft gerückt ist und in der Öffentlichkeit großes und steigendes Interesse genießt. Die gestiegene Bedeutung der Zeitgeschichte stellt jedoch wachsende Anforderungen an die öffentliche Verantwortung der Zeithistoriker. Die Ära erbitterter Grabenkämpfe scheint vorüber, die Bereitschaft zur Kooperation wächst. Als hoffnungsvolles Zeichen in dieser Richtung ist ein kürzlich erfolgtes Treffen der Direktoren von fünf deutschen zeitgeschichtlichen Instituten zu werten (dem Dresdner Hannah Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, dem Münchner Institut für Zeitgeschichte, dem Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen, dem Hamburger Institut für Sozialforschung und der FZH). Dabei wurde u. a. ein erstes gemeinsames Tagungsvorhaben erörtert. Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg wird sich weiterhin darum bemühen, die Zeitgeschichtsschreibung gemäß unseres stadthistorisch und norddeutsch geprägten Profils mit interessanten Forschungsbeiträgen zu beleben.

Prof. Dr. Axel Schildt
PD Dr. Dorothee Wierling

Werner Jochmann – ein Rückblick zum zehnten Todestag

Zu den Ereignissen, die 2004 in der Forschungsstelle zu bedenken waren, gehört der zehnte Todestag ihres ersten Leiters nach der Neugründung im Jahr 1960, Werner Jochmann.

1921 in einem Dorf bei Görlitz in einer kleinbäuerlichen Familie geboren, wurde er sofort nach dem Abitur 1940 zur Wehrmacht eingezogen und im August 1941 in Russland schwer verwundet. Nach einem langen Lazarettaufenthalt konnte er im Sommer 1942 in Breslau mit dem Studium der Geschichte, Germanistik, Geographie und Philosophie beginnen. Das Kriegsende führte ihn auf Umwegen nach Hamburg, wo er 1949 mit einer Arbeit zur mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte promovierte. Aber es drängte ihn zur Zeitgeschichte. Erklärungen waren nötig, wie eine derart inhumane politische Bewegung wie der Nationalsozialismus in einem zivilisierten Volk hatte zur Macht gelangen und sie zwölf Jahre lang ausüben können. Die Auseinandersetzung mit der neueren und neuesten Geschichte erschien als Möglichkeit, wieder Orientierung zu finden.

1953 erhielt Jochmann als Assistent von Fritz Fischer dazu die Chance. Seit 1960 wurden seine Ideen einer Verbindung von Sozial-, Ideen- und Politikgeschichte zur Leitlinie beim Aufbau der neuen Forschungsstelle.¹ Dabei setzte Jochmann durch, dass der Nationalsozialismus im weiten Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands seit der Reichsgründung von 1871 zu untersuchen sei und dass die Voraussetzungen für seinen Erfolg ebenso berücksichtigt werden müssten wie die Gegenkräfte und die Nachwirkungen. Die –

geforderte – Konzentration auf die Stadt sollte genutzt werden, um sozialgeschichtliche Erkenntnisse von allgemeiner Bedeutung zu gewinnen. Dank dieser Ausweitung des Forschungsprogramms konnte 1966 die „Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung“ so in die Forschungsstelle integriert werden, dass beide Einrichtungen seit 1997 unter dem gemeinsamen Namen „Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg“ firmieren.

In der Ära Jochmann erschien eine breite Palette von Studien zur politischen Sozialgeschichte Hamburgs und Deutschlands vom Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Der Schwerpunkt lag bei der Frage nach den Ursachen für das Aufkommen des Nationalsozialismus, nach seinen Vorläufern und Wegbereitern. Jochmann selbst erarbeitete vielbeachtete Untersuchungen und Dokumentationen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und in Deutschland, zur Ausbreitung des Antisemitismus zwischen 1871 und 1945 und zur politischen Rolle der Protestanten in dieser Phase der deutschen Geschichte. Um größere Breitenwirkung zu erzielen, wandte er sich mit Presseartikeln und unzähligen Vorträgen an die interessierte Hamburger Öffentlichkeit, erarbeitete mit seinen Kollegen an der Forschungsstelle mehrere Ausstellungen, engagierte sich viele Jahre lang in Einrichtungen der evangelischen Kirche und auf dem Gebiet der christlich-jüdischen Verständigung und widmete sich mit gleicher Ausdauer der akademischen Lehre.

Jochmann glaubte an die aufklärerische Kraft wissenschaftlicher Erkenntnis und wollte mit seiner Arbeit politisch wirken. Der moralische Antrieb seiner Arbeit, der dabei zum Tragen kam, trat bei der Auswahl der wissenschaftlichen Beziehungen in besonderer Weise zutage: Schon 1957, gleich nachdem sich Polen nach dem Ende der stalinistischen Ära vorsichtig nach Westen zu öffnen begann, knüpfte der in den Westen vertriebene Schlesier Jochmann Kontakte zu Kollegen dieses Landes und pflegte sie bis zum Lebensende. Nach der Gründung der Forschungsstelle wurden bald Verbindungen zu jüdischen Historikern und Historikerinnen in Israel, England, den USA und Frankreich noch wichtiger, worüber Stephanie Schüler-Springorum im Folgenden berichtet.² Durch seine menschliche Wärme bei der persönlichen Begegnung half Werner Jochmann diesen Kollegen, wieder Vertrauen zu deutschen Gelehrten zu fassen.

Anmerkungen

- 1 Genauer zu Jochmanns Forschungskonzeption: Ursula Büttner, Werner Jochmanns Wirken als Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, in: Dies. (Hg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 1, Hamburg 1986, S. XV–XXVII.
- 2 An der zweibändigen Festschrift zu Jochmanns 65. Geburtstag (s. Anm. 1) waren sieben polnische und elf jüdische Kollegen beteiligt.

Werner Jochmann und die deutsch-jüdische Geschichte

Fragt man nach frühen Kontakten deutscher Historiker zu emigrierten jüdischen Kollegen,¹ gerät man bald an eine Adresse in der Hamburger Rothenbaumchaussee, aber erstaunlicherweise nicht an das Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ), sondern an die 1960 nach der antisemitischen „Schmierwelle“ 1959/60 wiedergegründete „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus“ in der Rothenbaumchaussee 5.

Zwar hatte sich der Senat der Hansestadt bei der offiziellen Gründung im Jahre 1963 ausdrücklich erhofft, das neue Institut „würde praktisch in die Rolle eines deutschen Leo Baeck Instituts hineinwachsen und damit eine Lücke in Deutschland ausfüllen“, während man gleichzeitig erwartete, dass „die bestehenden Leo Baeck Institute mit dem hamburgischen Institut zusammenarbeiten werden.“² Bekanntlich sollte es aber mehr als ein Jahrzehnt dauern, bis wenigstens der zweite Teil dieser hochgesteckten Erwartungen erfüllt wurde. Stattdessen entwickelte sich der direkte Nachbar des IGdJ, die 1960 wiedergegründete „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus“, zur ersten Anlaufstelle für viele deutsch-jüdische Historiker, die bemüht waren, Kontakte nach Deutschland aufzubauen. Ausschlaggebend für diese lange Jahre andauernde und keineswegs konfliktfreie Verschiebung waren zunächst weniger institutionelle als eindeutig persönliche Gründe, die mit dem langjährigen Leiter der Forschungsstelle, Werner Jochmann, zusammenhingen.

Der 1921 geborene Jochmann gehörte zu jener Generation, die nicht nur in der Schule und in der HJ nationalsozialistisch sozialisiert worden waren, son-

dem die noch eigene, erwachsene Erinnerungen an Krieg und Judenverfolgung besaßen. Er selbst hat sich später häufig als „typisches Produkt der NS-Erziehung“³ bezeichnet, die ihm, dem Halbweisen aus einer kleinbürgerlichen Familie in der schlesischen Provinz, erst Gymnasialbildung und sozialen Aufstieg ermöglicht hatte. Seine frühe Verwundung an der Ostfront im September 1941 bewahrte ihn nicht nur vor Schlimmerem, sondern scheint, folgt man Jochmanns späterer Selbstbeschreibung, auch seine langsame Abkehr vom NS-Regime eingeleitet zu haben. Im Rückblick verknüpfte Jochmann sein lebenslanges Interesse an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und auch sein politisch-publizistisches Engagement immer wieder explizit mit seinen persönlichen Erfahrungen im Krieg gegen die Sowjetunion. Im Jahre 1948 promovierte er, nach dem Studium in Breslau, Göttingen und Hamburg, bei Hermann Aubin noch mit einem mediävistischen Thema, ergriff dann aber 1953 die Chance, sich als Assistent von Fritz Fischer ganz der deutschen Zeitgeschichte, und dies hieß: dem Ende der Weimarer Republik und der NS-Zeit zu widmen. Dass dies in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik eher die Ausnahme denn die Regel war, wissen wir nicht erst seit der Studie von Nicolas Berg.⁴ Interessant ist zudem, dass Jochmann in seiner Person das Interesse für die NS-Geschichte mit dem für die deutsch-jüdische Geschichte verband, für ihn also zwei Bereiche gewissermaßen eine Einheit bildeten, die danach – und von wenigen Ausnahmen abgesehen bis heute – in der deutschen Forschung zwei völlig getrennte Gebiete darstellen, mit unterschiedlichen Netzwerken, Diskussionen und Konfliktlinien. Inwieweit bei dieser, für Jochmann über lange Jahre hinweg typischen Verknüpfung auch die von Fritz Fischer im Sommer 1953 gegründete „Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Juden in Hamburg“ eine Rolle gespielt hat, lässt sich heute nicht mehr klären; ihr scheint zumindest kein intensives und langes Leben vergönnt gewesen zu sein.⁵

Sicher hatte sich – dies darf nicht übersehen werden – für Jochmann das eine deutlich aus dem anderen entwickelt. Am Anfang seines Interesses für jüdische Geschichte stand auch bei ihm die Frage nach der deutschen Verantwortung, nach dem „Wie konnte es geschehen?“ – und als er 1960 zum ersten Leiter der Forschungsstelle berufen wurde, widmete er seine ersten Veröffentlichungen auch genau diesem Problemkomplex am Beispiel Hamburgs. Im Gegensatz zu seinen süddeutschen Kollegen aus der Zeitgeschichte jedoch scheint Jochmann von Anfang an den Kontakt zu jüdischen Wissenschaftlern

gesucht und gepflegt zu haben. So datieren die ersten Briefe, die er mit Shaul Esh vom Institute for Contemporary Jewry wechselte, aus dem Jahre 1962. Esh reagierte dabei auf die ersten Bände der von Jochmann mit herausgegebenen Dokumentensammlung zur Geschichte des Nationalsozialismus und wies auf die mangelnde Rezeption von Werken jüdischer Wissenschaftler hin.⁶ Daraus entstanden ein intensiver wissenschaftlicher Austausch, die Vereinbarung einer Bibliothekskooperation mit Yad Vashem und schließlich gegenseitige Einladungen und Besuche (Esh kam 1965 nach Hamburg, Jochmann ein Jahr später nach Jerusalem). In den folgenden Jahren sollten sich diese israelischen Kontakte Jochmanns auf den Schüler Eshs, Josef Walk, aber auch auf Daniel Cohen, Eli Rothschild und viele andere ausdehnen.⁷ Ungefähr zur selben Zeit, genauer im Winter 1965, entstanden die bald so engen Beziehungen Jochmanns zum Londoner Leo Baeck Institut. Dessen Direktor Arnold Paucker, damals noch Fachmann für jiddische Volksliteratur, hielt an der Hamburger Universität einen Vortrag und kam mit Jochmann ins Gespräch. Dieser hatte inzwischen die Lebenserinnerungen des jüdischen Staatsrats Leo Lippmann ediert und war über seinen Kommentar zur NS-Dokumentenedition tief in die Geschichte der völkischen Bewegung und des Antisemitismus vorgedrungen.⁸ So lag es nahe, dass das LBI London im Rahmen der Vorbereitungen des zweiten großen Sammelbandes „Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, 1916–1923“ ein Jahr später auf den Leiter der Hamburger Forschungsstelle zukam.⁹ Auf einer Arbeitstagung, zu der das LBI im Dezember 1966 nach London einlud, lernte Jochmann weitere Londoner Exilanten kennen, und auch die lebenslange Freundschaft mit Tom Angress datiert aus jener Zeit. Der engste Kontakt jedoch entstand fortan zwischen Werner Jochmann und Arnold Paucker, der schon im Jahr darauf nach Hamburg kam und dessen Buch „Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik“ 1968 in der Schriftenreihe der Forschungsstelle erschien. Auch die Tatsache, dass Jochmann die freundlichen Worte Werner Mosses, er solle „bitte über die Zeitfrage völlig unbesorgt“¹⁰ sein, allzu wörtlich nahm und seinen voluminösen Beitrag den „fassunglosen“ (Weltsch) Londonern erst eineinhalb Jahre später als erwartet abgab, scheint den fortan intensiven Beziehungen zwischen dem dortigen LBI und der Hamburger Forschungsstelle keinen Abbruch – oder zumindest keinen unüberbrückbaren Abbruch – getan zu haben.¹¹ In den ersten zwei Jahrzehnten ihrer

Existenz pflegte die Forschungsstelle ganz überwiegend Kontakte zu jüdischen Einrichtungen im Ausland.¹²

Als alles andere als positiv sollte sich dies jedoch für das hanseatische Binnenklima zwischen den beiden benachbarten Instituten in der Rothenbaumchaussee erweisen. In die dortige Nr. 7, an das IGdJ, war nach einigen Gründungskapriolen der 1906 in Berlin geborene Religionswissenschaftler Heinz Moshe Graupe berufen worden, der 1933 nach Palästina emigriert war. Mittlerweile in Haifa ansässig, hatte Graupe zwar vor seiner Remigration den Kontakt zum Jerusalemer LBI und auch zu Daniel Cohen, dem Direktor des dortigen Zentralarchivs für die Geschichte des jüdischen Volkes gesucht, wo Teile der Akten der Hamburger Jüdischen Gemeinde verwahrt werden.¹³ Allerdings scheinen sich daraus keine engen Arbeitszusammenhänge zwischen dem neuen deutschen Institut und den deutsch-jüdischen Kollegen im Ausland ergeben zu haben, im Gegenteil: Mit Daniel Cohen kam es sehr schnell zu einem veritablen Streit um die Edition der Protokollbücher und Statuten der Hamburger Gemeinden, bei dem Cohen Graupe geistiges Plagiat unterstellte – ein Vorwurf, der das Kuratorium und den vorsitzenden Staatsrat mehrere Jahre beschäftigte.¹⁴ Hätte Graupe gewusst, dass Cohen damals von Werner Jochmann mit internen Informationen und Gerüchten über die angebliche Unzufriedenheit des Kuratoriums mit dessen Person und Tätigkeit versorgt wurde, wäre das Verhältnis zwischen den beiden Instituten vermutlich noch schlechter gewesen, als es ohnehin schon von Anfang an gewesen zu sein scheint.¹⁵ Aus Graupes Sicht mischte sich Jochmann als Nichtfachmann zu stark in die deutsch-jüdische Geschichte ein, Jochmann wiederum bemängelte, dass Graupe „keine wirkliche sinnvolle Arbeit“ leistete.

Und auch im Verhältnis zum Leo Baeck Institut sollte diese hanseatische Konkurrenz bald spürbar werden. Bei einem Gespräch Graupes mit Arnold Paucker im Frühjahr 1967 äußerte dieser deutliche Bedenken über eine mögliche Zusammenarbeit, da, so vermerkte Graupe, das LBI „bisher direkte Zusammenarbeit mit nichtjüdischen und dazu deutschen Instituten vermieden habe.“¹⁶ Dies war sicher richtig, inwieweit auch Vorbehalte gegen Rückkehrer eine Rolle gespielt haben mögen oder Graupes Desinteresse an der modernen jüdischen Geschichte, wie Paucker in der Rückschau bemerkte, sei dahingestellt. Sicher ist, dass Jochmann der bevorzugte Ansprechpartner in Hamburg, und damals im Grunde in Westdeutschland insgesamt blieb. Im April 1969 lud der Direktor der Forschungsstelle die Londoner sowie einige interessierte deutsche

Kollegen – nicht jedoch den Leiter des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden – zu einem Gedankenaustausch über die Zukunft der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung nach Hamburg ein. Erst zum gemeinsamen Abendessen wurde Graupe hinzugebeten, da man fürchtete, er könne „verletzt“ sein, „wenn man ihn völlig ignoriert“. ¹⁷ Anlässlich dieses Treffens scheinen dann auch die innerhanseatischen Konflikte um den Kontakt zum LBI offen ausgebrochen und die Situation derart eskaliert zu sein, dass man sich übereinander bei den vorgesetzten Behörden beschwerte. ¹⁸ Kein Wunder also, dass dort schon bald Ideen entstanden, nach Graupes Pensionierung beide Institute unter einer Leitung, nämlich Werner Jochmanns, zu vereinen, nicht zuletzt um sich diesen dauernden Konfliktherd vom Hals zu schaffen. Zwar hatte Jochmann an diesen Überlegungen, folgt man den vorhandenen Unterlagen, keinen Anteil, aber er ließ sich auch nicht davon abhalten, die Beziehungen zum LBI, aber auch nach Israel in den folgenden Jahren zu intensivieren.

Dabei sollte sich die Konkurrenz zum Nachbarinstitut nach Graupes Weggang abschwächen, aber keineswegs völlig auflösen: Jochmann informierte in den folgenden Jahren seinen neuen Kollegen Peter Freimark zwar über seine Aktivitäten auf deutsch-jüdischem Gebiet, die vielfältigen Initiativen gingen jedoch weiterhin von ihm aus, was durch seine guten persönlichen Kontakte sicher erleichtert wurde. So organisierte er beispielsweise in enger Absprache mit den Londonern für das Jahr 1974 die erste Sektion zur deutsch-jüdischen Geschichte auf einem deutschen Historikertag und machte die geschichtliche und politische Bedeutung dieses Schrittes, wie sie zumindest von den älteren Beteiligten empfunden wurde, in seiner Einführung explizit. Dass für Jochmann die Beschäftigung mit jüdischen Themen immer auch mit politischen Motiven verknüpft war, wurde wenige Jahre später, zur Zeit der ersten antizionistischen Welle in der BRD, wieder deutlich, als er auf dem Historikertag 1978 eine Sektion zur Geschichte des Zionismus anbot.

Und es war wiederum Jochmann, der Anfang der 1970er Jahre die Koordination des „Internationalen Arbeitskreises für deutsch-jüdische Geschichte“ übernahm, der einen DFG-Antrag für ein Schwerpunktprogramm ausarbeiten sollte, das 1976 dann nach vielen Schwierigkeiten eingerichtet wurde. Später wurde Freimark zwar als zweiter Koordinator des DFG-Schwerpunkts hinzugezogen, aber dessen Stellung gerade dem LBI gegenüber blieb wohl getrübt: Hierzu wird auch die Tatsache beigetragen haben, dass Freimark zunächst mit

dem direkten Konkurrenten des LBI in diesem Moment, der Tel Aviver Universität, eine enge Kooperation vereinbart hatte.¹⁹ Wie sich die Zusammenarbeit der beiden Institutsleiter bei diesem Projekt nun im Einzelnen gestaltete, wissen wir nicht; einiges deutet jedoch darauf hin, dass sie nicht sehr erquicklich gewesen sein kann. So beklagte sich Jochmann immer und immer wieder, dass ihm die Verantwortung für das Ganze den Schlaf raubte, und auch ein Geburtstagsbrief an Freimark aus dem Jahre 1978 ließ Böses ahnen: „Ich wünsche uns zudem für das kommende Jahr und für viele weitere eine verbesserte Zusammenarbeit. Sie wird hoffentlich nicht zuletzt dadurch herbeigeführt, dass ich mich künftig aus allen Arbeiten, Initiativen und Projekten zur jüdischen Geschichte zurückziehe.“²⁰

Dies tat Jochmann in den folgenden Jahren schließlich auch, obgleich er weiterhin an allen deutsch-jüdischen historischen Gremien und Initiativen beteiligt war und vor allem seine persönlichen Kontakte zu den jüdischen Kollegen pflegte. Für ihn, der Krieg und Nationalsozialismus als Erwachsener erinnerte, waren diese Kontakte und freundschaftlichen Beziehungen, dies spiegelt sich deutlich in den nachgelassenen Briefen wider, von größter Bedeutung; er suchte sie, pflegte sie und wachte geradezu eifersüchtig über sie. Er war in dieser Hinsicht in seiner Generation – und nicht nur unter Historikern! – sicher eine Ausnahme. So wurde Jochmann umgekehrt für viele emigrierte jüdische Kollegen einer der ganz wenigen Gleichaltrigen, zu denen überhaupt ein engerer Kontakt bestand, und wie hoch er von vielen, z. B. auch von Werner Mosse oder John Grenville geschätzt wurde, haben sie in ihren Erinnerungen deutlich gemacht.²¹ Alle erwähnen die intensive, freundliche „Rund-um-Betreuung“, die die Forschungsstelle aufgrund von Jochmanns persönlichem Engagement ihren Gästen angedeihen ließ, die so in den 60er und 70er Jahren die erste deutsche Anlaufstelle für zahlreiche jüdische Wissenschaftler war. Während sich das Feld der deutsch-jüdischen Geschichte in den 80er Jahren zunehmend verbreiterte und diversifizierte, blieben Werner Jochmann seine Freundschaften aus den Anfangsjahren auch nach seiner Emeritierung und bis zu seinem Tod im November 1994 erhalten. Nicht umsonst heißt die heutige Forschungsstelle für Zeitgeschichte bei vielen älteren jüdischen Kollegen bis heute kurz das „Jochmann-Institut“.

Anmerkungen

- 1 Die folgenden Ausführungen beruhen auf Recherchen für einen Aufsatz, den die Autorin im Auftrag des Leo Baeck Instituts verfasst hat: *The German Question. The Leo Baeck Institute in Germany*, in: Christhard Hoffmann (Hg.), *The Leo Baeck Institute*, Tübingen 2005 (im Druck).
- 2 Drucksache für die Senatssitzung, Nr. 310, 24.5.1963, in: Archiv IGdJ, Nr. 02-002.
- 3 Zit. nach Ursula Büttner, *Über die Grenzen hinweg. Vortrag, gehalten auf der Gedenkveranstaltung zum Tod von Professor Werner Jochmann, Hamburg, 27.1.1995* (Sonderdruck). Ich danke Ursula Büttner für die freundliche Unterstützung bei den Recherchen zu diesem Thema.
- 4 Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, 3. Aufl., Göttingen 2004.
- 5 Vgl. Memorandum Hans Hertz, Juni 1955, in: Archiv IGdJ, Nr. 02-002.
- 6 Vgl. den Briefwechsel mit Esh seit 1962, in: Archiv FZH, Briefwechsel Jochmann; und: *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945*, hg. von Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann, Bielefeld 1961–1966.
- 7 Vgl. Briefwechsel Jochmann 1962–1972, Archiv FZH.
- 8 Leo Lippmann, *Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit, Hamburg 1964; Ausgewählte Dokumente* (wie Anm. 3), Kommentar, S. 6–74.
- 9 Vgl. die Briefwechsel dazu in: Nachlass Jochmann, LBI Korrespondenz 1966–1994.
- 10 Mosse an Jochmann, 20.5.1968, ebd.
- 11 Vgl. mehrere Briefe ebd., 1968–70; Zitat Weltsch an Jochmann, 6.10.1969.
- 12 Vgl. Archiv FZH, Ordner „Berichte“.
- 13 Vgl. Graupe an Gerhardt, 29.10.1964, in: Archiv IGdJ, Nr. 02-003.
- 14 Vgl. Briefwechsel dazu 1969–71 in: 02-008.4.
- 15 Vgl. Jochmann an Cohen, 28.5.1970. in: Archiv FZH, Briefwechsel Jochmann.
- 16 Kuratoriumsprotokoll IGdJ, 2.6.1967, in: Archiv IGdJ, Nr. 02-003.
- 17 Paucker an Jochmann, 21.3.1969; Paucker an Schulin, 10.3.1969, in: Archiv FZH, Briefwechsel Jochmann.
- 18 Vgl. die Briefe von Jochmann an Josef Walk, 19.8.69, 21.7.70, ebd.
- 19 Vgl. Peter Freimark, Aktennotiz, 10.9.1973, in: Archiv IGdJ, Nr. 02-008.4.
- 20 Jochmann an Freimark, 24.10.1978, in: Archiv FZH, Briefwechsel Jochmann.
- 21 Vgl. die Erinnerungessays von Paucker, Mosse und Grenville in: Peter Alter (Hg.), *Out of the Third Reich, Refugee Historians in Post-War Britain*, London 1998.

Linde Apel/Frank Bajohr

Die Deportationen von Juden sowie Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof in Hamburg 1940–1945*

Inhalt

Zusammenfassung

- 1. Zur Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs**
- 2. Hamburger Initiativen und Verantwortliche für die Deportationen**
- 3. Die Deportationstransporte aus Hamburg und das weitere Schicksal der Betroffenen**
 - 3a. Die Deportation der Sinti und Roma**
 - 3b. Die Deportation der Juden**
- 4. Reaktionen der nichtjüdischen Hamburger Bevölkerung**
- 5. Enteignung und Versteigerung des Besitzes der Deportierten**

Danksagung

* Im August 2004 erteilte die Hamburger Kulturbehörde der Forschungsstelle für Zeitgeschichte den Auftrag, eine Dokumentation über die Deportationen vom ehemaligen Hannoverschen Bahnhof 1940–1945 zu erarbeiten. Im November 2004 legten Linde Apel und Frank Bajohr eine umfassende Darstellung vor, die wir im folgenden dokumentieren. Dabei bleibt der umfangreiche Quellenanhang unberücksichtigt, der den Rahmen unseres Jahresberichtes gesprengt hätte.

Zusammenfassung

Zwischen 1940 und 1945 wurden vom Hannoverschen Bahnhof in 20 nachgewiesenen Eisenbahntransporten mindestens 7112 Personen deportiert (5848 Juden, 1264 Sinti und Roma). Fast 90 Prozent der Deportierten, die in verschiedene Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager in Ost- und Mitteleuropa verbracht worden waren, wurden ermordet oder gingen an den elenden Lebensbedingungen zugrunde.

Für die Wahl des Hannoverschen Bahnhofes spielte dessen abseitige Lage und geringe Auslastung eine zentrale Rolle. Während die Deportation der Sinti und Roma auf Direktiven aus Berlin zurückzuführen war, ging die Initiative zur Deportation der Hamburger Juden von der politischen Führung der Hansestadt aus, die die Deportationen als wohnungspolitische Maßnahme deklarierte, um zusätzlichen Wohnraum für Ausgebombte zu schaffen. Zu Beginn der Deportationen waren sich nur wenige der Betroffenen ihres tödlichen Schicksals bewusst; für sie glich der Abtransport einer „Fahrt in den Nebel“. Ausführlich rekonstruiert das Gutachten aus Erlebnisberichten und lebensgeschichtlichen Interviews mit Überlebenden die Stimmung der Betroffenen und ihr weiteres Schicksal an den Deportationsorten. Auch das Verhalten der nichtjüdischen Hamburger Bevölkerung, das zwischen demonstrativer Zustimmung, verlegenem Wegblicken und vereinzelt Versuchen der Hilfeleistung schwankte, wird eingehend thematisiert. Sämtliche Deportierte verloren mit dem Abtransport ihren Besitz einschließlich der beweglichen Habe wie Kleidung und Möbel, die Versteigerern und Gerichtsvollziehern zugeführt und öffentlich an die Bevölkerung versteigert wurden. Schätzungsweise 100 000 Personen aus Hamburg und der unmittelbaren norddeutschen Umgebung haben sich an diesen Versteigerungen beteiligt.

Der Hannoversche Bahnhof fungierte nicht allein als Deportationsbahnhof, sondern bis 1906/07 auch als Auswandererbahnhof für zehntausende russische und polnische Juden auf dem Weg nach Amerika. Diese Doppelfunktion macht ihn zu einem Ort, an dem sich wichtige Aspekte der deutschen Zeitgeschichte wie auch der Hamburger Stadtgeschichte exemplarisch verdeutlichen lassen. Wie der umfangreiche Dokumentenanhang unseres Gutachtens zeigt, haben sich trotz systematischer Vernichtung von Akten zahlreiche Dokumente erhalten, mit denen ein Gedenk- und Informationsort am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof ausgestaltet werden könnte.

1. Zur Geschichte des Hannoverschen Bahnhofes

Der Hannoversche Bahnhof in Hamburg nahm während des Zweiten Weltkrieges für die Deportation von Juden sowie Sinti und Roma eine zentrale Funktion ein. Zwischen 1940 und 1945 wurden von hier in 20 nachgewiesenen Eisenbahntransporten mindestens 7112 Personen deportiert (5848 Juden, 1264 Sinti und Roma).¹

In Betrieb genommen wurde der Bahnhof auf dem Grasbrook am 1. Dezember 1872 durch die (1880 verstaatlichte) Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft, nachdem Baumeister Hermann Lohse, der Namensgeber des heutigen Lohseplatzes, durch die von ihm konstruierten Elbbrücken die Bahnverbindung nach Harburg ermöglicht hatte.² Damals hieß der Bahnhof noch „Venloer Bahnhof“ bzw. „Pariser Bahnhof“, weil ursprünglich eine Trassenführung Paris-Venlo-Hamburg-St.Petersburg vorgesehen war, die sich jedoch als illusorisch erwies. De facto fungierte der Bahnhof als Hamburgs wichtigste Südverbindung: Erstens nach Hannover – deshalb wurde der Bahnhof 1892 in „Hannoverscher Bahnhof“ umgetauft –, zweitens Richtung Ruhrgebiet/Köln via Bremen/Osnabrück, drittens via Harburg nach Cuxhaven.³

Der Hannoversche Bahnhof war sowohl als Kopfbahnhof als auch als inner-hamburgischer Verbindungsbahnhof konzipiert und verfügte über einen Anschluss an die „Verbindungsbahn“ mit den Stationen Berliner Bahnhof, Klostertor, Dammtor, Sternschanze, Schulterblatt bis zum Bahnhof Altona. Durch das mächtige stadtseitige Portal des Stationsgebäudes führten fünf Gleise auf den Bahnhofsvorplatz, von denen drei in eine Drehscheibe mündeten, zwei als Durchgangsgleise dienten. Die Bahnsteige wiesen eine durchschnittliche Länge von rund 200 Metern auf. Das Empfangsgebäude auf der Ankunftsseite verfügte über insgesamt vier große Wartesäle der 1. bis 4. Klasse.⁴

Mit der Eröffnung des Hamburger Hauptbahnhofs 1906 verlor der Hannoversche Bahnhof seine zentrale Funktion für den Hamburger Eisenbahnverkehr. Am 1. Oktober 1907 wurde er für die generelle Abfertigung von Reisenden geschlossen und diente nun zum einen als Güterbahnhof für Gepäck und beschleunigtes Eilgut.⁵ Deshalb wurde auch die Abfahrtsseite des alten Empfangsgebäudes für den Stückgutverkehr umgebaut. Zum anderen fungierte der Hannoversche Bahnhof als „Kapazitätsreserve“ für besondere Aufgaben, zum Beispiel für den Transport von Truppen und Verwundeten während des

Ersten Weltkrieges. Zu diesem Zwecke wurden u. a. die Wartesäle des Bahnhofes als Schlafräume genutzt. Eine besondere Funktion kam dem Bahnhof darüber hinaus für die Abfertigung von Emigranten nach Amerika (den so genannten „Zwischendeckern“) sowie von Rückwanderern aus den USA zu, die nach mehrjährigem Aufenthalt wieder in ihre osteuropäischen Heimatländer zurückkehrten.⁶ Täglich sollen bis zu 27 Sonderzüge für den Aus- und Rückwandererverkehr am Hannoverschen Bahnhof abgewickelt worden sein.⁷ Schilder in polnischer und russischer Sprache wiesen den Ankommenden den Weg. Es entbehrt nicht einer bitteren Ironie, dass der Hannoversche Bahnhof einerseits für zehntausende russisch- und polnischstämmige Juden⁸ ein „Bahnhof der Hoffnung“ auf dem Weg in eine bessere Zukunft von Osteuropa nach Amerika war, andererseits als „Bahnhof des Todes“ für Tausende Juden fungierte, die von hier nach Osteuropa in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden. Somit spiegeln sich in der Geschichte des Bahnhofs wichtige Aspekte der deutschen und hamburgischen Geschichte in seltener Eindringlichkeit wider.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Abebben der Auswandererströme sank die ohnehin stark geschwundene Bedeutung des Hannoverschen Bahnhofs weiter. Im Jahre 1932 kaufte eine Abrissfirma aus Frankfurt einen Teil des Gesamtkomplexes auf. Die NS-Verantwortlichen wählten ihn vermutlich aus zwei Gründen als Deportationsbahnhof aus. Erstens kollidierten die Deportationsvorbereitungen nicht mit der sonstigen, eher spärlichen Nutzung des Bahnhofs. Diverse Beladungsvorgänge mit Gepäck waren abzuwickeln, für die sich die Ladevorrichtungen des Bahnhofes besonders eigneten, und durch den Anschluss von Güterwaggonen bzw. von Waggonen mit Deportierten aus anderen Städten waren Rangierarbeiten erforderlich, die den Betrieb auf den anderen, stark frequentierten Bahnhöfen behindert hätten. Zweitens schirmte die abseitige Lage des Bahnhofs die Deportationen vor der Öffentlichkeit etwas ab, obwohl die Sammelpätze der Juden vor dem Abtransport zum Bahnhof in der Regel gut einsehbar waren und entsprechende Aufmerksamkeit auf sich zogen. Hunderte Träger des gelben Sterns auf dem Hamburger Hauptbahnhof hätten freilich eine noch größere, unerwünschte Aufmerksamkeit hervorgerufen.

Der Hannoversche Bahnhof war noch in weiterer Hinsicht mit Deportation und Holocaust verbunden. Im Zweiten Weltkrieg gelangten insgesamt 2699 Eisenbahnwaggonen mit dem Besitz deportierter französischer Juden nach Ham-

burg, der hier an die Bevölkerung versteigert und mit hoher Wahrscheinlichkeit am Hannoverschen Bahnhof entladen wurde.⁹

Im Kriege wurden die Bahnhofsanlagen zwar durch Bombenabwürfe schwer beschädigt, aber keineswegs vollständig zerstört. Ein Wiederaufbau machte jedoch auf Grund der faktischen Bedeutungslosigkeit keinen Sinn. Am 16. Oktober 1955¹⁰ ließ die Bahn schließlich das schwer beschädigte Hauptportal des Bahnhofes sprengen, verbliebene Gebäudeteile wurden fortan u. a. zu Speditionszwecken genutzt.

2. Hamburger Initiativen und Verantwortliche für die Deportationen

Die Deportationen aus Hamburg während des Zweiten Weltkrieges gingen nicht allein auf Anordnungen des Reiches zurück, sondern entsprangen auch einer lokalen Hamburger Diskriminierungspolitik, in die neben der örtlichen Parteiorganisation der NSDAP zahlreiche Dienststellen der Hamburger Verwaltung involviert waren. Letztere beriefen sich häufig auf „Klagen“ aus der Hamburger Bevölkerung, die insofern ebenfalls an den Ereignissen beteiligt war.

Freilich wiesen die Hamburger Initiativen bezüglich der Deportation von Sinti und Roma einerseits und von Juden andererseits einen markanten Unterschied auf: Seit 1938 konzentrierte sich die „Zigeunerpolitik“ in Hamburg auf die Errichtung eines zentralen „Zigeunerlagers“ in Billstedt-Öjendorf, in dem etwa 850 Personen hinter Stacheldraht in Baracken und Wohnwagen leben und Zwangsarbeit leisten sollten.¹¹ Polizei, Sozialbehörde und NSDAP kamen überein, die Hamburger Sinti und Roma „an einer Stelle zusammen zu ziehen und in ein Lager polizeilich einzuweisen, da es sich zum großen Teil um asoziale Elemente handle.“¹² Während die Hamburger Behörden noch mit den Planungen für das „Zigeunerlager“ beschäftigt waren, kündigten die Verantwortlichen in Berlin die Deportation der Sinti und Roma an, die einer Initiative „von oben“ entsprang: einerseits des Reichssicherheitshauptamtes, das in einem „Schnellbrief“ vom 17. Oktober 1939 den Abtransport aller „Zigeuner“ in den Osten in Aussicht stellte, andererseits des Reichsführers SS Heinrich Himmler, der im April 1940 den konkreten Abtransport von 2500 Personen ins Generalgouvernement anordnete. Letztere Anordnung führte dann zur Deportation von 910 Sinti und Roma am 20. Mai 1940. Die beteiligten Hamburger Behörden wollten dabei dringend sicherstellen,

„dass Hamburg mit als erste Stadt an den Abtransport herangeht, weil nicht zu übersehen ist, ob später noch Unterbringungsmöglichkeiten für Zigeuner in Polen bestehen werden.“¹³

Während die Hamburger „Zigeunerpolitik“ zunächst auf Konzentration statt Deportation gesetzt hatte, galt für die lokale „Judenpolitik“ ab 1939/40 das umgekehrte Prinzip: Zahlreiche Hamburger Dienststellen drängten auf einen Abtransport der Juden, der nicht „von oben“, sondern „von unten“ ausging. Im Mittelpunkt des lokalen Interesses standen die so genannten „Judenwohnungen“, die angesichts der damals in Hamburg herrschenden Wohnungsnot zahlreiche Begehrlichkeiten geweckt hatten. Bereits im April 1940 hatte ein Hamburger SA-Obersturmbannführer auf einer Sitzung der Beiräte für Sozialangelegenheiten die „Evakuierung der Juden und Verschickung in die Ostgebiete“ vorgeschlagen.¹⁴ Das Gau-Rechtsamt der Hamburger NSDAP legte nach und drängte in einem Schreiben vom 20. März 1941 das städtische Rechtsamt, „Judenwohnungen zu beschlagnahmen und den Familien von Frontsoldaten und Arbeitern zur Verfügung zu stellen.“¹⁵ Im September 1941 schließlich ergriff der Hamburger NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann die Initiative und nutzte einen britischen Bombenangriff, der in der Nacht vom 15. auf den 16. September 1941 rund 600 Hamburger obdachlos gemacht hatte, um sich das Plazet Hitlers für eine Deportation der Hamburger Juden einzuholen. In einem späteren Schreiben an Hermann Göring bekannte Kaufmann:

„Im September 1941 war ich nach einem schweren Luftangriff an den Führer herangetreten mit der Bitte, die Juden evakuieren zu lassen, um zu ermöglichen, dass wenigstens zu einem gewissen Teil den Bombengeschädigten wieder eine Wohnung zugewiesen werden könnte. Der Führer hat unverzüglich meiner Anregung entsprochen und die entsprechenden Befehle zum Abtransport der Juden erteilt.“¹⁶

Ausgestattet mit der Einwilligung Hitlers, suchte Kaufmann noch vor Beginn der reichsweiten Deportationen am 15. Oktober einen Großteil der Hamburger Juden in das Generalgouvernement abzuschieben, scheiterte jedoch am Widerstand von Generalgouverneur Hans Frank, der seinerseits die Juden des Generalgouvernements in den Osten abschieben wollte und deshalb kein Interesse zeigte, Juden aus dem „Altreich“ zusätzlich aufzunehmen.¹⁷ Deshalb verweigerte Frank die Abnahme der „so dringend angemeldeten Juden aus Ham-

burg“, die in vier Transportzügen in den Distrikt Lublin hatten gebracht werden sollen: einer in den Kreis Biala-Podlaska, zwei in den Kreis Hrubieszow und einer in den Kreis Janow-Lubelski.¹⁸

Kaufmanns Initiative führte im Hinblick auf eine isolierte Deportation der Hamburger Juden zwar nicht zum Erfolg, trug jedoch offensichtlich dazu bei, die Deportation aller Juden aus dem Reichsgebiet in Gang zu setzen, denn am 18. September teilte der Reichsführer SS Heinrich Himmler dem Gauleiter des Warthegaues, Arthur Greiser, Hitlers Entscheidung mit, „daß möglichst bald das Altreich und das Protektorat von Westen nach dem Osten von Juden geleert und befreit werden.“

Um die verschiedenen Aktivitäten in Hamburg zu koordinieren, lud Gauleiter und Reichsstatthalter Kaufmann für den 16. Oktober 1941 zu einer Besprechung ein, die lediglich durch eine kurze Aktennotiz im Tagebuch des Hamburger Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann überliefert ist.¹⁹ Teilnehmer und Ergebnis der Sitzung sind nicht bekannt. Neben Kaufmann und Krogmann dürften mit größter Wahrscheinlichkeit Georg Ahrens, der Leiter der Hamburger Staatsverwaltung, Rudolf Querner, der Höhere SS- und Polizeiführer Nordsee sowie Vertreter der Geheimen Staatspolizei und der Ordnungspolizei, der Finanz-, Sozial- und Bauverwaltung, der Reichsbahn sowie der NSDAP an der Besprechung teilgenommen haben.

Eine organisatorische Schlüsselstellung nahm zweifellos Himmlers Vertreter in Hamburg ein, der Höhere SS- und Polizeiführer Rudolf Querner.²⁰ Dieser leitete überdies die Polizeiabteilung der Hamburger Staatsverwaltung und vertrat Reichsstatthalter Kaufmann in allen polizeilichen Angelegenheiten. Damit war Querner unmittelbar für die Durchführung und Bewachung der Deportationstransporte durch Angehörige der Gestapo und der Ordnungspolizei zuständig, zumal Kaufmann noch vor der ersten Deportation am 25. Oktober 1941 nach Garmisch-Partenkirchen zur Gamsjagd verreiste.

Wohnraumpolitische Motive tauchen zwar in allen Dokumenten zur Deportation der Hamburger Juden auf, spielten jedoch eher eine legitimatorische denn eine ursächliche Rolle. Schon die Zahl der auf diese Weise neu gewonnenen Wohnungen stand in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Dimensionen des Hamburger Wohnungsproblems. Der allgemeine Wohnraumangel sowie der Bedarf an Ersatzwohnungen für die Neugestaltung Hamburgs addierten sich bereits im April 1940 zu einem Mehrbedarf von 80 000 Wohnungen, der

durch die Wohnraumzerstörungen im Bombenkrieg noch gesteigert wurde.²¹ Demgegenüber blieben die erhofften Wohnungszuwächse durch die Deportationen denkbar gering. Bis Ende September 1942 wurden „Juden-Wohnungen“ an lediglich 900 Familien abgegeben.²² Vergleicht man die Zahl der – wie es im Behördenjargon hieß – „freigemachten Judenwohnungen“ mit der Hamburger Gesamtzahl von 256 000 kriegszerstörten Wohnungen, dann machte der Anteil der so genannten „Judenwohnungen“ weniger als 1 Prozent aus. Es wäre daher ein Fehlschluss, wollte man aus dieser Begründung auf das tatsächliche Motiv der Akteure schließen, denn die Vertreibung und Deportation der Juden stellte keinen Randaspekt nationalsozialistischer Wohnungspolitik dar, sondern gehörte zu den ideologischen Kernzielen des NS-Regimes. Der Verweis auf die Wohnungsnot umgab die Deportationen mit einer pseudo-rationalen Begründung, die über die ideologisch-antisemitische Fundierung der Deportationen nicht hinwegtäuschen konnte.

3. Die Deportationstransporte aus Hamburg und das weitere Schicksal der Betroffenen

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die 20 nachweisbaren Deportationstransporte von Juden sowie Sinti und Roma aus Hamburg im Zeitraum von Mai 1940 bis Februar 1945.

Übersicht über die Deportationen von Juden sowie Sinti und Roma (SuR) vom Hannoverschen Bahnhof 1940–1945²³

Datum	Deportationsziel	Zahl der Deportierten	Zahl der ermittelten Opfer
20.05.1940 (SuR)	Belzec	910 ²⁴	nicht genau bekannt
25.10.1941	Lodz	1034	1016
08.11.1941	Minsk	968	952
18.11.1941	Minsk	407	403
06.12.1941	Riga	753	726
11.07.1942	Auschwitz	300	292
15.07.1942	Theresienstadt	926	882
19.07.1942	Theresienstadt	771	669

12.02.1943	Auschwitz	24	21
24.02.1943	Theresienstadt	51	36
10.03.1943	Theresienstadt	50	38
11.03.1943 (SuR)	Auschwitz	328	mindestens 168
24.03.1943	Theresienstadt	50	48
05.05.1943	Theresienstadt	51	32
09.06.1943	Theresienstadt	80	66
23.06.1943	Theresienstadt	109	91
19.01.1944	Theresienstadt	61	20
18.04.1944 (SuR)	Auschwitz	26	nicht genau bekannt
30.01.1945	Theresienstadt	19	–
14.02.1945	Theresienstadt	194	4
Gesamtzahl		7112	über 6000

Die hier genannten Zahlen umfassen lediglich die Opfer der Deportationstransporte aus Hamburg. Nicht enthalten in der Aufstellung sind diejenigen Hamburger Juden, die bis 1941 emigrierten und später aus dem Emigrationsland deportiert und ermordet wurden, es fehlen weiterhin die jüdischen Opfer der „Euthanasie“, diejenigen, die Selbstmord begingen, die Opfer anderer Verfolgungsmaßnahmen und die Opfer der Deportation nach Polen (Zbaszyn) am 28. Oktober 1938. Die Gesamtzahl der jüdischen Opfer wird auf annähernd 10 000 geschätzt.²⁵ Die Zahl der Opfer unter den deportierten Sinti und Roma ist bis heute nicht genau bekannt. Ein Vergleich der Einlieferungslisten des Transports vom 11. März 1943 und vom 18. April 1944 nach Auschwitz mit dem Gedenkbuch für die Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau hat ergeben, dass nachweislich mindestens 168 Frauen und Männer in Auschwitz zu Tode gekommen sind.²⁶ Da die Sterbebücher jedoch unvollständig sind, ist anzunehmen, dass die tatsächliche Zahl der Opfer sehr viel höher liegt.

3a. Die Deportation der Sinti und Roma

Die Deportation von 910 Personen nach Belzec am 20.5.1940

Am 16. Mai 1940 wurden in Hamburg etwa 550 Sinti und Roma von der Hamburger Kriminalpolizei festgenommen und mit weiteren 400 Sinti und Roma, die in Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein verhaftet worden

waren, in einem Fruchtschuppen im Hamburger Hafen interniert. Im Sammel-lager am Hafen erstellte die Kriminalpolizei eine Liste der Verhafteten, denen sie eine Ansiedlung im Generalgouvernement vorgaukelte.²⁷ Zu den Betroffenen gehörte auch die damals achtjährige Regina Böhmer, die mit ihren Eltern und ihren sieben Geschwistern am 16. Mai 1940 verhaftet wurde. Sie erinnert sich an den Tag ihrer Verhaftung:

„Morgens um fünf haben sie uns aus unserer Wohnung am Nagelsweg in Hammerbrook geholt. Das war am 16. Mai 1940. Sie haben zu meiner Mutter gesagt, sie soll alles einpacken, was wir tragen können und sie soll uns anziehen. Sie haben gesagt, dass wir dann und dann fertig sein müssen. Wir waren acht Kinder und meine Eltern. Mein Vater war auch dabei. (...) Meine Mutter war total aufgeregt und hat nur immer gesagt ‚schnell, schnell, schnell‘. Was sie gerade greifen konnte, hat sie eingepackt. Als wir aus der Wohnung kamen, haben wir schon gesehen, dass von jeder Ecke Familien aus den Wohnungen kamen. Das waren Familien mit Kindern, mit den Männern, alle waren dabei.“

Sämtliche verhafteten Sinti und Roma wurden im Fruchtschuppen C des Freihafens zusammengefasst. Dort mussten sie drei Tage ausharren.

„Und als wir zum Fruchtschuppen kamen, war schon alles voll. Es war furchtbar voll, aber es kamen immer noch mehr. Es waren bestimmt Hunderte, die da in dieser riesigen Halle auf dem Fußboden lagen. Und jeder Familie haben sie dasselbe erzählt. Wir sollten ein Häuschen in Polen kriegen. Da sollten wir angesiedelt werden.“²⁸

Tatsächlich wurden die 910 Menschen nach Belzec ins Generalgouvernement, so die offizielle Bezeichnung für die von NS-Deutschland besetzten polnischen Gebiete, deportiert. Vor der Abfahrt hatten die Betroffenen ihre Personalpapiere sowie sämtliche Wertgegenstände abzugeben. Erlaubt war ihnen lediglich die Mitnahme von 50 kg Gepäck. Am Hannoverschen Bahnhof wurden die Sinti und Roma unter Aufsicht der Kriminalpolizei in Güterwaggons getrieben und über Warschau und Lublin nach Belzec deportiert, wo ein provisorisches Konzentrationslager eingerichtet worden war. Lotte Braun erinnert sich an die ersten Tage in Belzec:

„Am nächsten Morgen kam der Lagerkommandant raus. Wir mussten uns alle zum Appell aufstellen. Und ich weiß noch wie heute, wie er sagte ‚Ihr seid alle meine Gefangenen. Und wer sich traut zu flüchten, der wird erschossen wie ein toller Hund‘. Das ist mir nie aus dem Kopf gegangen.“²⁹

Martha W., die mit Mutter, Bruder und ihren beiden Kindern im Alter von ein und zwei Jahren nach Belzec deportiert worden war, erinnert sich an die Ankunft und an die Reaktionen der Hamburger Polizeibeamten, die den Transport begleitet hatten:

„Wie wir da angekommen sind, stand die SS um den Zug rum. Die standen alle schon da und haben uns aus den Waggonen getrieben. Es waren auch viele Polizisten mitgekommen. In jeden Waggon waren zwei Polizisten. (...) Die Polizisten, die zur Bewachung mit uns gekommen waren, die standen wie die begossenen Pudel da, als sie die SS sahen und wie sie hörten, wie der SS-Kommandant, das war so ein kleiner Mann, der stand mit der Peitsche da und schrie gleich ‚Wenn ihr nicht gehorcht‘. Ach, was er alles gesagt hat. Es war schrecklich. Und die Polizisten aus Hamburg, die haben da auch gestanden und waren ganz sprachlos. Ich nehme an, die haben das alles gar nicht so gewusst, was sie in Belzec mit uns machen.“³⁰

Die aus Hamburg deportierten Sinti und Roma mussten zunächst das Gelände, auf dem nur einige Schuppen standen, selbst einzäunen. Es gab dort weder sanitäre Anlagen noch eine medizinische Versorgung, und auch die Ernährung war vollkommen unzureichend. Unter diesen katastrophalen Bedingungen starben in Belzec vor allem viele Kinder, darunter auch der Sohn und die Tochter von Martha W.

„Und eines Tages mussten wir uns anstellen, alle die, die Kinder hatten, weil es etwas Besonderes für die Kinder zu essen geben sollte. (...) Jeder kriegte eine Schale. Da war Brot in Milch eingebrockt. So sah das jedenfalls aus. Das war extra für die Kinder. Ja, und ein Kind nach dem anderen ist in den nächsten Tagen gestorben. Da war ein Wehgeschrei, ein Klagen und Weinen. Kurz nachdem die Kinder das gegessen hatten, bekamen sie keine Luft mehr, sie erstickten. Zuerst starb mein kleiner Junge. Ich bin morgens aufgewacht. (...) Da war er schon ganz steif. (...) Meine Tochter, die zwei Jahre alt war, ist am nächsten Tag genauso gestorben.“³¹

Die als arbeitsfähig betrachteten Männer mussten in der Umgebung von Belzec einen Panzergraben ausheben. Als dieser fertiggestellt war, wurden die überlebenden Lagerinsassen im Juni 1940 in ein neues „Zigeunerlager“ in Krychow am Bug eingeliefert, wo sie gemeinsam mit Juden Zwangsarbeit bei der Entwässerung und Kanalisierung des Flusses leisten mussten.

Nachdem im Oktober 1940 die Wetterverhältnisse weitere Arbeiten nicht zuließen, wurden die Sinti und Roma aus dem Lager Krychow über den Winter

sich selbst überlassen. Viele von ihnen starben in dieser Zeit an Unterernährung, Kälte, Typhus und Ruhr. Im Verlauf des Jahres 1941 nahm die SS viele der Überlebenden erneut gefangen und internierte sie in Siedlce. Regine Böhmer, die in Krychow geflohen war, wurde 1943 verhaftet und in das Konzentrationslager Ravensbrück bei Berlin verschleppt. Später nach Bergen-Belsen deportiert, erlebte sie dort die Befreiung.

Es ist heute nicht genau bekannt, wie viele der 550 in Hamburg festgenommenen und nach Belzec deportierten Sinti und Roma überlebten.

Die Deportation von 328 Sinti und Roma am 11.3.1943 und von 26 Sinti und Roma am 18.4.1944 nach Auschwitz

Ende 1942 begann in Auschwitz-Birkenau der Aufbau eines separaten „Zigeunerlagers“, nachdem der Reichsführer SS Heinrich Himmler angeordnet hatte, „zigeunerische Personen“ in Konzentrationslager zu deportieren. Das „Zigeunerlager“ bestand aus 32 auf sumpfigem Boden errichteten Holzbaracken, die mit dreistöckigen Pritschen bestückt waren. Für jede Familie war, unabhängig von ihrer Größe, lediglich eine Pritsche vorgesehen. Im „Zigeunerlager“ herrschten entsetzliche Existenzbedingungen: Nicht nur waren die Baracken in kürzester Zeit vollkommen überfüllt, sie ließen sich auch nicht sauber halten oder heizen. Unzureichende Lebensmittelrationen führten schnell zu Hunger, Unterernährung und Schwäche, die Häftlinge anfällig für Krankheiten machte, so dass sich Typhus, Tuberkulose und andere Seuchen ausbreiteten. Dennoch wurden als arbeitsfähig betrachtete Häftlinge zu schwerster Zwangsarbeit, vor allem Planierungs- und Grabungsarbeiten herangezogen, die sie völlig ausmergelte. Einem besonders grausamen Schicksal waren die 371 im „Zigeunerlager“ geborenen Kinder ausgeliefert, die vom SS-Arzt Josef Mengele für medizinische Versuche missbraucht und sämtlich ermordet wurden.

In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 löste die SS das „Zigeunerlager“ auf und trieb 3000 als nicht arbeitsfähige geltende Menschen, vor allem Alte, Kranke und Kinder, in die Gaskammern.³²

Die Deportation von Hamburger Sinti und Roma in das „Zigeunerlager“ Auschwitz-Birkenau begann am 11. März 1943, als 328 Sinti und Roma auf dem Hannoverschen Bahnhof den Deportationszug bestiegen, der sie in einer mehrtätigen Fahrt nach Auschwitz-Birkenau brachte.³³ Auch die siebenjährige

Else Schmidt war zuvor von der Kriminalpolizei bei ihren Pflegeeltern abgeholt und in das Sammellager im Fruchtschuppen am Hamburger Hafen gebracht worden, da auch sie als „Viertelzigeunerin“ nach Auschwitz deportiert werden sollte. Sie schildert ihre Einsamkeit, Verwirrtheit und Angst:

„Das war da ein riesiger Raum, eine riesengroße Halle. Da hatten mich die Kriminalbeamten hingebracht. Ich hatte damals keine Ahnung, was Kriminalbeamte waren. Mit der Straßenbahn sind die mit mir dahin gefahren. Die kamen nicht mit dem Auto. Mit der Straßenbahn. (...) Die Sammlungsstelle war am Hafen. Das war sehr groß und ich erinnere, dass sehr viele Leute da umherliefen. Und Schreierei von Kindern und Leute hab ich gesehen, die ich noch nie in meinem Leben gesehen hatte, z. B. alte Sinti-Frauen, die Pfeifen rauchten und Kinder, die für mich aussahen als wären sie zwölf oder so, die rauchten auch Zigaretten. So was hatte ich in meinem Leben noch nicht gesehen. Und einige waren eigenartig angezogen. Ich hatte keine Ahnung, was los war. Ich war wie Alice im Wunderland.“³⁴

Ihrem Vater gelang es, Else wieder aus dem Fruchtschuppen herauszuholen:

„Meine Pflegeeltern waren völlig aufgeregt. Als sie mich adoptiert hatten, hat man gesagt, dass ich ein ‚arisches‘ Kind bin. Ich hatte ja auch ganz hellblonde Haare und blaue Augen. Sie wussten also gar nicht, was los war, als man ihnen sagte, dass ich ‚Viertel-Zigeunerin‘ bin. Mein Pflegevater hat sich dann sofort freigenommen von der Arbeit und hat sich den ganzen Tag bemüht rauszufinden, wo die mich hingebracht haben und was das Ganze soll. (...) Ich kann mich nicht genau daran erinnern, wie mein Pflegevater mich da am Nachmittag abgeholt hat. Aber plötzlich muss er irgendwie da gewesen sein und meine Hand genommen haben. Und wir sind wieder nach Hause gegangen. Wieder mit der Straßenbahn. Und zu Hause hat er zu mir gesagt, dass das alles ein Versehen war. ‚Alles ist jetzt in Ordnung‘, sagte er. Ich bin am nächsten Tag wieder in die Schule gegangen, ganz normal.“

Zu den im März 1943 deportierten Sinti gehörte auch Walter Winter, der über Bremen nach Auschwitz-Birkenau verschleppt wurde. Er erinnert sich an die ersten Wochen dort:

„Wir hatten drei Monate lang kein Wasser, keine Toiletten. (...) Sie können sich vorstellen, wie die Leute gehaust haben. Wir haben uns gewaschen, wenn es geregnet hatte, notdürftig gewaschen in den Wasserpfützen, damit wir über-

haupt mal ein bisschen Wasser ins Gesicht kriegten. Die Frauen sind nachts aus den Blöcken gegangen und haben sich nach Möglichkeit gewaschen wie es eben ging. Ihre Notdurft mussten die Kinder und die Erwachsenen draußen erledigen, möglichst hinter den Blocks.“³⁵

Das „Zigeunerlager“ lag in Sichtweite der im Laufe des Jahres 1943 in Betrieb genommenen Krematorien.

„Im Frühjahr 1943 haben wir die ersten Wochen den ganzen Tag im gesperrten Block gegessen. Und wenn der Wind aus der Richtung der Krematorien kam, konnten wir es nicht aushalten vor Gestank. Aus den Schornsteinen kamen sechs, sieben Meter hohe Flammen heraus. (...) Als wir nun nach vier Wochen aus den Blocks gelassen wurden, wie die ersten Arbeitskommandos aus dem Zigeunerlager heraus sollten, haben wir die Transporte gesehen. Ununterbrochen reingefahren, ausgeladen, rausgefahren. Der nächste Transport, Tag und Nacht.“

Mit viel Glück gelang es Walter Winter – vor der Liquidierung des „Zigeunerlagers“ und der Ermordung der dort verbliebenen Häftlinge – sich, seinen Bruder und weitere Verwandte einem Transport zuzuteilen, der sie aus Auschwitz hinausführte. Walter Winter geriet ins KZ Ravensbrück und von dort in das KZ Sachsenhausen. Kurz vor Kriegsende wurde er als ehemaliger Soldat in die Sondereinheit Dirlewanger zum Kampf an die Front versetzt.

Der letzte Transport von Sinti und Roma, der vom Hannoverschen Bahnhof nach Auschwitz-Birkenau führte, umfasste 26 Personen und verließ den Bahnhof am 18. April 1944. Unter diesen 26 Personen waren 21 Kinder im Alter von ein bis 15 Jahren.³⁶ Die mittlerweile achtjährige Else Schmidt, die bereits im März 1943 von der Kripo zur Deportation vorgesehen war, wurde erneut verhaftet und zum Fruchtschuppen am Hafen gebracht.

„Schließlich wurden wir in Viehwagen mit Stroh gesteckt. Meine Adoptiveltern hatten mir einen kleinen Koffer mit Kleidungsstücken mitgegeben. Am Körper trug ich meine besten Sachen. Dann rollte der Zug an. Wir fuhren viele Stunden und hatten großen Durst. An der Schiebetür war ein Mann mit Uniform, der hatte einen Wasserkessel und eine Kelle, man konnte zu ihm hingehen und aus der Kelle Wasser trinken. Die sanitären Anlagen waren auch in der Nähe der Tür. Wenn ein Erwachsener sie benutzen wollte, ist ein anderer mitgegangen und hat eine Wolldecke vorgehalten. Ich habe natürlich gleich schreckliches Heimweh bekommen, war ich doch zuvor noch nie von meinen Adoptiveltern weg gewe-

sen. Ich kann mich auch noch an die Zugfahrt erinnern. Die war furchtbar. Furchtbar. Das war sehr lange. Da war nur Stroh. Es gab kein Wasser zum Waschen. Der Zug hielt immer an und stand dann sehr lange. Vielleicht um andere Transporte durchzulassen. Wir durften höchstens ein oder zwei Mal aussteigen.“

Else Schmidt kam in Auschwitz an, wurde dort ihres Gepäcks und ihrer Kleidung beraubt und tätowiert. Die Fahrt im Viehwaggon, die Ankunft in Auschwitz und die Dinge, die sie dort sah, versetzten ihr einen tiefen Schock.

„Zuerst ging es dann in eine Baracke, wo es so wahnsinnig überfüllt war. (...) Ich hatte so einen Schock. Die Baracken waren so furchtbar. Ich hatte das alles nie gesehen. Ich kam von einem guten Haushalt. Ich hatte so viele Leute noch nie gesehen. Fetzen hingen an ihnen herunter. Einige waren wie Skelette so mager und die Augen waren ganz tief. Schrecklich. Es gibt gar kein Wort dafür, um das zu beschreiben. Und ich war ja noch ein Kind. Ganz allein zwischen allen anderen, die mir fremd waren.“

Im August 1944 wurde Else Schmidt von Auschwitz-Birkenau ins KZ Ravensbrück deportiert, aus dem man sie Ende September 1944 entließ, nachdem sich ihr Adoptivvater mit Erfolg darum bemüht hatte, sie wieder in seine Familie zurückzuholen.

Wie viele der 21 Kinder und fünf Erwachsenen, die am 18. April 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden, überlebten, ist bis heute nicht genau bekannt.

3b. Die Deportation der Juden

Bis 1941 waren aus Hamburg 10 000 bis 12 000 Juden ausgewandert.³⁷ Zu Beginn der Deportationen lebten in der Hansestadt noch 7547 Juden, darunter viele über 60-jährige, die zumeist verarmt und isoliert waren und unter vollständiger Kontrolle der Gestapo standen.³⁸

Im folgenden werden der Ablauf, die Reaktionen der Betroffenen und das Schicksal der Deportierten an den Deportationsorten in einigen Beispielen erläutert.

Die Deportation von 1034 Personen am 25.10.1941 ins Ghetto Lodz

Die Gestapo Hamburg hatte bereits am 21. Oktober 1941 eine namentliche Liste derjenigen erstellt, die „am 25.10.1941 nach Litzmannstadt evakuiert

werden“ sollten. Die Liste enthielt die Namen von 1000 Personen und weiteren 200, die „für eventuelle Ausfälle in Reserve gehalten werden“. ³⁹ Auf der Basis dieser Liste erhielten 1200 Jüdinnen und Juden in Hamburg eine Aufforderung, sich zum Abtransport bereitzuhalten, den so genannten Evakuierungsbefehl.

„Mit dem heutigen Tage unterliegen Sie und die angeführten Angehörigen für die Dauer des Transports besonderen Ausnahmestimmungen. Ihr und das Vermögen Ihrer oben genannten Angehörigen gilt als beschlagnahmt.“⁴⁰

Alle, die dieses Schreiben erhielten, mussten sich am gegebenen Termin in einer „Sammelstelle“ einfinden. Für den Transport nach Lodz war dies die Provinzialloge an der Moorweidenstraße in der Nähe des Dammtorbahnhofes. Insgesamt gab es für sämtliche Deportationstransporte von Juden aus Hamburg fünf mitten in Hamburg liegende Orte, die als Sammelstelle dienten: Neben der Provinzialloge in der Moorweidenstraße 36, waren dies das Gemeinschaftshaus in der Hartungstraße 9–11, die Volksschule in der Schanzenstraße, die heute nicht mehr existenten Gebäude in der Beneckestraße 2, 4 und 6 sowie die Talmud-Tora-Schule im Grindelhof.⁴¹

Zu denen, die sich im Oktober 1941 auf den Weg in die Moorweide 36 machten, gehörte auch Lucille Eichengreen – die damals noch Cecilie Landau hieß – mit ihrer verwitweten Mutter und ihrer fünf Jahre jüngeren Schwester Karin.⁴² Die zum Zeitpunkt der Deportation 16-jährige erinnert sich:

„Wir hatten gerüchteweise gehört, dass ungefähr 1200 von uns nach Litzmannstadt evakuiert werden sollten. Aber niemand schien überhaupt zu wissen, warum. Es spielte auch keine Rolle mehr, wir hatten keine Wahl. Wir packten zusammen, was wir nur mitnehmen durften, den Rest verschenkten wir an Freunde und jüdische Nachbarn. Kaum jemand wollte annehmen, was wir zurücklassen mussten; sie wussten, dass auch sie eines Tages an der Reihe sein würden. Unsere Freunde, Familie Fromm, begleitete uns in die Moorweidenstraße, bis zum Gebäude der ‚Provinzialloge für Niedersachsen‘. Wir umarmten uns zum Abschied.“⁴³

Nachdem Lucille Eichengreens Mutter im Ghetto Lodz verhungerte und ihre Schwester einer Razzia und einer Deportation ins Vernichtungslager Chelmno zum Opfer fiel, wurde sie im August 1944 nach Auschwitz deportiert, später zurück nach Hamburg ins Außenlager des KZ Neuengamme am Dessauer Ufer gebracht. Dort wurde sie, unterernährt, krank und schwach, bei der Beseitigung von Bombenschäden in Hamburgs Innenstadt und in der näheren Umgebung

eingesetzt. Lucille Eichengreen erlebte die Befreiung in Bergen-Belsen und lebt heute in USA.

Der Deportationsbefehl enthielt auch eine detaillierte „Reisliste“, die sämtliche erlaubten Gegenstände aufzählte, die in der Handtasche und in dem einen erlaubten Koffer oder Rucksack enthalten sein durften.⁴⁴ Ingrid Wecker hatte es sich zur Aufgabe gemacht, denjenigen zu helfen, die den Deportationsbefehl erhalten hatten.

„Habe ich den alten Damen die Koffer mitgepackt. (...) es war herzerweichend. Sie wissen ja, es durfte nur soundso viel Gepäck mitgenommen werden. Und dass ich dann sagen musste: ‚Bitte lassen Sie es hier.‘ Die haben lieber darauf verzichtet, einen warmen Schal einzupacken als die Bilder ihrer Angehörigen. Und dann in der Bundesstraße, da haben sich ja auch Szenen abgespielt. Es musste auf jedes Gepäckstück die Evakuierungsnummer draufstehen und die Hamburger Adresse. Das war Schikane. Und ich weiß noch, ich hatte eine alte Dose. Früher hat man so Ofentüren angebrannt. So eine alte Dose habe ich noch gehabt mit ‚nem Pinsel. Und da habe ich überall auf die Koffer Adressen und die Evakuierungsnummern geschrieben von allen. Ich ging von Zimmer zu Zimmer. Und die sagten das auch. ‚Oh, kommen Sie bitte her.‘ (...) Die eine alte Dame hatte ein offenes Bein. Und ‚Wer verbindet jetzt mein Bein?‘ Und dann habe ich der das Bein verbunden. Es war ein Alptraum für mich. Eine ganze Nacht geschrieben, geschrieben. Dann ging das zu Ende. Dann hat eine etwas jüngere Frau, die hatte noch ein bisschen Nagellackentferner, dann haben wir das da reingekippt, um das zu verlängern. Das musste ja auch sichtbar sein. Es gab ja sonst Ärger.“⁴⁵

Die jüdische Gemeinde war gezwungen, sich an den Deportationen zu beteiligen, sie vorzubereiten und an der Umsetzung mitzuwirken. Sie versuchte, aus dieser Zwangssituation das Beste zu machen. So sorgte die Gemeinde dafür, dass die Transporte des Jahres 1941 mit Nahrungsmitteln und Medikamenten und Ausrüstungsgegenständen wie Werkzeug und Kücheneinrichtungen ausgestattet wurden.⁴⁶ Was das konkret bedeutete, daran erinnert sich Ingrid Wecker:

„Und dann hieß auch noch mitten in der Nacht wieder, wir müssten jetzt zum Hannoverschen Bahnhof. Und der Herr Staake, der hatte – entweder gehörte das Auto der Jüdischen Gemeinde, oder hatte es irgendwo aufgetrieben – er hatte so einen alten Tempolieferwagen, so auf drei Rädern. Und den haben wir dann immer mit diesen Päckchen und alles, was zum Zug sollte, haben wir immer

zum Hannoverschen Bahnhof gebracht. Wir hatten eine Sondergenehmigung, und wir haben nur gebetet, dass unterwegs kein Fliegeralarm kommt. Das konnte ja auch noch sein. Und wir haben das alles zum Hannoverschen Bahnhof gebracht. Ich bin auch immer gefragt worden: ‚Ist das ein Personenzug gewesen? Das waren doch nur Güterwaggons.‘ Ich weiß es. Es war vorn ein Personenzug, und hinten waren zwei oder drei Gepäckwagen angespannt. Aber die Leute waren ja noch nicht drin. Die waren ja in der Moorweide versammelt. Ja, so ist der erste Transport weggegangen.“⁴⁷

Die jüdische Gemeinde Hamburgs, die trotz fehlender finanzieller Mittel unermüdlich Hilfe und Unterstützung leistete, war jedoch nicht in der Lage, grundlegende Entscheidungen zu treffen. Als Teil der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wurde sie von der Gestapo kontrolliert und hatte ihre Anweisungen durchzuführen.

Im Transport nach Lodz befand sich auch die 53-jährige Grundschullehrerin Else Rauch, die bis 1933 an der Schule in der Lutterothstraße unterrichtet hatte.⁴⁸ Auf der Transportliste ist ihr Beruf schon nicht mehr vermerkt.⁴⁹ Am 7. November 1941 unterschrieb sie als Else Sara Rauch ihre Anmeldung in der zum Ghetto gehörenden Wohnung Nr. 11 in der Richterstraße 9.⁵⁰ In dieser Wohnung, in der elf weitere Personen lebten, blieb sie bis Mai 1942. Über ihr Leben im Ghetto ist nichts genaues bekannt.

Das Ghetto in der Altstadt von Lodz bestand seit Februar 1940. Die in beengtesten Verhältnissen lebenden Juden mussten, obgleich ihnen vor der Deportation jegliche finanziellen Mittel genommen worden waren, selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Ein großer Teil der Bewohner starb daher an Hunger, unbehandelten Krankheiten und den Folgen der Zwangsarbeit, die unter Chaim Rumkowski, dem „Ältesten der Juden in Litzmannstadt Ghetto“ in zahlreichen für die Wehrmacht oder deutsche Privatunternehmen produzierenden Werkstätten organisiert worden war.

Curtis Stanton, der damals noch Kurt Steinberg hieß und als 12-jähriger mit seinen Eltern nach Lodz deportiert wurde, wo sein Vater bald ums Leben kam, erinnert sich an die Zwangsarbeit im Ghetto:

„Zuerst arbeitete ich eine ganze Weile in einer Gießerei, in der Metallgegenstände hergestellt wurden. Danach arbeitete ich in einer Fabrik, die Munition, Holzkisten für Munition herstellte. Dort war ich eine Zeitlang bis ich Typhus bekam. Ich hatte sehr lange Fieber und musste im Bett bleiben. Ich weiß nicht,

wie lange ich krank gewesen bin, und ich kann mich nicht mehr erinnern, ob ich danach noch gearbeitet habe oder was ich dann getan habe. Es war eine elende Zeit, es gab nicht genug zu essen, es war kalt. (...) Und Lebensmittel waren wirklich knapp. Manchmal musste ich stehlen. Und das habe ich auch getan.“⁵¹

Im Gegensatz zur Schwester von Lucille Eichengreen überlebte er eine der zahllosen Razzien, die den Deportationen aus dem Ghetto vorausgingen und die diesmal ausschließlich den Kindern galt:

„In der Zeit, noch bevor mein Vater gestorben war, hat eine Razzia im Ghetto stattgefunden. Und es wurden Kinder zusammengetrieben. Ich war dabei, ich wurde davon erfasst und die Kinder wurden irgendwo hingebacht, von wo sie deportiert werden sollten. Ich kann mich noch erinnern, dass als niemand hinsah, ich über den Zaun geklettert und weggerannt bin. Zurück zu meinen Eltern. Ich kannte mich im Ghetto einigermaßen aus, aber ich weiß nicht, warum ich es getan habe. Ein Überlebensinstinkt? Ich weiß nicht, was aus den anderen Kindern geworden ist, wohin sie geschickt wurden. Vielleicht wurden sie irgendwohin geschickt, um dort zu leben, das ist aber nach meiner Meinung zu 99 Prozent nicht die Wahrheit. Zu 99 Prozent wurden sie in ein Konzentrationslager geschickt oder einfach irgendwo erschossen. In einem dieser Massengräber in der Umgebung. Aber ich weiß nicht, es ist einfach ein Überlebensinstinkt, der dich überkommt. Oder du denkst, auf diese Weise wirst du es überleben.“⁵²

Curtis Stanton wurde mit seiner Mutter von Lodz nach Auschwitz deportiert, wo sie die Selektion unmittelbar nach der Ankunft nicht überlebte. Da er aber ein höheres Alter angegeben hatte, setzte man ihn zur Zwangsarbeit im „Kanadakommando“ ein. Ende 1944 wurde er mit vielen anderen Häftlingen ins KZ Mauthausen, später in das KZ Sachsenhausen bei Berlin deportiert. Auf dem Todesmarsch in Richtung Ostsee wurde er von britischen Soldaten befreit.

Von Januar bis September 1942 wurden etwa 70 000 Menschen aus dem Ghetto Lodz ins erste nationalsozialistische Vernichtungslager Chelmno (Kulmhof) verbracht und dort ermordet. In den Jahren seines Bestehens wurden ungefähr 205 000 Menschen dorthin verschleppt, von denen lediglich 5000 bis 6000 überlebten. Die Transporte nach Chelmno wurden im Ghetto als „Ausiedlungen“ angekündigt, zu denen die Ghettobewohner 12,5 kg Gepäck mitnehmen durften. Obwohl über das Schicksal der Abtransportierten im Ghetto zunächst nur wenig bekannt war, verübten zahlreiche der von der „Aus-

siedlung“ Betroffenen vorher Selbstmord. Else Rauch traf die Aufforderung zur „Aussiedlung“ im Mai 1942.⁵³ Auf ihrer „Abmeldung“ ist als Datum der 10. Mai 1942 vermerkt, an dem sie das Ghetto verließ.⁵⁴ In Chelmino wurden Gaswagen eingesetzt, in denen die Juden aus dem Warthegau und dem Ghetto Lodz mit Autoabgasen erstickt wurden. Für Errichtung und Betrieb der Tötungsanlagen war SS-Hauptsturmführer Herbert Lange zuständig.⁵⁵

Die Deportation von 1034 Hamburger Juden nach Lodz am 25. Oktober 1941 überlebten lediglich 18 Personen.

Die Deportation von 965 Personen am 8. November 1941 und von 401 Personen am 18. November 1941 nach Minsk

Zwei Wochen nach der ersten Deportation ins Ghetto Lodz folgte der nächste Transport am 8. November 1941 in die weißrussische Hauptstadt Minsk.⁵⁶ Er umfasste 965 Personen. Zehn Tage später verließ ein weiterer Transport mit 402 Menschen den Hannoverschen Bahnhof.⁵⁷ Auch diesmal war das Ziel Minsk. Seit Juni 1941 existierte hier ein vom Rest der Stadt abgetrenntes Ghetto. Zu den nach Minsk Deportierten gehörte auch Heinz Rosenberg mit seiner Familie.⁵⁸ Nach Erhalt der Deportationsankündigung verabschiedeten sie sich voller Verzweiflung über ein ungewisses Schicksal in der kurzen, ihnen verbleibenden Zeit von Freunden und Nachbarn, verschenkten einige persönliche Gegenstände und teilten sich das erlaubte, lediglich 25 kg umfassende Gepäck auf.

Hubert Riemann, Sohn einer jüdischen Mutter und eines nichtjüdischen Vaters, erinnert sich, wie er im November 1941 eine befreundete Familie zur Sammelstelle in der Moorweidenstraße begleitete, von wo aus sie über den Hannoverschen Bahnhof nach Minsk deportiert wurden:

„Eine gut bekannte Familie, mit der wir eng befreundet waren, die wohnen in der Heinrich-Barth-Straße 8. Und die Familie bestand aus Vater, Mutter, zwei Töchtern, die waren im Alter von neun und elf etwa (...) Die vier Leute, die habe ich gebracht von der Heinrich-Barth-Straße hier [in die Moorweidenstraße], und das ist sehr sauer geworden. Das kann man sagen. Die Mädchen, die hatten ihr Schulrännel mit und ihre Puppen im Arm. Und die Erwachsenen trugen ihre Koffer. Meine Schwester hatte vorher noch die Koffer beschriftet mit weißer Farbe mit Deportationsnummer und Adresse, Heimatadresse. Und der Mann war einen Morgen vorher zur Wache gegangen und musste seine Haustürschlüssel abgeben. Und er hat mir noch sein Fahrrad, was er ziemlich neu hatte, gegen mein

ganz altes ausgetauscht. Das musste ja immer die Stückzahl [des zuvor in Fragebögen erfassten Hausstandes] stimmen. (...) Aber es bestand noch eine kleine Chance, dass man so tauschen konnte. Ich hätte es von mir aus nie gemacht, aber er hat gesagt: ‚Komm Hubert, das nimmst du. Wir tauschen das.‘⁵⁹

Auch Heinz Rosenbergs Vater lieferte schließlich den Wohnungsschlüssel bei der nächsten Polizeistation ab, und die ganze Familie machte sich auf den Weg zur Sammelstation.

„Als wir in der alten Loge an der Moorweidenstraße meldeten, wurden unsere Koffer zuerst von Mitgliedern des Judenrates und der Gestapo untersucht und dann in einem Lagerraum abgestellt. Dann mussten wir uns nach den Anfangsbuchstaben unserer Namen entweder rechts oder links aufreihen. Es standen vier Tische an jeder Seite und dahinter jeweils ein Mitglied des Judenrates und ein Gestapo- oder SS-Mann. Am Tisch Nr. 1 musste man seinen Namen angeben, Geburtsdatum und Adresse. Daraufhin wurde eine Karte aus der Kartei genommen, und der SS-Mann strich den Namen auf einer langen Liste durch.“⁶⁰

Nachdem sie sämtliches Geld, Briefe und alle persönlichen Wertgegenstände sowie die zuvor ausgefüllte, mehrseitige Vermögenserklärung abgegeben hatten, wurden sie gezählt und verbrachten die Nacht im Logenhaus.⁶¹ Am nächsten Morgen wurden sie in geschlossenen Polizeiwagen zum Hannoverschen Bahnhof transportiert. Claus Götsche, der „Judenreferent“ der Hamburger Gestapo, hatte als genaues Abfahrtsdatum genannt:

„Der Zug fährt am 8.11.1941 um 10:52 Uhr ab Hannöverscher Bahnhof und soll fahrplanmäßig am 10.11.1941 in Minsk eintreffen.“⁶²

Heinz Rosenberg erinnert sich an die Situation auf dem Bahnhof:

„Dort stand ein Zug mit 20 Personen- und fünf Güterwagen. Die Personenwagen waren alt, aber sie hatten Fenster und Türen, die allerdings von innen nicht zu öffnen waren. Je 50 Personen kamen in einen Waggon, jeder Platz musste besetzt werden. Die Prozedur dauerte viele Stunden. Zuletzt ernannte die SS einen jüdischen Transportleiter, Dr. Frank, der seinerseits für jeden Waggon einen Verantwortlichen bestimmte. Einer davon war ich. Ich bekam eine gelbe Armbinde und sollte, wenn der Zug hielt, Lebensmittel und Wasser verteilen. Noch bevor wir Hamburg verließen, mussten drei Lastwagen mit Lebensmitteln, dazu noch Sonderproviant von der jüdischen Gemeinde, verteilt werden.“⁶³

In den ungeheizten, überfüllten Waggons herrschte während der dreitägigen Fahrt große Unruhe, da niemand wusste, was sie bei der Ankunft erwartete. Heinz

Rosenberg erinnert sich an seinen ersten Eindruck nach dem Eintreffen in Minsk:

„Als erste wurden Dr. Frank und die zwanzig Waggonführer, zu denen ich gehörte, in das Ghetto gebracht. Es lag oberhalb eines sehr alten Teils der Stadt, mit Häusern noch aus der Zarenzeit. Es war rundum mit Stacheldraht eingezäunt und hatte nur einen einzigen Ausgang. In der Mitte lag ein aus roten Ziegeln erbautes, unfertiges Schulhaus und gegenüber ein weißes Gebäude, das möglicherweise auch eine Schule war. Wir erhielten den Befehl, das rote Gebäude sofort auszuräumen. Als wir das Haus betraten, erwartete uns ein zweiter entsetzliche Eindruck von Minsk: Hunderte von Leichen bedeckten den Boden ... Überall war Blut, und auf den Öfen und Tischen stand noch das Essen. Alle Räume waren in einem vollständigem Durcheinander. Es war nicht eine lebende Seele zu sehen.“⁶⁴

Heinz Rosenbergs Augenzeugenbericht bezieht sich auf die Massenerschießungen von Ghettobewohnern, die sich seit Herbst 1941 bis in den Herbst 1943 hinein häufig wiederholten. Sie wurden von einer Einheit der Einsatzgruppe B durchgeführt, der zusätzlich eine Kompanie lettischer ‚Hilfswilliger‘ zur Verfügung stand. Alle Täter unterstanden der Befehlsgewalt des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Minsk.

Heinz Rosenberg und seine Familie überlebten die strengen Winter, den ständigen Hunger, die kräftezehrende Zwangsarbeit sowie die Misshandlungen und Tötungen im Ghetto, bis sie im September 1943 in ein nahegelegenes Arbeitslager eingewiesen wurden. Bis Kriegsende durchlitt er weitere acht Konzentrations- und Zwangsarbeiterlager. Bei seiner Befreiung im April 1945 in Bergen-Belsen war Heinz Rosenberg 23 Jahre alt.

Von den insgesamt 1375 am 8. und 18. November 1941 nach Minsk deportierten Personen kamen mindestens 1355 ums Leben.

Deportation von 766 Personen am 6.12.1941 nach Riga

Im vierten Deportationstransport aus Hamburg wurden 753 Personen nach Riga deportiert.⁶⁵ Lediglich 30 Juden haben diesen Transport überlebt. Auch in diesem Fall erhielten die betroffenen Personen einen „Evakuierungsbefehl“ per Einschreiben und mussten sich im Logenhaus in der Moorweidenstraße einfinden. Dort wurden sie von Beamten des Oberfinanzdirektion befragt und ihre zuvor ausgefüllten Vermögensverzeichnisse geprüft. Zu diesem Zeitpunkt – es handelte sich um den vierten Transport innerhalb von sechs

Wochen – wurde den Betroffenen langsam klar, welcher Bedrohung sie unterlagen. Viele wählten als Ausweg den Suizid.⁶⁶

„Viele Juden, das wissen Sie sicher, die haben, als sie den Befehl bekommen haben zur Evakuierung, den Freitod gewählt. So besonders, wenn sie älter waren. Habe ich mit Tante Erna in Kiel gehabt, die hat Selbstmord verübt. Klug, denn sie hätte wahnsinnig viel gelitten, wenn sie gegangen wäre, nicht? Aber es gehört ja was dazu, nicht? Man wusste ja auch nie ganz genau, wie schlimm es sein wird. Die haben ja uns gesagt, wir werden nur, wie sagt man das, übersiedelt.“⁶⁷

Nachdem die Menschen, unter ihnen über 80-jährige und Säuglinge, eine Nacht im Logenhaus verbracht hatten, wurden sie unter Aufsicht von Angehörigen des Polizeibataillons 101 auf Lastwagen verladen und zum Bahnhof Sternschanze gebracht.⁶⁸ Von dort aus fuhren sie über die Bahnhöfe Dammtor und Hauptbahnhof zum Hannoverschen Bahnhof.

Zu den nach Riga Deportierten gehörte auch der 1927 geborene Fred Leser mit seiner Familie. Nach der Pogromnacht 1938 war der Vater verhaftet und nach Sachsenhausen deportiert worden. Obwohl die Familie im Besitz von Auswanderungspapieren für Shanghai war, was die Entlassung des Vaters aus Sachsenhausen ermöglicht hatte, emigrierte sie nicht. Durch ein ärztliches Attest konnte die erste Aufforderung zur Deportation nach Minsk im November 1941 noch umgangen werden. Am 6. Dezember 1941 wurde Fred Leser jedoch zusammen mit den Eltern und dem drei Jahre älteren Bruder nach Riga deportiert. Fred Leser ist noch gegenwärtig, was sein Vater, der in Sachsenhausen erste Erfahrungen mit der gewalttätigen SS gesammelt hatte, bei der Ankunft in Riga empfand:

„Als wir ankamen und der Zug hielt und er [Fred Lesers Vater] aus dem Fenster sah, da hat er, da hat er [gewusst, was uns erwartete]. Denn das war umringelt von SS, nicht, mit Peitschen und großen Schäferhunden, nicht, bewaffnete lettische SS. Und dann ging's los, nicht: Raus, und all die Wörter, Frauen hier, Männer dort. Da hat er gesagt ach. Er wusste das doch genau von Sachsenhausen. Als ob er gehofft hatte, dass wir wirklich irgendwie übersiedelt oder angesiedelt werden, aber als er das sah, wusste er, was los war.“⁶⁹

Die Hamburger Juden landeten zunächst nicht im Ghetto von Riga, sondern auf dem einige Kilometer von Riga entfernten, ehemaligen verwahrlosten Gut Jungfernhof, dessen Gebäude nicht ansatzweise für die Aufnahme von mehreren

Tausend Menschen geeignet waren. Die Menschen wurden in Ställen, Scheunen und im Heuschober untergebracht, in die es hineinregnete und -schneite, es gab keinerlei Heizmöglichkeiten und in den ersten Tagen nach der Ankunft wurde niemand gepflegt. Da den nach Jungfernhof Deportierten auch ihr Gepäck nicht ausgehändigt worden war, starben sie in großer Zahl an Hunger und Kälte.⁷⁰

Zu diesem Transport gehörte auch die Familie Carlebach, die in Dünamünde ermordet wurde. Fred Lesers Vater und Bruder wurden ins Arbeitslager Salaspils deportiert, wo sie zu Tode kamen. Er selbst wurde zusammen mit der Mutter aus dem Lager Jungfernhof ins Rigaer Ghetto und später ins KZ Kaiserwald verschleppt. Gegen Kriegsende wurden beide in das Konzentrationslager Stutthof deportiert, wo er von der Mutter getrennt wurde, die dort wohl ums Leben gekommen ist. In Burggraben, einem Außenkommando des KZ Stutthof, wurde er von der Roten Armee im Alter von 17 Jahren befreit.

Die Deportation von 300 Personen am 11.7.1942 nach Auschwitz

Über den Transport nach Auschwitz ein halbes Jahr nach der Deportation nach Riga ist kaum etwas bekannt. Selbst der jüdischen Gemeinde wurde diesmal das Deportationsziel vorenthalten.⁷¹ Ingrid Wecker hat als Helferin der Jüdischen Gemeinde die letzten Stunden dieser Gruppe im Gemeinschaftsheim in der Hartungsstraße miterlebt. Sie erinnert sich an die Behandlung der Menschen durch die Gestapo:

„Das bedeutete, dass man in der Turnhalle riesige Tische aufgebaut hatte, und die Gestapo ließ sich jeden einzelnen Koffer aufmachen. Das musste ich machen, ich war ja Helferin. Und dann haben die geguckt, und wenn jetzt – eine Nachbarin hatte dem noch ein Bonbon zugesteckt – wenn Waggon da waren, wenn auch nur Pelzähnliches darin war, Wollsachen darin waren, dann hieß es, das wissen sie nicht, dass sie das nicht mehr haben dürfen und haben die dann angeschrien, die SS-Leute. Das waren SS-Leute. Und unter den Tischen standen schon riesige Wannen oder Waschkörbe, da hieß es ja, das fällt der NSV zu. Und ich musste die ganzen Sachen da runterlegen. Und wenn die mal nicht hinguckten, habe ich die Sachen genommen und habe sie oben wieder rein gesteckt. Wissen Sie, wenn man achtzehn Jahre alt ist, also ich glaube, in meinem Alter würde ich das aufgrund meines Verstandes nicht mehr machen würde mir sagen: Vielleicht machst du dich unglücklich wegen zehn Bonbons oder irgendwas. Aber denkt man nicht dran. Man denkt nur an diese Ungerechtigkeit.“⁷²

Im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz herrschten in der ersten Hälfte des Jahres 1942 entsetzliche Bedingungen. Ab Juli 1942 führte die Lager-SS regelmäßige Selektionen der ankommenden Transporte vor, bei denen lediglich die nach nationalsozialistischem Verständnis als „arbeitsfähig“ geltenden Menschen am Leben blieben.⁷³ In der Regel war dies der kleinere Teil der Transporte. Kinder, alte Menschen, schwangere Frauen, Mütter mit Kindern, Kranke oder Körperbehinderte hatten keine Chance, die unmittelbar nach Ankunft der Züge stattfindenden Selektionen zu überleben.

Aus dem Transport von 300 Menschen am 11. Juli 1942 sind lediglich acht Überlebende bekannt.

Die Deportationen nach Theresienstadt

In den sechs Wochen zwischen dem 25. Oktober 1941 und dem 6. Dezember 1941 wurden 3162 von 7547 Hamburger Juden deportiert. Bis auf zwei Transporte nach Auschwitz am 11. Juli 1942 und am 12. Februar 1943 führten alle weiteren Deportationen nach Theresienstadt. Die nördlich von Prag gelegene alte Garnisonsstadt Theresienstadt diente ab November 1941 zunächst als Ghetto für die Juden aus Böhmen und Mähren, ab Juli 1942 als so genanntes „Altersghetto“ für deutsche und österreichische Juden. Im Verlauf seines Bestehens entwickelte es sich zum Durchgangslager für die Orte der Vernichtung im Osten. Ab Oktober 1942 verließen die Transporte Theresienstadt nur noch nach Auschwitz. Da besonders viele Künstler und Intellektuelle nach Theresienstadt deportiert wurden, entwickelte sich dort trotz Hunger, Kälte, Zwangsarbeit und Vernichtungsdrohung ein reges kulturelles Leben.

Um das Bild der vermeintlichen Um- oder Aussiedlung und die Legende des Arbeitseinsatzes im „Osten“ aufrecht zu erhalten, wurden den Deportationstransporten häufig Verpflegung und Ausrüstungsgegenstände mitgegeben. So konnte die dezimierte jüdische Gemeinde dem Transport vom 24. Februar 1943 noch Handwerkszeug, Sturmlaternen, Ofen, Kocher und anderes mitgeben.⁷⁴ Dennoch verbreitete sich im Laufe der Zeit langsam das Wissen, dass es sich bei den Begriffen der „Umsiedlung“ oder „Evakuierung“ um grausame Euphemismen handelte. Eva Pfeiffer-Haufrect, die als Krankenschwester die Menschen unmittelbar vor der Deportation betreute, erinnert sich:

„Wir wussten gar nicht, was geschah. Wir haben am Anfang gedacht, dass die Leute umgesiedelt wurden. Das fanden wir natürlich schon schauerbar genug,

wenn die aus 'nem netten Wohnplatz rausziehen mit 'nem kleinen Kofferchen und dann in ein Lager kommen, um zu arbeiten. Das war die Idee, die wir hatten. Das wurde auch von der Gestapo verbreitet natürlich. Und dann eines Tages erschien bei uns im Hospital ein deutscher Soldat, der einen Nervenzusammenbruch hatte in der Tür gleich, und fing an zu schluchzen, dass er hätte auf jüdische Frauen und Kinder schießen müssen. Und da ging uns auf, dass sie vielleicht mehr tun als sie umsiedeln.“⁷⁵

Als 16-jähriges Mädchen wurde Regina Assmann nach Theresienstadt deportiert.⁷⁶ Noch Jahre später erinnert sie sich an ihre Gefühle der Angst und Unsicherheit, während sie im Zug saß:

„Es war, als wenn man in etwas fährt, wo Nebel ist, und man weiß wirklich nicht, was wohl passieren wird. Ein ganz schreckliches Gefühl. Als wenn man in einen Nebel oder einen Abgrund kommt. Denn wir wussten ja nicht, was und wie ... Aber es waren richtige Abteile, es war ein Zug. Es war kein wie später so in offenen Waggons wie Vieh transportiert wird.“⁷⁷

Esther Bauer, die im Juli 1942 mit ihren Eltern nach Theresienstadt deportiert wurde, beschreibt, welche Wirkung die Deportation auf ihren Vater, dem Direktor der Israelitischen Töcherschule in der Karolinenstraße Alberto Jonas, hatte:

„Ja, mein Vater, das hab ich wohl erzählt, dass er Kohlen schaufeln musste, und er war überhaupt nicht dafür geeignet. Und er starb nach sechs Wochen an Gehirnhautentzündung. Aber ich glaubte immer, dass er am gebrochenen Herzen gestorben ist, denn der Herr Göttsche von der Gestapo in Hamburg sagte ihm noch auf dem Bahnsteig in Hamburg: Ach, sorgen Sie sich nicht, Herr Dr. Jonas, Sie werden wieder Ihre Schule haben in Theresienstadt. Und Sie werden sehen, da ist es sehr schön. Und am nächsten Tage musste er Kohlen schaufeln, und das hat er nie verwinden können. Und wie er krank wurde, hat er überhaupt keinen Willen mehr gehabt zum Leben und ist dann gestorben.“⁷⁸

Käthe Starke wurde am 23. Juni 1943 vom Hannoverschen Bahnhof nach Theresienstadt deportiert. Aus ihren Erinnerungen wird ersichtlich, dass die Vorgänge auf dem Bahnhof üblicherweise nicht nur sehr viel gewalttätiger abliefen als in diesem Fall, sondern dass sie auch fotografiert und gefilmt worden waren. Sie schreibt:

„Nein – aus unserm Transport nach Theresienstadt fing niemand an zu schreien. Uns trat auch keiner in den Rücken, wie ich es elf Monate zuvor noch im Hof der Schule an der Sternschanze gesehen hatte, wenn die Alten nicht

schnell genug die hohen Klappritte an den Mannschaftswagen der Polizei erklimmen konnten.

Der Chef des Judendezernats der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Hamburg, ‚Herr‘ Göttsche, der uns mit seinem Stab das Abschiedsgeleit gab, zeigte sich mehrere Nuancen undienstlicher als gewöhnlich. Keine Filmkameras surrten, keine umgehängten Photo-Apparate machten Privataufnahmen von hübschen Helferinnen, von Elendsgestalten auf dem Bahnsteig oder von Tragbahren mit sterbenden Greisen. Es war ja vergleichsweise auch gar nichts los heute. Ein kleiner Transport von 180 Seelen nur.“⁷⁹

Bei den ersten Deportationen gelang es einigen noch, im Falle von Krankheiten eine Befreiung bzw. Aufschiebung des Deportationstermins zu erhalten. So stellte der Arzt Hans Sommerfeld, der nur noch „zur ärztlichen Behandlung ausschließlich von Juden berechtigt“ war, für den 49-jährigen Hans Nathan ein Attest über Bronchial-Asthma aus.⁸⁰ In den letzten, zahlenmäßig kleineren Transporten wurden auch Alte, Kranke und Sterbende in die Züge verladen. Nun wurden auch nicht mehr Personen-, sondern Güterwaggons eingesetzt.

„Auf dem abgelegenen Güterbahnhof, dem ‚Hannoverschen Bahnhof‘, der schon Schauplatz vieler Judentransporte gewesen war, an dem wie unheimliche Schattenspiele im nächtlichen Dunkel herzerreißende Begebenheiten und menschenunwürdige Szenen vorübergezogen sind, begann für uns das Abenteuer, aus dem noch niemand zurückgekehrt war. Aber es begann im hellen Licht eines heiteren Sommertages, wie unsere Stadt nicht viele kennt. Die Güterwagen, die uns einschluckten, vergalten der Sonne ihr Licht in einem warmen Aufleuchten ihres mattroten Anstrichs. Unbarmherzig in der klaren Luft bot sich der Zug der Träger dar, die über den leeren Bahnsteig unsere bettlägerigen Kranken, unsre ältesten und nicht Transportfähigen zu den notdürftig als Liegewagen eingerichteten Waggons trugen. Sauber hergerichtet, wie vom Leichenwäscher, ein letztes Mal pfleglich betreut, entschwanden sie hinter den Schiebetüren, entschwanden sie ihren ‚arisch versippten‘ Verwandten, die sie hilflos begleiteten, und waren einem Schicksal ausgeliefert, das ‚Verhungern‘ heißen sollte.“⁸¹

Dora Lehmann wurde im ersten Transport am 15. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Zu diesem Zeitpunkt war sie 77 Jahre alt. Sie beschreibt ihren ersten Eindruck des Ghettos, der unzulänglichen Unterkünfte, der Enge:

„Wir werden in der Hannoverkaserne untergebracht, eine lange Kette Menschen, die zu dritt in Reih und Glied marschieren musste, alten Leuten, 80- bis

90jährigen hilft man auf einem Leiterwagen. (...) Mein Weg war schwieriger. Ich zog den weiten Weg mit vielen Hunderten in die Kaserne und ich legte mich auf einem Strohlager neben der alten Frau Bachmann und war froh aus meiner früheren Umgebung Innocentiaheim eine treue tapfere Freundin gefunden zu haben. Zur rechten Seite lag ein Mann und seine Frau sagte die Sterbegebete. An der Wand lehnte der 90jährige Herr Slomer mit starken Asthmaanfall und Herr Wormser betreute ihn, und es ward morgens und wieder Abends und eine grauenvolle Nacht, die ich niemals aus meinem Gedächtnis auslöschen kann.“⁸²

Martha Glass wurde am 19. Juli 1942, 64-jährig, nach Theresienstadt deportiert. Dort führte sie über die zweieinhalb Jahre bis zur Befreiung im April 1945 ein Tagebuch. Da sie wie andere Häftlinge auch in Theresienstadt ständig unter lebensbedrohendem Hunger litt, nehmen die Lebensmittelpäckchen, die sie geschickt bekam, in ihren Erinnerungen einen großen Raum ein. Zum 15. Juli 1944 hielt sie fest:

„Es kam ein Päckchen von Dr. Hannes; ich bin gerührt, ob solcher Anhänglichkeit, mit soviel Aufmerksamkeit gepackt, wenn auch kleinste Quantitäten. 3 Tütchen mit Cakes, ein wenig Reis, Haferflocken, Gries, Spaghetti, Zucker.“⁸³

Dr. Hannes, der als Arzt im Israelitischen Krankenhaus arbeitete und in „privilegierter Mischehe“ mit einer nichtjüdischen Ehefrau verheiratet war, tat sein Möglichstes, um Lebensmittel an nahe und entfernte Bekannte in Theresienstadt zu schicken.⁸⁴

Auch wenn viele nicht wissen konnten, was diejenigen erwartete, die zur Deportation in den „Osten“ vorgesehen waren, lag bereits in der Transportankündigung eine tödliche Bedrohung. In ständiger Angst, deportiert zu werden und damit einem ungewissen Schicksal entgegen zu gehen, schreibt sie im Mai 1944:

„Heute ist ein Tag des Schreckens. Es werden wieder Transporte ausgetragen (...). (...) Ich bin in größter Unruhe und Unsicherheit, denn alle Lieben sind fort. Es war ein furchtbarer Abschied fürs Leben. (...) Ich habe niemanden mehr hier und mir ist so wehmütig und traurig zu Mut, so allein und so in Angst und Aufregung. Und doch blieb ich gern hier, wenn auch ganz allein, denn hier kennt man sein Leben und hat sich eingewöhnt, und wie es in Birkenau ist, weiß kein Mensch. (...) Vor Donnerstag, wo der dritte und letzte Transport geht, kommen wir alle nicht zur Ruhe. Dann hätten wir wieder eine Galgenfrist bis zum nächsten Transport. Jeder Tag in Terezin ist wie ein Geschenk.“⁸⁵

Martha Glass beschreibt hier ihre Gefühle, als am 15., 16. und 18. Mai 1944 drei Transporte mit insgesamt 7503 Personen Theresienstadt mit dem Ziel Auschwitz-Birkenau verließen.⁸⁶ Die Ankommenden wurden in Auschwitz in das seit September 1943 bestehende, so genannte „Familienlager“ eingeliefert. Im Juli 1944, nachdem zahlreiche Juden an den katastrophalen Lebensbedingungen in Auschwitz-Birkenau zugrunde gegangen oder als Zwangsarbeiter in Rüstungsbetriebe in anderen KZ-Außenlagern eingesetzt worden waren, ermordete die SS die verbliebenen Häftlinge des „Familienlagers“ in den Gaskammern und löste auf diese Weise das „Familienlager“ auf.

Noch am 23. April 1945, wenige Tage vor Kriegsende, notierte Martha Glass:

„Man kommt aus dem Grauen nicht mehr heraus. Seit Tagen kommen Rücktransporte von Juden aus allen KZ-Lagern. Menschen, die vor Monaten von hier abtransportiert wurden, Tausende und Abertausende strömen zurück, teils in offenen Güterwagen, wochenlang unterwegs, teils zu Fuß, ein solches Bild des Jammers, das man im Leben nicht wieder vergisst. (...) Und was ist mit denen geschehen, die nicht zurückkommen?“⁸⁷

Die letzten Deportationen von Juden fanden in den letzten Kriegstagen statt. Von den wenigen noch in Hamburg verbliebenen Juden entschieden sich nun einige, der Aufforderung zur Deportation nicht nachzukommen, sich zu verstecken und auf diese Weise zu überleben.⁸⁸ So heißt es auf der den letzten Transport am 14. Februar 1945 nach Theresienstadt vorbereitenden Liste hinter dem Namen von Else Freund „Aufenthalt unbekannt“.⁸⁹

Zwischen dem 15. Juli 1942 und dem 14. Februar 1945, an dem der letzte Deportationszug den Hannoverschen Bahnhof verließ, wurden 2362 Personen nach Theresienstadt deportiert. 1886 Juden aus Hamburg haben das Kriegsende nicht überlebt.

4. Reaktionen der nichtjüdischen Hamburger Bevölkerung

Nach 1940 waren die Hamburger NS-Machthaber bestrebt, die Deportationen möglichst nicht unter den Augen der breiten Öffentlichkeit abzuwickeln. Deshalb hatten sie die Sinti und Roma 1940 in einem abgelegenen Fruchtschuppen des Hamburger Hafens zusammengefasst, den abseits gelegenen Hannoverschen Bahnhof als Deportationsbahnhof ausgewählt und die Transporte weder

in der Presse noch im Rundfunk angekündigt. Ähnliches wiederholte sich bei der Deportation der Hamburger Juden. Noch im September 1941 hatten die Hamburger Zeitungen offen über die Einführung des „gelben Sterns“ berichtet;⁹⁰ danach erstarb jede Berichterstattung über Verfolgungsmaßnahmen und das genaue Schicksal der betroffenen Juden.

Dennoch verbreitete sich die Kunde über die Deportationen mit großer Geschwindigkeit. Bereits einen Tag vor Beginn der ersten Deportation am 25. Oktober 1941 notierte die Hamburgerin Luise Solmitz in ihrem Tagebuch:

„Alle außer mir wußten, dass eine Menge Juden, es sollen zugewanderte sein, nach Polen abgeschoben werden, dort offenbar beschäftigt werden sollen. G. sah welche mit Sack und Pack. Vorgeschriebenes Gewicht des Gepäcks, alles andere bleibt zurück; für Bombengeschädigte, heißt es.“⁹¹

Detaillierte Kenntnisse hinsichtlich des Gepäcks mischten sich mit unzutreffenden Spekulationen über „zugewanderte“ Juden, die zu diesem Zeitpunkt längst abgeschoben worden waren. Luise Solmitz zeigte sich auch über die folgenden Deportationen gut informiert, zumal die Sammelpunkte vor dem Abtransport zum Hannoverschen Bahnhof in der Regel gut einsehbar waren. So fuhren in Hamburg die S-Bahnen an dem gut sichtbaren Platz vor dem Logenhaus fast im Minutentakt vorbei. Am 7. November notierte Frau Solmitz:

„In der Bahn reckten die Leute die Hälse; vorm Logenhaus wurde offenbar ein neuer Transport zu verschickender Nichtarier zusammengestellt.“⁹²

H. Frielingsdorf, ein Hamburger Handwerksmeister, der über keinerlei exklusive Informationsquellen verfügte und keine Kontakte zu Juden besaß, schrieb am 13. November 1941 in sein Tagebuch:

„Was man in der Judenfrage hört: Sie sollen alle ihre Wohnungen verlassen, den Schlüssel dazu bei der Polizei abgeben. Sie sollen alle zwei Handkoffer mit Zeug mitnehmen dürfen u. dann nach Rußland verschickt werden. Das sind deutsche Taten. Wenn also in Zukunft für die Judenmißhandlungen dem d. [eutschen] Volke besondere Vergeltungsmaßnahmen auferlegt werden, dann hat das d.[eutsche] Volk wenigstens mal einmal Recht, wenn es sagt, daß das von den Juden käme. Bisher hat das d.[eutsche] Volk ausdrücklich und bewußt alle gemeinen Staats- und Volksstreiche den Juden als ihre Schuld zugeschoben, entgegen jedem Ehrgefühl und jeder Wahrheitsliebe.“⁹³

Frielingsdorfs Bemerkungen machten deutlich, dass er die Deportationen missbilligte, für die er ausdrücklich nicht nur die NS-Machthaber, sondern auch

das „deutsche Volk“ in Haftung nahm. Repräsentativ war Frielingsdorf mit seiner Meinung zweifellos nicht. So begleitete ein Teil der Hamburger Bevölkerung die Deportationen mit demonstrativer öffentlicher Zustimmung. Ingrid Wecker, die bei den ersten Deportationen als Helferin der Jüdischen Gemeinde eingesetzt war, erinnert sich, dass die Juden vor dem Logenhaus durch eine Beifall klatschende Menge auf LKWs getrieben wurden.⁹⁴ Der Journalist Uwe Storjohann registrierte zustimmende Äußerungen wie „Jetzt marschieren sie ins Getto“ oder „Wird auch höchste Eisenbahn, dass sie verduften. Alles nur unnütze Esser!“⁹⁵ Die schon erwähnte Luise Solmitz notierte in ihrem Tagebuch am 5. Dezember 1941 den Ausspruch eines Passanten: „Gut, das das Pack ausgekehrt wird!“ Die einzelnen Deportationstransporte – so Solmitz in ihrem Tagebuch – waren nicht zuletzt an den Mülleimern rund um die so genannten Judenhäuser erkennbar:

„Ich fand die Bestätigung in den Mülleimern an ihrem Stift, die übervoll waren von den armen Überbleibseln ihres bißchen Habe, von bunten Blechdosen, alten Nachttischlampen, zerschlissenen Handtaschen. Kinder wühlten darin, eine unbeschreibliche Unordnung verbreitend; die knochige, gestromte Dogge suchte nach Eßbarem. Die alte Frau X. sagte, daß am Kl. Schäferkamp die Kinder den Auszug johlend begleitet hätten.“⁹⁶

Auch die 1942 nach Theresienstadt deportierte Berthie Philipp erwähnte einen regelrechten Massenauflauf bei ihrem Abtransport aus einem jüdischen Wohnstift.

„Viele Neugierige, die eben des Weges kamen, blieben stehen und umgaben bald in einem großen Kreise das Tor des Gartens, immer wieder versuchten sie es zu öffnen, wurden aber von zwei dort Posten stehenden Schupobeamten zurückgestoßen. Sobald die Schutzleute den Rücken kehrten, schlüpfen Zuschauer durchs Tor und drängten und schoben sich dicht an den Wagen heran. Von hier ließen sie sich nicht mehr fortjagen, denn sie trachteten danach, aus nächster Nähe gierig das ungewohnte Schauspiel zu genießen das ihnen ratlos erstarrte und hilflos verängstigte Menschen boten. [...] Da schob sich ein großer, breit gebauter, gut gekleideter Herr in den Vordergrund. ‚Das‘, sagte er, ‚sind Juden, die außer Landes verwiesen werden. Und das ist gut so!‘“⁹⁷

Während ein Teil der Bevölkerung den Deportationen offen zustimmte, verhielt sich die Mehrheit der nichtjüdischen Hamburger eher unauffällig. Uwe Storjohann bezeichnet sie in seinen Erinnerungen als „stumme Mehrheit von

Verlegenheit, Gleichgültigkeit, abgestumpfter Subordination“, eine „volksstabile Union aus Nichtkapierern, Stillhaltern, Kopfnickern, Weghörern und Sich-Blindstellenden.“⁹⁸ Die offenen Drohungen der NS-Propaganda gegenüber Freundschafts- und Mitleidsbekundungen, der wachsende Rückzug auf die eigenen Belange im Zuge steigender Kriegsbelastungen und die nahezu vollständige gesellschaftliche Isolierung der Juden schon Jahre vor der Deportation dürften zu dieser Grundhaltung beigetragen haben.

Nur wenige Hamburger standen Deportierten bei oder suchten den Abtransport im Einzelfall zu verhindern. Ingrid Wecker berichtet, dass Hamburger Privatpersonen oder Firmen anonym größere Bestände an Lebensmitteln für die Deportierten gespendet hatten: Brote, Butter, Wurst, Zucker, Kisten mit Wein, Schokolade und Bonbons für die Kinder.⁹⁹ Der Hamburger Bankier Cornelius von Berenberg-Goßler gehörte zu jenen, die sich in zahlreichen Einzelfällen um jüdische Bürger bemühte. Im Tagebuch des Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann werden weitere Personen erwähnt, die sich bei ihm für einzelne Personen einsetzten:

– „13.9.41, 11 Uhr Frau Nottebohm wegen einer jüdischen Bekannten inbezug auf den von dieser zu tragenden David-Stern. Ich sagte ihr, dass ich in der Angelegenheit nichts unternehmen könnte.“

– „11.11.41, 10 Uhr Herr Schönberg von Arnold Otto Meyer wegen einer Jüdin, die evakuiert werden soll.“¹⁰⁰

Der evangelische Pastor Seyfarth wandte sich in einem Schreiben gar unmittelbar an Himmler, um den Abtransport einer 93 Jahre alten Dame zu verhindern. Über die Vergeblichkeit seiner Bemühungen und die Folgen für Seyfarth selbst berichtete der jüdische Unternehmer Edgar Eichholz in persönlichen Aufzeichnungen:

„6 Monate nach Abgang seines Gesuchs erhielt er Antwort in Form einer Vorladung zur Gestapo in Hamburg. Dort saß in einem Klubsessel ein junger SS-Mann, der dem alten, mit Orden und Ehrenzeichen so reich dekorierten Herrn nicht einmal einen Stuhl anbot. Man hat ihn furchtbar zusammengeschnauzt und ihm gesagt, daß es für einen Deutschen unfaßlich sei, daß er sich für Juden einsetzen könne. Auf seine Bemerkung, daß die alte ‚Dame‘ von fast 93 Jahren nun doch wirklich niemandem etwas getan habe, wurde ihm erwidert, daß das keine Dame, sondern ein ‚Judenweib‘ sei! Da Pastor Seyfarth sein Gesuch Gott sei Dank einen Tag vor der Rede Dr. Göbbels abgesandt habe, in welcher die Juden

als Staatsfeind No. 1 erklärt wurden, so wolle man es dieses Mal mit einem Verweis und dem Hinweis belassen, daß er nie wieder mit Juden in Berührung kommen dürfe, so weit noch solche vorhanden, andernfalls er unweigerlich sofort in ein Konzentrationslager verbracht werden würde.“¹⁰¹

Anfänglich war über das weitere Schicksal der Deportierten in der nicht-jüdischen Bevölkerung noch wenig bekannt. Ab 1942 machten jedoch zahlreiche, teilweise sehr präzise Gerüchte die Runde, die offensichtlich von deutschen Besatzungsangehörigen sowie von Soldaten auf Fronturlaub verbreitet wurden. Der bereits erwähnte Edgar Eichholz, der die NS-Herrschaft in Hamburg in einer so genannten „privilegierten Mischehe“ überlebte, notierte in seinen privaten Aufzeichnungen über diese Gerüchte:

„Und keiner von diesen Menschen, so wird gesagt, soll noch am leben sein. Über den Minsker Transport und über die Art, wie die Armen umgebracht worden sein sollen, werden die furchtbarsten Schauergeschichten unter den Ariern erzählt.“¹⁰²

Oberst Ernst Ebeling, der Generalstabschef des stellv. Generalkommandos beim 10. Armeekorps in Hamburg, wusste es noch genauer. Am 22. März 1942 schrieb er in sein Tagebuch:

„Das Töten der Menschen, selbst sadistisches Quälen ist toleriert, wenn es sich um Juden, Polen, Serben oder Russen handelt. Was hat man z. B. mit den evakuierten Hamburger Juden gemacht, die im Osten in ein Ghetto sollten. 8 km von Smolensk sind sie von lettischen Soldaten en masse niedergeknallt.“¹⁰³

Der Hamburger Handwerksmeister Frielingsdorf vermerkte am 19. Juli 1942 in seinen Aufzeichnungen:

„In den letzten Wochen sind die letzten Juden in Hamburg abtransportiert worden, wohin, weiß man nicht. Aber schaurige Geschichten kursieren darüber im Volke. Sie sollen in Massen an offenen Gräbern oder auf freiem Felde mit Frauen und Kindern durch Massenerschießungen getötet sein. [...] Man kann kaum von solchen Greueln mehr hören, es wird einem übel, wenn man davon hört [...] Unsere Taten schreien zum Himmel, u [nd] das d[eutsche] Volk, daß sich diese Untaten lüstern erzählt u[nd] Erschrecken heuchelt, ist das unschuldig an unsern Massengreueln?? Nein, das ist es nicht, nur bei einem Volke mit einer solchen kritiklosen Gesinnung können solche Roheitsverbrechen vorkommen.“¹⁰⁴

Erneut machte Frielingsdorf die breite Bevölkerung für die Massenverbrechen mitverantwortlich und beklagte ihre Passivität. Dabei ist freilich zu

berücksichtigen, dass die NS-Justiz eine öffentliche Erörterung des Holocaust mit drakonischen Mitteln zu unterbinden suchte. So wurde der Hamburger Privatlehrer Albrecht Thausing wegen „Heimtücke“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte gegenüber Zeugen geäußert:

„Die SS habe in der Tschechei ähnlich gewüetet wie in Polen mit den Juden aus Hamburg. Erschießungen etc. am laufenden Band.“¹⁰⁵

Die Katastrophe von Stalingrad sei deshalb als „Strafe des Schicksals“ für die Ermordung der Juden zu werten. Das Hanseatische Sondergericht stufte diese Bemerkung als „gehässige, hetzerische und auch von niedriger Gesinnung zeugende Äußerung“ ein. Ein anderer Angeklagter erhielt anderthalb Jahre Gefängnis wegen der Bemerkung:

„Wozu wird soviel über den Mord an den polnischen Offizieren geredet? Wat hebt se denn mit de Juden mokt?“¹⁰⁶

Thausings Bemerkung über die Niederlage bei Stalingrad als „Strafe des Schicksals“ deutete an, dass nach 1943 Vergeltungsgängste und Bestrafungserwartungen in der Bevölkerung grassierten. Solange Hitler und die Regimeführung erfolgreich waren und den Krieg zu gewinnen schienen, verhielt sich ein Großteil der Bevölkerung nach dem Motto von Reichspropagandaminister Goebbels: „Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode.“¹⁰⁷ Mit der sich abzeichnenden Kriegsniederlage gewann die Befürchtung an Boden, dass den Deutschen für Deportation und Massenmord im Falle einer Kriegsniederlage eine Rechnung präsentiert werden würde. Vor allem die verstärkten Luftangriffe 1943/44 wurden vielfach bereits als eine vorgezogene Quittung begriffen. Nach der „Operation Gomorrha“ gegen Hamburg im Juli/August 1943 beispielsweise konstatierten Seelsorger ein „Gefühl für Schuld“ in der Bevölkerung, und der Hamburger Ostasienkaufmann Lothar de la Camp schrieb in diesem Zusammenhang an seine Bekannten:

„Bei aller Wut gegen die Engländer und Amerikaner über die Art ihrer unmenschlichen Kriegführung muß man ganz objektiv feststellen, daß das einfache Volk, der Mittelstand und die übrigen Kreise von sich aus wiederholt Äußerungen unter vier Augen und selbst auch im größeren Kreise machten, die die Angriffe als Vergeltung gegen die Behandlung der Juden durch uns bezeichneten.“¹⁰⁸

5. Enteignung und Versteigerung des Besitzes der Deportierten

Der Besitz Deportierter galt als „volks- und staatsfeindliches Vermögen“ und wurde systematisch zugunsten des Deutschen Reiches konfisziert und anschließend „verwertet“, d. h. an Institutionen des NS-Staates abgegeben oder an die Bevölkerung versteigert. Im Falle der Sinti und Roma wurden in erster Linie Bargeld, Edelmetalle und Schmuck eingezogen, während Möbel, Hausrat, Werkzeuge etc. meist Verwandten oder Zurückbleibenden ausgehändigt wurden. Am 5. Dezember 1942 fand in den Versteigerungshallen des Gerichtsvollzieheramtes, Drehbahn 36, eine öffentliche Versteigerung von Schmucksachen „umgesiedelter Zigeuner“ statt, die zuvor in der Hamburger Tagespresse angekündigt worden war. Die Familiennamen der Erwerber sind in den Versteigerungslisten verzeichnet.¹⁰⁹ Der Besitz deportierter Juden wurde hingegen bis zum letzten Haushaltgegenstand (Gläser, Töpfe, Pfannen) eingezogen und „verwertet“. Bereits der „Evakuierungsbefehl“ der Gestapo enthielt einen entsprechenden Zusatz („gilt als beschlagnahmt“),¹¹⁰ dessen kryptische Formulierung die mangelnde Rechtsgrundlage der Entziehungen andeutete. Die konkrete Verfügung¹¹¹ berief sich u. a. auf das „Gesetz zur Einziehung kommunistischen Vermögens“ (!) vom 26. Mai 1933, ehe mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 eine Rechtsgrundlage zu einem Zeitpunkt nachgeschoben wurde, als die Deportationen von Juden aus dem „Altreich“ längst eingesetzt hatten.

Die Federführung beim Vermögensentzug übernahm die neu geschaffene „Dienststelle für die Verwertung eingezogenen Vermögens“ beim Oberfinanzpräsidenten Hamburg. Bereits an den Sammelplätzen der Deportierten erschienen Finanz- und Zollbeamte, um die Vermögenserklärungen entgegenzunehmen, in denen die Deportierten ihren gesamten zurückgelassenen Besitz hatten auführen müssen. Daraufhin prüften die Finanzbeamten die Angaben der Betroffenen in deren Wohnungen nach und führten den Hamburger Versteigerern den Wohnungsinhalt zu. Dies geschah nicht gänzlich uneigennützig, sollten sie doch u. a. feststellen,

„ob unter den Wohnungen der Juden sich solche befinden, die sich als Wohnungen für Reichsfinanzbeamte eignen. Ferner ist zu prüfen, welche Gegenstände für die RFV [Reichsfinanzverwaltung] gebraucht werden können.“¹¹²

Darüber hinaus bombardierten zahlreiche Behörden und Institutionen, aber auch Privatpersonen die Vermögensverwertungsstelle mit Anfragen und

Wünschen nach dem so genannten „Judengut“.¹¹³ Eine bevorzugte Behandlung erfuhren dabei Ausgebombte, junge Ehepaare und Rückwanderer nach Deutschland, die von der Auslandsorganisation der NSDAP betreut wurden.¹¹⁴ Die Sozialverwaltung legte sich einen entsprechenden Fundus an Möbeln und Hausratsgegenständen an, der Oberfinanzpräsident und der SD-Leitabschnitt Hamburg komplettierten ihre Ausstattung mit Büromöbeln, eine Kommission der Hamburger Kunsthalle übernahm Gemälde, und die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen bereicherten sich an Büchern deportierter Juden.¹¹⁵ Anschließend beauftragten die Finanzbeamten die in Hamburg tätigen Versteigerer, die Wohnungseinrichtungen „in freiwilliger Versteigerung“ zu verkaufen. Auch die Hamburger Gerichtsvollzieher wurden zu dieser Tätigkeit herangezogen. Bei den Deportationen des Jahres 1942 fanden Versteigerungen sogar „an Ort und Stelle“, d. h. in den Wohnungen der deportierten Juden statt.¹¹⁶

Zwischen 1941 und 1945 verging in Hamburg kaum ein Tag, an dem nicht Besitz von Juden öffentlich versteigert wurde. Die Gesamtzahl der Erwerber dürfte über 100 000 gelegen haben. Neben dem Besitz der aus Hamburg deportierten Juden wurde auch das Umzugsgut jüdischer Emigranten versteigert, das durch den Kriegsausbruch 1939 nicht mehr verschifft werden können. Es bestand aus 3000 bis 4000 containerähnlichen „Lifts“, die im Hamburger Freihafen gelagert wurden und ab 1941 wegen der steigenden Bombenkriegsgefahr sukzessive zur öffentlichen Versteigerung freigegeben wurden. Hinzu kamen 45 Schiffsladungen mit insgesamt 27 227 Tonnen Möbel, Hausratsgegenstände und Kleidung aus dem Besitz deportierter niederländischer Juden, die am Schuppen 25 der Hafen- und Lagerhaus AG gelöscht wurden.¹¹⁷ Bei vielen dieser Transportaktionen übernahm die Hamburger Transportfirma Kühne & Nagel die Rolle eines Cheflogistikers. Komplettiert wurden die Lieferungen mit „Judengut“ schließlich durch Eisenbahntransporte nach Hamburg mit der beweglichen Habe französischer Juden. Insgesamt gelangten per Bahn 2699 Eisenbahnwaggons¹¹⁸ mit jüdischem Besitz nach Hamburg, die mit großer Wahrscheinlichkeit am Hannoverschen Bahnhof abgefertigt wurden.

In den öffentlichen Versteigerungen manifestierte sich ein zentrales Prinzip der NS-Rassenpolitik: „Arische Volksgenossen“ sollten gemäß ihrer obersten Stellung in der rassistischen Hierarchie systematisch auf Kosten von Juden und „Fremdvölkischen“ bevorzugt und materiell privilegiert werden. Ob sich daraus, wie von den NS-Machthabern erhofft, eine Bindungswirkung zwischen

Bevölkerung und Regime ergab, muss offen bleiben. Jedenfalls führte sie im Frühjahr 1945 nicht zu jenem „fanatischen“ Einsatz für den „Endsieg“, nicht zum Kampf bis zur letzten Patrone, den sich die NS-Machthaber erhofft hatten. Dennoch sahen nicht wenige dem Einmarsch der Alliierten mit gemischten Gefühlen entgegen. So notierte der schon erwähnte Edgar Eichholz Anfang 1945 in seinen Aufzeichnungen,

„daß viele, die jüdische Wohnungen und jüdische Sachen übernommen hatten, heute allergrößte Angst haben, die Juden könnten wiederkommen, ihr Eigentum zurückfordern und die Leute noch wegen Raub und Diebstahl zur Rechenschaft ziehen.“¹¹⁹

Danksagung

Neben den in den Anmerkungen aufgeführten Archiven und Institutionen möchten wir an dieser Stelle auch einigen Personen danken, die uns bei der Zusammenstellung dieser Dokumentation über die Deportationen unterstützt haben. Herr Jürgen Sielemann aus dem Hamburger Staatsarchiv hat uns nicht nur seine profunde Sachkenntnis zur Verfügung gestellt, sondern sich die Zeit genommen, die örtlichen und historischen Gegebenheiten mit uns zu erörtern. Peter Witte stellte uns Dokumente zur Verfügung. Monika Sigmund hat in kürzester Zeit gründliche Archivrecherchen durchgeführt. Stephen Roche unterstützte uns bei der Literaturrecherche und bei der technischen Realisierung des Dokumentenanhangs. Karin Guth hat uns ihre Interviews mit Hamburger Sinti überlassen.

Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir Ingrid Wecker und Klaus Hannes, die uns persönliche Dokumente aus der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung zur Verfügung gestellt haben.

Anmerkungen

- 1 Die hier genannte Zahl ist eine Mindestzahl und betrifft nur die Deportationen vom Hannoverschen Bahnhof. Bei der Abschiebung von rd. 1000 polnischstämmigen Juden aus Hamburg über die polnische Grenze im Oktober 1938 hatte noch der Altonaer Bahnhof als Ausgangsbahnhof fungiert.
- 2 Zum folgenden siehe Erich Staisch, *Hamburg und die Eisenbahn*, Eppstein/Ts. 1969; ders., *Eisenbahnen rollen durch das „Tor zur Welt“*. Eine Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Eisenbahnanlagen Hamburgs, Hamburg 1956; ders., *Hauptbahnhof Ham-*

- burg. Geschichte der Eisenbahn in Norddeutschland, Hamburg 1981; Katharina Marut-Schröter/Jan Schröter, Hamburgs Bahnhöfe. Verkehrs-Tempel und Haltepunkte im Wandel, Hamburg 1994; Eisenbahnen in Hamburg, Eisenbahn-Journal special 5/97.
- 3 Erich Staisch, Brücke zum Süden, Augsburg 1972.
 - 4 Hamburg und seine Bauten, unter Berücksichtigung der Nachbarstädte Altona und Wandsbek, hrsg. vom Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg, Hamburg 1890, S. 338 ff.
 - 5 W. Melhop, Historische Topographie der Freien und Hansestadt Hamburg 1895–1924, II. Band, Hamburg 1925, S. 361 f.
 - 6 Ebd., S. 361.
 - 7 Vgl. Staisch, Hauptbahnhof Hamburg, S. 76. Zur Auswanderung über Hamburg nach Amerika siehe Jürgen Sielemann, „Haben alle Passagiere auch Geld?“ Zur Geschichte der Auswanderung über den Hamburger Hafen 1892–1954, in: Karin Schulz (Hrsg.), Hoffnung Amerika. Europäische Auswanderung in die Neue Welt, Bremerhaven 1994, S. 81–102; Michael Just, Ost- und südosteuropäische Amerikawanderung 1881–1914, Stuttgart 1981.
 - 8 Jürgen Sielemann, Mit Garantie, „dass sie in Deutschland nicht lästig werden“. Zur Auswanderung osteuropäischer Juden über den Hamburger Hafen 1881–1914, Lichtbildervortrag am 17. Juni 1998 im Museum der Arbeit (ungedr. Manuskript).
 - 9 Vgl. die Übersicht der Transportziele im Gesamtleistungsbericht der Dienststelle Westen des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete (Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg) vom 8.8.1944, Archiv des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg, Dokumentensammlung zur „M-Aktion“, Bl. 170–175, hier Bl. 174.
 - 10 Erich Staisch, Hamburg und seine Dampflochzeit, Hamburg 1983, S. 194.
 - 11 Vgl. dazu Viviane Wünsche/Uwe Lohalm/Michael Zimmermann, Die nationalsozialistische Verfolgung Hamburger Roma und Sinti. Vier Beiträge, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2002.
 - 12 Staatsarchiv Hamburg, 351-10 I, Sozialbehörde I, AF 83.73, Band 1.
 - 13 Staatsarchiv Hamburg, 351-10 I, Sozialbehörde I, AF 83.74, Band 1, Bl. 1–2.
 - 14 Staatsarchiv Hamburg, 351-10 I, Sozialbehörde I, 26.19b, Band 2, Beiratssitzung vom 11.4.1940.
 - 15 Staatsarchiv Hamburg, 143-3 I, Rechtsamt I, 169, Bl. 33.
 - 16 Schreiben Karl Kaufmann an Hermann Göring vom 4.9.1942, zit. nach Frank Bajohr, Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: Ders./Joachim Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995, S. 59–91, hier S. 81.
 - 17 Dieter Pohl, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt am Main 1993, S. 89.
 - 18 Den Hinweis auf die geplante Deportation von Hamburger Juden ins Generalgouvernement Anfang Oktober 1941 verdanken wir Peter Witte, mit dem wir darin übereinstimmen, dass diese Deportation offensichtlich nicht im Kontext der reichsweit organisierten Deportationen stand. Peter Witte stellte uns die folgenden Dokumente zur Verfügung: Schreiben des Unterabteilungsleiters Türk an die Kreishauptleute in Biala-Podlaska,

- Hrubieszow und Janow-Lubelski betr. evakuierte Juden aus Hamburg vom 7.10.1941; Schreiben Türk an den Amtschef im Hause vom 9.10.1941, Archivum Panstwowe Lublinie, Bestand GDL, Ordner: Judenangelegenheiten, Judenaussiedlung, Ghettobildung 1940–1941, Sygn 892, Bl. 630-33.
- 19 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Tagebuch Carl Vincent Krogmann, Eintragung vom 16.10.1941.
 - 20 Zur Person Querners siehe sein Nachlass im Bundesarchiv Koblenz, Kl. Erwerbungen 521. Zur Stellung und Tätigkeit der HSSPF generell siehe Ruth Bettina Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986; zu den HSSPF in Hamburg siehe Tino Jacobs, Himmlers Mann in Hamburg. Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr als Höherer SS- und Polizeiführer im Wehrkreis X, Hamburg 2001.
 - 21 Oliver Hewel, Staat, jüdischer Grund- und Hausbesitz, Mietverhältnisse mit Juden. Aspekte staatlicher Judenpolitik in Hamburg 1933–1945, Universität Hamburg (Magisterarbeit) 1993, S. 77.
 - 22 Staatsarchiv Hamburg, 351-10 I, Sozialbehörde I, AF 44.23, Bd. II, Aufstellung vom 1.10.1942 betr. Unterbringung luftangriffgeschädigter Familien.
 - 23 Quelle: Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus, Gedenkbuch, bearb. von Jürgen Sielemann, Hamburg 1995, S. XIX; Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 47 UA 5.
 - 24 Um die 550 Sinti und Roma wurden in Hamburg, 200 in Schleswig-Holstein und 160 in Bremen und Niedersachsen festgenommen. Vgl. Michael Zimmermann, Deportation ins „Generalgouvernement“. Zur nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti und Roma aus Hamburg, Hamburg 2002, S. 67.
 - 25 Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus, S. XVII.
 - 26 Jan Parcer (Hg.), Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München 1993.
 - 27 Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 47 UA 5.
 - 28 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), ohne Signatur, Interview mit Regine Böhmer und Lotte Braun im November 2002, Interviewerin Karin Guth, Transkript S. 1–2.
 - 29 Ebd., S. 2.
 - 30 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), ohne Signatur, Interview mit Martha W., Interviewerin Karin Guth, Transkript S. 2.
 - 31 Ebd.
 - 32 Wacław Długoborski, Zur Geschichte des Lagers für Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau, in: Jan Parcer (Hg.), Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München 1993, S. 11–15.
 - 33 Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 47 UA 5.
 - 34 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), ohne Signatur. Interview mit Else Baker, Interviewerin Karin Guth, Transkript S. 2.

- 35 Walter Stanoski Winter, Winterzeit. Erinnerungen eines deutschen Sinto, der Auschwitz überlebt hat, Hamburg 1999, S. 41.
- 36 Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 47 UA 5.
- 37 Sybille Baumbach, Die Auswanderung von Juden aus Hamburg in der NS-Zeit, in: Deutsches Zollmuseum (Hg.), Verfolgung und Verwaltung. Beiträge zur Hamburger Finanzverwaltung 1933–1945, Hamburg 2003, S. 39–79, S. 40.
- 38 Ina Lorenz, Aussichtsloses Bemühen. Die Arbeit der Jüdischen Gemeinde 1941–1945, in: Die Deportation der Hamburger Juden 1941–1945, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg 2002, S. 30–44.
- 39 Betrifft: Evakuierung der Juden aus Hamburg, 21.10.41, Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, 992e, Band 1-01.
- 40 Evakuierungsbefehl, Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 23-15.
- 41 Deutsch-Jüdische Gesellschaft Hamburg (Hg.), Wegweiser zu ehemaligen jüdischen Stätten in Hamburg, Heft 3, Hamburg 1989, S. 178.
- 42 Auszug aus der Deportationsliste vom 25.10.1941. Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, 992e, Band 1.
- 43 Lucille Eichengreen, Von Asche zum Leben. Erinnerungen, Bremen 2001, S. 43 f.
- 44 Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 23-01.
- 45 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 34, Interview mit Ingrid Wecker vom 18.6.1992, Interviewerin Beate Meyer, Transkript S. 29.
- 46 Max Plaut, Die Deportationsmaßnahmen der Geheimen Staatspolizei in Hamburg, in: Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Hamburg, Hamburg 1965, S. XI-III.
- 47 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 34, Interview mit Ingrid Wecker vom 18.6.1992, Interviewerin Beate Meyer, Transkript S. 28.
- 48 Arthur Riegel, Else Rauch. Das Schicksal einer Hamburger Lehrerin und ihrer Familie, Hamburg 1995.
- 49 Auszug aus der Deportationsliste (Kopie) in: Ebd., S. 22.
- 50 Anmeldung im Ghetto Litzmannstadt (Kopie) in: Ebd., S. 32.
- 51 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 860, Interview mit Curtis Stanton am 15.8.2003, Interviewerin Linde Apel, Transkript S. 13 (Übersetzung aus dem englischen Original von Linde Apel).
- 52 Ebd., S. 14.
- 53 Bekanntmachung Nr. 380 (Kopie) in: Arthur Riegel, Else Rauch. Das Schicksal einer Hamburger Lehrerin und ihrer Familie, Hamburg 1995, S. 63.
- 54 Abmeldung aus dem Ghetto Litzmannstadt (Kopie) in: Ebd., S. 32.
- 55 Adalbert Rückerl (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse: Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, München 1978, S. 243–294.
- 56 Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, 992e, Band 3.

- 57 Ebd.
- 58 Heinz Rosenberg, *Jahre des Schreckens. Und ich blieb, dass ich Dir's ansage*, Göttingen 1985.
- 59 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 15, Interview mit Hubert Riemann am 20.9.1990, Interviewerin Beate Meyer, Transkript S. 29 f.
- 60 Heinz Rosenberg, *Jahre des Schreckens. Und ich blieb, dass ich Dir's ansage*, Göttingen 1985, S. 15 f.
- 61 Vermögenserklärung, Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 23.
- 62 Staatsarchiv Hamburg 522-1, Jüdische Gemeinden, 992e, Band 2-1.
- 63 Heinz Rosenberg, *Jahre des Schreckens. Und ich blieb, dass ich Dir's ansage*, Göttingen 1985, S. 17.
- 64 Ebd., S. 19 f.
- 65 Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, 992e, Band 3.
- 66 Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 23, Band 17.
- 67 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 495, Interview mit Fred Leser am 25.8.1997, Interviewer Jens Michelsen, Transkript S. 11.
- 68 Wilhelm Mosel, *Wegweiser zu ehemaligen jüdischen Leidenstätten der Deportation von Hamburg nach Riga*, Hamburg 1997, S. 13.
- 69 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 495, Interview mit Fred Leser am 25.8.1997, Interviewer Jens Michelsen, Transkript S. 11 f.
- 70 Wolfgang Scheffler, *Das Schicksal der in die baltischen Staaten deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden 1941–1945*, in: *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (Hg.), Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden*, München 2003, S. 9 f.
- 71 Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, 992e, Band 4, Bl. 3.
- 72 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 34, Interview mit Ingrid Wecker am 18.6.1992, Interviewerin Beate Meyer, Transkript, S. 30.
- 73 Jan-Erik Schulte, *Vom Arbeits- zum Vernichtungslager. Die Entstehungsgeschichte von Auschwitz-Birkenau 1941/1942*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Heft 1, Januar 2002, 41–69, S. 67.
- 74 Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, Ablieferung 1993, Ordner 14, Bl. 10.
- 75 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 253, Interview mit Eva Pfeiffer-Haufrect am 24.6.1994, Interviewerin Sybille Baumbach, Transkript, S. 29.
- 76 Name anonymisiert.
- 77 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 177, Interview mit „Regina Assmann“ am 1.9.1993, Interviewer Alfons Kenkmann, Transkript, S. 15.

- 78 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 112, Interview mit Esther Bauer am 20.11.1998, Interviewer Jens Michelsen, Transkript, S. 2.
- 79 Käthe Starke, *Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Bilder, Impressionen, Reportagen, Dokumente*, Berlin 1975, S. 23.
- 80 Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, Ablieferung 1993, Ordner 14, Bl. 7.
- 81 Käthe Starke, *Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Bilder, Impressionen, Reportagen, Dokumente*, Berlin 1975, S. 25.
- 82 Dora Lehmann, *Erinnerungen einer Altonaerin 1866–1946*, Hamburg 1998, S. 109.
- 83 Martha Glass, *Jeder Tag in Terezin ist ein Geschenk. Die Theresienstädter Tagebücher einer Hamburger Jüdin 1943–1945*, Hamburg 1996, S. 108.
- 84 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 7.
- 85 Martha Glass, *Jeder Tag in Terezin ist ein Geschenk. Die Theresienstädter Tagebücher einer Hamburger Jüdin 1943–1945*, Hamburg 1996, S. 104 f.
- 86 Institut Theresienstädter Initiative (Hg.), *Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945*, Prag 2000, S. 86.
- 87 Martha Glass, *Jeder Tag in Terezin ist ein Geschenk. Die Theresienstädter Tagebücher einer Hamburger Jüdin 1943–1945*, Hamburg 1996, S. 118.
- 88 Vgl. dazu Beate Meyer, *Kein Ort nirgends? Untergetauchte und gerettete Hamburger Juden*, in: *Die Deportation der Hamburger Juden 1941–1945*, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg 2002, S. 60–76.
- 89 Staatsarchiv Hamburg, 522-1, Jüdische Gemeinden, Ablieferung 1993, Bd. 3, Bl. 6.
- 90 *Hamburger Tageblatt*, 19. September 1941.
- 91 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Tagebuch Luise Solmitz, Eintragung vom 24.10.1941.
- 92 Ebd., Eintragung vom 7.11.1941.
- 93 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Tagebücher H. Frielingsdorf, Eintragung vom 13.11.1941.
- 94 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 34, Interview mit Ingrid Wecker vom 18.6.1992, Interviewerin: Beate Meyer, Transkript, S. 41/42.
- 95 Uwe Storjohann, *Hauptsache Überleben*, Hamburg 1993, S. 100.
- 96 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Tagebuch von Luise Solmitz, Eintragung vom 14.7.1942.
- 97 Berthie Philipp, *Die Todgeweihten*, Hamburg 1949, S. 11.
- 98 Storjohann, S. 100.
- 99 Werkstatt der Erinnerung in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), WdE 34, Interview mit Ingrid Wecker vom 18.6.1992, Interviewerin: Beate Meyer, Transkript, S. 24.

- 100 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Tagebuch Carl Vincent Krogmann, Eintragungen vom 13.9. und 11.11.1941.
- 101 Aufzeichnungen Edgar Eichholz (Privatbesitz), S. 11.
- 102 Aufzeichnungen Edgar Eichholz (Privatbesitz), S. 11.
- 103 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), 11 E 1, Tagebücher E. Ebeling, Eintragung vom 22.3.1942.
- 104 Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Tagebücher H. Fielingsdorf, Eintragung vom 19.7.1942.
- 105 Justizbehörde Hamburg (Hg.), „Von Gewohnheitsverbrechern, Volksschädlingen und Asozialen ...“ Hamburger Strafurteile im Nationalsozialismus, Hamburg 1995, S. 342–354, hier S. 344.
- 106 Ebd., S. 354.
- 107 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I, Band 9, München 1998, S. 379, Eintragung vom 16.6.1941.
- 108 Zit. nach: Die Hamburger Katastrophe vom Sommer 1943 in Augenzeugenberichten, bearbeitet von Renate Hauschild-Thiessen, Hamburg 1993, S. 230.
- 109 Staatsarchiv Hamburg, 214-1, Gerichtsvollzieherwesen, 86.
- 110 Vgl. Evakuierungsbefehl in: Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 15.
- 111 Verfügungsvordruck siehe ebd., J 3, Akt 3/344.
- 112 Vgl. Staatsarchiv Hamburg, 314-15, Oberfinanzpräsident, 23, Bl. 10–13, interner Vermerk vom 14.11.1941.
- 113 Ebd.
- 114 Siehe Archiv des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg, Korrespondenz des Versteigerers Carl F. Schlüter 1941–1943 (unverzeichnet).
- 115 Staatsarchiv Hamburg, 614-1/38, Hamburger Öffentliche Bücherhallen, 14, Aktenvermerke vom 11.6.1942, 3.8.1942, 4.9.1942 und 7.9.1942.
- 116 Ebd., Bl. 23–25, Besprechungsniederschrift vom August 1942.
- 117 Staatsarchiv Hamburg, 131-4, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1942 S II 538, Schreiben Senator Martini an den Reichsstattthalter vom 16.10.1942.
- 118 Vgl. den Gesamtleistungsbericht der Dienststelle Westen des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete vom 8.8.1944, Archiv des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg, Dokumentensammlung zur „M-Aktion“, Bl. 170–175.
- 119 Aufzeichnungen Edgar Eichholz, Privatbesitz, S. 43.

„Totale Organisation“

Die Geschichte der NSDAP im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*

Im Jahre 1951 legte die Philosophin, Politikwissenschaftlerin und Publizistin Hannah Arendt, die nach Adolf Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933 nach Frankreich emigriert war, ihre fulminante, mehr als 500 Seiten starke Studie „The Origins of Totalitarianism“ vor. Sie wurde vier Jahre später unter dem Titel „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ ins Deutsche übersetzt. Arendts Monographie teilt das Schicksal vieler anderer Studien zum NS-Regime, die von wissenschaftlichen Emigranten verfasst wurden, nämlich kaum gelesen und höchstens selektiv rezipiert zu werden. Dasselbe gilt, um einige Beispiele zu nennen, für Ernst Fraenkels bereits Mitte der 1930er Jahre entstandenen „Doppelstaat“, Emil Lederers „Massenstaat“ von 1938/39, Franz Leopold Neumanns „Behemoth“ von 1941/44 sowie für die Schriften Sigmund Neumanns, Siegfried Kracauers und Rudolf Heberles, die sich in der Emigration mit dem NS-Staat auseinandersetzten. Auch Arendts „Elemente“ bleiben noch zu entdecken, wenn gleich in den letzten Jahren immerhin die von ihr angeschnittene Frage nach der Kontinuität zwischen Kolonialrassismus und NS-Rassenimperialismus diskutiert worden ist. Im Mittelpunkt von Arendts „Elementen“ standen das NS-Regime und die Sowjetunion unter Stalin. Arendt bezeichnete beide als „totale Herrschaften“. Darunter verstand sie eine völlig neuartige Form der Diktatur, deren Kennzeichen im Zusammenspiel von Ideologie und Terror lag. Die „totale Herrschaft“ ziele darauf ab, das gesellschaftliche Zusammenleben so zu organisieren, „als gäbe es nur einen gigantischen Menschen auf der Erde“. ¹ Am weitesten sei dieses Prinzip im Stalinismus und im NS-Staat vorangetrieben worden.

In den ersten beiden Teilen ihrer „Elemente“ analysierte Arendt die Entwicklungslinien des europäischen Antisemitismus und Imperialismus seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Ihre Aufmerksamkeit galt dem Pangermanismus und dem Panslawismus, die den Antisemitismus sowie den Imperialismus zu einem spezifischen „völkischen“ Nationalismus verschmolzen. Schließlich sei es KPdSU und NSDAP als Erben der beiden Panbewegungen gelungen, dem „völkischen“ Nationalismus in ihren Ländern zum Durchbruch zu verhelfen. Darin habe eine Voraussetzung für die Errichtung totaler Herrschaften gelegen.² Auf welche Art und Weise dies geschah, schilderte Arendt im dritten Teil der „Elemente“. Zu diesem Zweck nahm sie den Aufstieg von KPdSU und NSDAP zu Massenbewegungen, deren Organisationsstruktur vor der Übernahme der politischen Macht und die Bestandteile der totalen Herrschaft in der Sowjetunion und im Deutschen Reich in ihren Blick. Als analytisches Bindeglied zwischen diesen drei Untersuchungsfeldern fungierte der Begriff der „totalitären Bewegung“, deren zentrales Merkmal Arendt als „totale Organisation“ bezeichnete. Darunter verstand sie zum einen die bedingungslose Fixierung der Mitglieder und Sympathisanten auf Aktivitäten und Ziele der „totalitären Bewegung“, zum anderen deren Streben, die gesamte Bevölkerung in sich zu organisieren.³ Mit dem Begriff „totale Organisation“ ist also eine Herrschaftstechnik der NSDAP gemeint, die sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet war. Arendt hat damit vor allen Dingen die Tätigkeit des Organisierens im Blick gehabt, und erst in zweiter Linie die „Totalität“ der Organisation selbst.

Dabei ist zu betonen, dass Arendt im weiteren Verlauf ihrer Analyse die Rolle der „totalitären Bewegungen“ innerhalb der jeweiligen Staatsapparate gar nicht mehr systematisch analysiert hat. Ihre spärlichen Bemerkungen zu dieser Frage, die sich samt und sonders im Unterkapitel „Der Staatsapparat“ finden, bedürfen der Interpretation. Dabei beschränke ich mich auf die NSDAP. Arendt ging davon aus, dass sich deren Herrschaftstechnik „totale Organisation“ nach der Machtübernahme Hitlers nicht veränderte. Folgerichtig sei die NSDAP nach 1933 darum bemüht gewesen, das Prinzip „totale Organisation“ auf den Staatsapparat und auf die gesamte Gesellschaft zu übertragen. Demnach habe die NSDAP nach ihrer Machtübernahme den staatlichen Apparat vollkommen usurpiert, so dass die Staatsautorität eine „ohnmächtige Fassade“ gewesen sei, „hinter der sich die wirkliche Macht der Partei verbirgt“.⁴ Außerdem habe sie „alle Ämter von irgendeiner Bedeutung“ verdoppelt, so dass

„die gleiche Funktion einmal von einem Staatsbeamten und zweitens von einem Parteimitglied erfüllt wurde“. Die Einwohner des Deutschen Reiches hätten insofern niemals gewusst, „welche dieser Instanzen gerade die Fassade und welche die wirkliche Macht repräsentierte“.⁵ Um diese Unsicherheit aufrechtzuerhalten, habe die NSDAP ihr Machtzentrum nach 1933 permanent verschoben, so dass es zu keiner Zeit zu einer Stabilisierung der innerparteilichen Strukturen gekommen sei. Dieses Prinzip bezeichnete Arendt als „fluktuierende Hierarchie“.⁶

Im folgenden werden fünf Thesen zur Geschichte der NSDAP im NS-Herrschaftssystem vorgestellt. Dabei wird danach gefragt, inwieweit Arendts Begriff „totale Organisation“ für die künftige NS-Forschung fruchtbar sein könnte. Die klassische Totalitarismustheorie hat Arendts „Elemente“ ja immer nur im Hinblick auf ihre Analyse des Terrors als wichtigstes Herrschaftsmittel „totalitärer“ Regime rezipiert. Ihr analytischer Ansatz war aber weitaus komplexer und verdiente es eigentlich, in seiner ganzen Bandbreite gewürdigt zu werden. Meine fünf Thesen verstehen sich als ein Baustein zu einer solchen, durchaus auch kritisch verfahrenen Aneignung von Arendts NS-Interpretation.

1. Im Zuge der „Gleichschaltung“, die nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 einsetzte, gelang es der NSDAP, sich einen großen Teil der bestehenden Vereine, Organisationen und Verbände einzuverleiben. Sie tat dies, indem sie diese Organisationen entweder zerschlug oder deren Vorstände mit ihren Parteigängern durchsetzte. In einem zweiten Schritt wurden der „Arierparagraph“ und das „Führerprinzip“ in den Vereinssatzungen festgeschrieben.

Die Technik der „Gleichschaltung“, die schon während der ersten Wahlerfolge der NSDAP 1930/31 etwa im Reichslandbund zur Anwendung gekommen war, markierte den Beginn der „totalen Organisation“ der deutschen Gesellschaft durch die NSDAP. Seitdem erfreuten sich die NSDAP und ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände eines nicht versiegenden Wachstums an Mitgliedern. Am 1. September 1939 waren die Hitler-Jugend (HJ) mit neun Millionen Mädchen und Jungen und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) mit knapp 5,5 Millionen Frauen die mitgliederstärksten Gliederungen. Zum gleichen Zeitpunkt bildeten die Deutsche Arbeitsfront (DAF) mit 22 Millionen Mitgliedern und die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), der knapp 15 Millionen Menschen angehörten, die beiden größten angeschlos-

senen Verbände der NSDAP. Nimmt man nun die übrigen Gliederungen und angeschlossenen Verbände dazu und rechnet die üblichen Mehrfachmitgliedschaften ab, so war mindestens jeder zweite „Reichsbürger“ nach der Definition der „Nürnberger Gesetze“ aus dem Herbst 1935 Mitglied in einer zur NSDAP gehörigen Organisation.⁷ Die NSDAP einschließlich der Gliederungen und angeschlossenen Verbände umfasste also, quantitativ gesehen, mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung. In der Zeit des „Dritten Reiches“ war aus einer Gesellschaft, die während der Weimarer Republik noch pluralistisch verfasst war, eine in und durch die Partei organisierte „Volksgemeinschaft“ geworden.⁸ Die NSDAP selbst hatte im Mai 1945 schließlich mehr als neun Millionen Mitglieder.⁹

In der Forschung ist es üblich geworden, die Geschichte der NSDAP von 1933 bis 1935/36 als Zerfallsprozess des vormals angeblich einheitlichen Parteiapparates zu schreiben und ihr jede Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess an der Spitze des NS-Regimes abzusprechen.¹⁰ Dies ist aber in mancherlei Hinsicht irreführend, denn diese Phase bildete nachgerade die Inkubationszeit der späteren Machtausdehnung der NSDAP im Kriege. In diesem Zeitraum entwickelte die NSDAP ihre Apparate, die später in fast alle erdenklichen Bereiche des politischen Systems ausgriffen. Dies konnte ihr erst gelingen, nachdem sie über entsprechende personelle und institutionelle Ressourcen verfügte. Die „totale Organisation“ der deutschen Bevölkerung bildete insofern eine Voraussetzung dafür, dass die NSDAP auch für die innere Verwaltung immer wichtiger wurde. Hannah Arendt stand der Zusammenhang deutlich vor Augen. Sie erblickte in der „Gleichschaltung“ der Vereine, Organisationen und Verbände einen entscheidenden Ausgangspunkt für die „totale Organisation“ der deutschen Gesellschaft durch die NSDAP.¹¹ Dabei ist „Gleichschaltung“ in einem doppelten Sinne als Prozess zu verstehen, der sowohl von oben als auch von unten vorangetrieben wurde. Ein großer Teil der deutschen Gesellschaft stellte sich nach dem 30. Januar 1933 auch freiwillig in den Dienst der neuen Machthaber.

2. Die Sozialbeziehungen in der Partei, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden basierten nicht primär auf charismatischer Vergemeinschaftung, wie in der Forschung immer wieder betont wird.¹² Sie waren vielmehr, wenn man die von Max Weber im Rahmen seiner Herrschaftssoziologie entwickel-

ten Idealtypen als Referenzwerte nehmen will, überwiegend bürokratisch strukturiert.¹³

Parallel zur „Gleichschaltung“ der Vereine, Organisationen und Verbände vollzog sich in der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden seit 1933/34 ein beispielloser Bürokratisierungsprozess.¹⁴ Dieser war notwendig geworden, um die neuen Mitglieder in die Parteiorganisation integrieren zu können. Die Bürokratisierung war eine unmittelbare Folge des innerparteilichen Mitgliederwachstums. Sie betraf die Reichsleitungs-Dienststellen, die Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitungen der NSDAP sowie die Apparate der Gliederungen und angeschlossenen Verbände, und zwar gleich in zweifacher Hinsicht. Zum einen wurde die Struktur der NSDAP-Verwaltungsstäbe immer bürokratischer, zum anderen aber auch deren Herrschaftspraxis nach außen. Am deutlichsten lässt sich dies an den Ortsgruppen der NSDAP ablesen, in denen knapp 97 Prozent der Parteifunktionäre agierten.¹⁵ Das Insistieren der NS-Forschung auf „Charisma“ als Erklärung für die innerparteilichen Sozialbeziehungen ist vor dem Hintergrund der neueren Forschung kaum mehr nachvollziehbar.¹⁶ Die Beispiele, die für die angeblich charismatische Struktur der NSDAP herangezogen werden, beziehen sich immer auf das Verhältnis zwischen Adolf Hitler und der Parteiführerschaft. Es ist aber überhaupt nicht einsichtig, dass das Verhältnis zwischen den anderen Parteifunktionären und ihrer Gefolgschaft ebenfalls ein charismatisches war. Aus dem Charisma Hitlers folgt nicht automatisch, dass auch die Gau- oder die Kreisleiter charismatische Persönlichkeiten waren. Im Gegenteil: Diese organisierten ihre Herrschaftspraxis in der NSDAP nach einem Prinzip, das Max Webers Idealtyp einer bürokratischen Herrschaft entsprach. Dies soll nicht heißen, dass es in der NSDAP nicht auch charismatische Elemente gab. Diese dominierten allerdings immer nur dann, wenn Hitler ins Spiel kam, etwa anlässlich der Nürnberger Reichsparteitage, die nicht zuletzt dem Zweck dienten, dass die mittleren und unteren Parteifunktionäre einmal in ihrem Leben den „Führer“ leibhaftig erleben durften. Der heuristische Erkenntniswert des Charisma-Modells wird dann besonders groß sein, wenn man damit das Verhältnis zwischen Hitler und seiner Gefolgschaft analysiert. In der Geschichte des NS-Staates lassen sich aber bei weitem nicht alle Phänomene lediglich auf dieses Verhältnis zurückführen.¹⁷

3. Die „fluktuierende Hierarchie“ in der NSDAP, die Hannah Arendt in den „Elementen“ konstatierte, hatte sich 1935/36 aufgelöst. Seitdem war die Dienststelle des Stellvertreters des Führers Rudolf Heß die unumstrittene innerparteiliche Führungsbehörde. Der Stab Heß verstand es, den Apparat der NSDAP sukzessive zu steuern.

Während der „Parteirevolution von unten“,¹⁸ die bis zum Sommer 1935 andauerte, stieg die Dienststelle des Stellvertreters des Führers zur Zentralbehörde der NSDAP auf. Die Macht dieser Dienststelle, die von Martin Bormann geleitet wurde, beruhte auf der Beteiligung an der Gesetzgebung und der Ernennung von Beamten des gehobenen und mittleren Dienstes. Sie war die einzige Parteibehörde, die an beiden Aufgaben mitwirkte.¹⁹ Als Reichsminister ohne Geschäftsbereich musste Heß an sämtlichen Gesetzen und Verwaltungsanordnungen des Reiches beteiligt werden. Seit 1936 gab es kein Gesetz mehr, dem Heß und sein Stab nicht ausdrücklich zugestimmt hatte. Eine Ausnahme bildete die militärische Gesetzgebung, die von den Mitwirkungsrechten des Stabes Heß nicht betroffen war. Über die exklusive Beteiligung an der Gesetzgebung gelang es dem Stab Heß, die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände zu kontrollieren. Hinzu kamen breit angelegte Kompetenzen in der NSDAP, vor allen Dingen in der innerparteilichen Personalpolitik. So nahm Heß die Stelle Hitlers im Parteigerichtsverfahren ein und konnte ein Parteigerichtsverfahren gegen Reichs- und Gauleiter beantragen. Bei der Ernennung neuer Gauleiter besaß der Stab Heß ein Vorschlagsrecht, und in der Praxis hielt sich Hitler auch immer an die Vorschläge seines Stellvertreters. Daran änderte sich auch nach Heß' Englandflug vom 10. Mai 1941 nichts, als Bormann zum Leiter der Partei-Kanzlei ernannt wurde und de facto die Nachfolge des Stellvertreters des Führers antrat. Bormann gelang es, das politische Gewicht der NSDAP im NS-Staat weiter zu stärken. Die politische Macht des Stabes Heß und der Partei-Kanzlei lag allerdings nicht unbedingt in der Durchsetzung eigener Zielvorstellungen, sondern in der Monopolisierung der Kommunikation innerhalb des NS-Regimes. Alle wichtigen politischen Entscheidungen, ob nun in der Innen-, Wirtschafts-, Außen- und Besatzungspolitik, liefen über den Stab Heß beziehungsweise die Partei-Kanzlei.

4. Das Machtverhältnis zwischen Partei und innerer Verwaltung veränderte sich seit 1935/36 nur graduell. Aufgrund des alliierten Luftkrieges gegen das Deut-

sche Reich kam es zu einer immer intensiveren Kooperation zwischen den beiden Herrschaftsträgern. Bis zum Ende des „Dritten Reiches“ blieb jenes Gleichgewicht zwischen Partei und Staat bestehen, das sich in der Vorkriegszeit ausgebildet hatte. Von einem Bedeutungsverlust der Ministerialbürokratie und der nachgeordneten staatlichen Verwaltungsapparate kann insofern keine Rede sein.

Die gängige Einschätzung des Verhältnisses zwischen Staat und NSDAP im „Dritten Reich“ geht dahin, dass der Parteiapparat sukzessive die staatliche Verwaltung übernommen habe.²⁰ Demzufolge sei die staatliche Verwaltung Opfer eines langsamen, primär durch die NSDAP verursachten Machtverfalls geworden, der sie aller Handlungsmöglichkeiten beraubt habe. Diese Interpretation geht auf Franz Leopold Neumanns „Behemoth“ von 1941/44 zurück, der das „Dritte Reich“ bekanntlich als „Unstaat“ bezeichnete.²¹ Hannah Arendt hat dieselbe Ansicht vertreten und, wie eingangs erwähnt, in ihren „Elementen“ von der Machtlosigkeit des Staatsapparates gesprochen. In „Eichmann in Jerusalem“ eine Dekade später revidierte sie diese Fehleinschätzung.²² Die These vom immer machtloser werdenden Staatsapparat ist in die meisten intentionalistischen wie strukturalistischen Interpretationen zum NS-Regime übernommen worden. Im Lichte einiger neuerer Forschungen zur staatlichen Bürokratie im NS-Staat ist sie jedoch nicht mehr haltbar. Zwar lässt sich ein schleichender Aufgabenverlust einiger Instanzen der inneren Verwaltung auf Reichs- und Länderebene nachweisen, weil das NS-Regime bekanntlich unzählige neue Sonderbehörden schuf, um bestimmte Tätigkeiten außerhalb des bisherigen Verwaltungsweges zu erledigen. Diese Sonderbehörden können nun jedoch nicht umstandslos dem Bereich der NSDAP zugeordnet werden, auch wenn sie meist von Parteifunktionären geleitet wurden. Vielmehr waren sie ihrerseits Bestandteil der staatlichen Verwaltung, was sich insbesondere darin zeigt, dass sie ihre Mitarbeiter aus der Ministerialbürokratie rekrutierten. Die NSDAP hatte keinen institutionellen Einfluss auf diese Sonderbehörden, ja, sie wollte ihn auch gar nicht haben, weil man sich, so Bormann, nicht in die Exekutive zwingen lassen dürfe. Der Staat, so das Credo des Leiters der Parteikanzlei, sei für die „Verwaltung“ zuständig, die NSDAP hingegen für die „Menschenführung“.²³

Das zweite Argument, das die Hypothese von der Machtlosigkeit der inneren Verwaltung zu konterkarieren geeignet ist, liegt in der Zusammenarbeit

zwischen Staat und Partei, die sich während des Zweiten Weltkrieges entwickelte. Der Grund für diese Kooperation waren die personellen Ressourcen der NSDAP. Aufgrund des Prinzips „totale Organisation“ besaß sie im Kriege administrativen Zugriff auf einen Großteil der Bevölkerung. Das galt vor allem für Frauen und für Jugendliche unter 18 Jahren, die der HJ, dem BDM und der NSF angehörten. Auf Anforderung der staatlichen Behörden sorgte die NSDAP dafür, dass Jugendliche und Frauen als Hilfskräfte in öffentlichen Verwaltungen, Krankenhäusern und in der Wirtschaft arbeiteten und dort die zur Wehrmacht eingezogenen männlichen Arbeitskräfte ersetzten. Nach den alliierten Luftangriffen arbeiteten Kommunalverwaltungen, NSDAP und NSV bei der Trümmerbeseitigung, den „Evakuierungen“ und der Sofortverpflegung der Bevölkerung zusammen.²⁴ Dadurch steigerte sich zwar der Einfluss der NSDAP. Die innere Verwaltung blieb aufgrund ihres administrativen know hows für die NSDAP weiter unentbehrlich. Am deutlichsten zeigte sich dies im Bereich der Gesundheitsversorgung, auf die die NSDAP keinen Einfluss hatte.²⁵ Das Paradigma der Machtsummenkonstanz, wonach die Steigerung des Einflusses eines Herrschaftsträgers im NS-Regime stets auf Kosten eines anderen erfolgt sei, muss angesichts solcher Ergebnisse revidiert werden.²⁶ Im Zweiten Weltkrieg zeigte sich, dass sowohl innere Verwaltung als auch NSDAP, Wehrmacht und Wirtschaft an Bedeutung gewannen. Diese Entwicklung erklärt sich aus den immer höheren Erwartungen, welche die Bevölkerung an diese vier Herrschaftsträger richtete, und aus den daraus resultierenden, sich immer weiter verdichtenden Regelungs- und Lenkungsbedürfnissen.

5. Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände waren wichtige Organe der sozialen Kontrolle im NS-Staat. Sie standen in dieser Hinsicht auf einer Stufe mit der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und den übrigen NS-Polizeiorganen, aber auch mit der inneren Verwaltung und der Wehrmacht als zwei weiteren Säulen der Sozialdisziplinierung im „Dritten Reich“.

Die soziale Kontrolle der NSDAP besaß zwei Aspekte, die mit deren Herrschaftspraxis nach außen und nach innen zusammenhing: Zum einen wurde die nicht in der NSDAP organisierte Bevölkerung durch ein wohldosiertes Arsenal an Einschüchterungs- und Zwangsmaßnahmen örtlicher Parteifunktionäre auf Linie gebracht.²⁷ Zum anderen strebte der Parteiapparat auch gegenüber der eigenen Klientel nach sozialer Kontrolle. Deshalb hat Hannah Arendt in den

„Elementen“ davon gesprochen, die NSDAP habe die „zweifelhaften Sympathien“ der in ihr „gleichgeschalteten“ Bevölkerung polizeimäßig überwacht.²⁸ Indem die NSDAP ihre eigene Klientel kontrollierte, kontrollierte sie einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung. An diesem Prozess waren mehrere Millionen Parteifunktionäre beteiligt, was ein signifikanter Beleg für die Selbstüberwachung der deutschen Gesellschaft ist. Die angeblich überbordende Denunziationsbereitschaft der Bevölkerung vermag in diesem Zusammenhang als Argument nicht zu überzeugen.²⁹ Die Denunziationen sind quantitativ geradezu zu vernachlässigen, wenn man sie mit den Funktionärsmassen der NSDAP vergleicht, die die soziale Kontrolle organisierten. Wenn sich die deutsche Gesellschaft im NS-Regime selbst überwachte, dann eher durch die NSDAP.

Die fünf Hypothesen, die ich Ihnen vorgestellt habe, sind auf die eine oder andere Weise mit Hannah Arendts Einschätzungen in den „Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft“ von 1955 verbunden. Im Mittelpunkt ihrer Analyse steht der Begriff „totale Organisation“, der als Tätigkeit des Organisierens zu verstehen ist. Die NSDAP organisierte die Bevölkerung, indem sie sie nach 1933/34 in ihre Apparate einverleibte. Diese „Gleichschaltung“ wiederum bildete die Voraussetzung für die „totale Organisation“ der eigenen Klientel in der NSDAP, die überwiegend im Modus der bürokratischen Vergemeinschaftung erfolgte. Der Stab Heß und die Partei-Kanzlei wiederum organisierten die Parteipolitik, und dabei gelang es ihnen, den Einfluss der NSDAP immer weiter zu stärken. Dies war jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Verdrängung anderer Herrschaftsträger, etwa der inneren Verwaltung, aus dem Prozess der politischen Entscheidungsfindung. Schließlich war die NSDAP ein zentraler Bestandteil der sozialen Kontrolle des NS-Regimes, wobei sie natürlich – darauf bin ich oben nicht näher eingegangen – mit der Gestapo und den anderen Polizeibehörden kooperierte.³⁰ Generell darf man nicht in den Fehler verfallen, die NSDAP einseitig als Teil des NS-Herrschaftsapparates und die Bevölkerung einseitig als Beherrschte darzustellen. Im Gegenteil: Die Bevölkerung, dies hat die Diskussion über die Denunziationen in den letzten Jahren gezeigt, verstand es virtuos, die Partei für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Die traditionelle Dichotomie von Herrschaft und Gesellschaft, die in der NS-Forschung immer noch prominent ist, wird, dies zeigt das Beispiel der NSDAP, überwunden werden müssen, um zu einem adäquaten Verständnis des NS-Regimes zu gelangen.

Hannah Arendts Begriff „totale Organisation“, wie ich ihn als Tätigkeit des Organisierens interpretiert habe, ist dazu geeignet, ein solches neues Verständnis anzubahnen. Er markiert den Übergang von einer bloß phänomenologischen Analyse des NS-Regimes hin zu dessen sozialer Praxis, wenngleich Arendt diesen Schritt selbst nicht vollzogen hat. Die Analyse der sozialen Praxis, hier der Tätigkeit des Organisierens, verspricht neue Aufschlüsse über die Geschichte des NS-Staates. „Totale Organisation“ ist nun kein Begriff, der das NS-Regime in einem umfassenden Sinne erklärt. Er hilft nur zu verstehen, auf welche Art und Weise die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände agierten. Über die Effizienz dieser sozialen Praxis oder die Motivationen der Parteifunktionäre sagt dieser Begriff wenig aus. Dies gilt aber auch für andere Begriffe wie „Charisma“ und „Bürokratie“ oder Adjektive wie „faschistisch“ und „totalitär“, die gewöhnlich als Generalschlüssel für die Interpretation des NS-Staates benutzt werden. Dabei besitzen sie alle nur eine „mittlere Reichweite“, das heißt, sie erklären höchstens Teilaspekte der NS-Geschichte. Ähnliches gilt für den Begriff „Polykratie“, der mittlerweile so inflationär verwandt wird, dass er im Grunde genommen keinerlei analytische Aussage mehr ermöglicht. Ich möchte dafür plädieren, solche Begriffe in Zukunft behutsamer zu verwenden. Der Zeithistoriker muss umfassende Auskunft darüber geben, was sie aussagen und wofür sie benutzt werden. Der Komplexität des NS-Systems kann man am ehesten gerecht werden, indem man mehrere Begriffe „mittlerer Reichweite“ analytisch miteinander kombiniert. Deren Verabsolutierung führt meines Erachtens genauso in die Irre wie ein bloß positivistisches Herangehen, das aus den Quellen zu rekonstruieren pflegt, wie es „eigentlich“ gewesen ist, ohne sich übergreifenden Fragen zu stellen. Es bedarf einer Vermittlung zwischen empirischer Rekonstruktion und theoriegeleiteter Analyse des NS-Staates. Niemand hat dies deutlicher gemacht als Detlev Peukert, der frühere Leiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte. Bereits in „Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde“ aus dem Jahre 1982 warnte er vor dem „Verzicht auf jede Deutung“ und dem „Verharren in detailgenügsamer Begriffslosigkeit“.³¹ Demgegenüber plädierte er für eine theoriegeleitete empirisch, gesättigte Erforschung des NS-Staates. Die neuere NS-Forschung täte gut daran, sich beizeiten an diese Forderung zu erinnern.

Anmerkungen

- * Überarbeitete Version des Vortrages beim Symposium „Vom völkischen Radikalismus zur nationalsozialistischen Herrschaft“ anlässlich des 65. Geburtstages von Dr. Uwe Lohalm in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg am 1. Oktober 2004.
- 1 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Nach der deutschen Erstausgabe von 1955, 4. Aufl., München 1986, S. 703–730, hier: S. 714 (Zitat).
 - 2 Ebda., S. 358–421, hier: S. 366–390.
 - 3 Ebda., S. 575–608, hier: S. 576–581, 584 u. 598 f.
 - 4 Ebda., S. 618 ff., hier: S. 619 (Zitate).
 - 5 Ebda., S. 621–624, hier: S. 622 (Zitat).
 - 6 Ebda., S. 581 f.
 - 7 Eine Bestandsaufnahme der Mitgliederzahlen in der NSDAP und ihren Organisationen mit Stand vom 1.9.1939 gebe ich in meinem Beitrag *Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*; Bd. 9: *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939–1945*, Teilbd. 1: *Politisierung – Vernichtung – Überleben*. Mit Beiträgen von Ralf Blank, Jörg Echternkamp, Karola Fings, Jürgen Förster, Winfried Heinemann, Tobias Jersak, Armin Nolzen und Christoph Rass, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. v. Jörg Echternkamp, München 2004, S. 99–193, hier: S. 103.
 - 8 Dieser Aspekt wird bei Detlev Peukert, *Volkgenossen und Gemeinschaftsfremde. Auspassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982, S. 53–218, der bislang besten Studie zum Thema „Volksgemeinschaft“ im NS-Staat, über Gebühr vernachlässigt.
 - 9 Michael Kater, *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders, 1919–1945*, Cambridge Mass. 1983, S. 263 (= Figure 1).
 - 10 So übereinstimmend Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party*; Bd. 2, Pittsburgh 1973, S. 18–110, sowie Johnpeter H. Grill, *The Nazi Movement in Baden 1920–1945*, PhD Dissertation, Chapel Hill 1983, S. 243–294. Vgl. dagegen Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, *Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945*, Köln 1998, S. 317–360, bei denen die NSDAP als monolithische Einheit erscheint.
 - 11 Arendt, *Elemente*, S. 584–588.
 - 12 Ein gute Übersicht bietet Stefan Breuer, *Max Webers Parteisozioologie und das Problem des Faschismus*, in: *Das Weber-Paradigma. Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm*, hg. v. Gert Albert, Agathe Bienfait, Steffen Sigmund und Claus Wendt, Tübingen 2003, S. 352–370, hier: S. 352, Fußnote 1.
 - 13 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5., rev. Aufl., besorgt v. Johannes Winckelmann, Tübingen 1972, S. 140–143. Dazu Stefan Breuer, *Bürokratie und Charisma. Zur Politischen Soziologie Max Webers*, Darmstadt 1994.
 - 14 Zur Bürokratisierung im NS-Staat allgemein Ludolf Herbst, *Entkoppelte Gewalt – Zur chaostheoretischen Interpretation des NS-Herrschaftssystems*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 28 (1999), S. 117–158, hier: S. 151 ff.
 - 15 Carl-Wilhelm Reibel, *Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, S. 67–265.

- 16 So etwa die wichtigen Studien zu den Kreisleitungen der NSDAP von Claudia Roth, Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, München 1997; Christine Arbogast, Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite, 1920–1960, München 1998; Andreas Ruppert/Hansjörg Riechert, Herrschaft und Akzeptanz. Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre. Analyse und Dokumentation, Opladen 1998; Wolfgang Stelbrink, Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe – Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang, Münster 2003, sowie Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Phil. Diss. Flensburg 2004.
- 17 Vgl. dagegen Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte; Bd. IV: 1914–1949, München 2003, S. 595–937, der Webers Idealtypus der charismatischen Herrschaft zur Erklärung der Gesellschaftsgeschichte des NS-Staates nutzen will. Damit wird das Konzept jedoch überspannt. Zur Anwendung von Webers Herrschaftssoziologie auf den NS-Staat kritisch Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001, S. 133 f. u. 190 f.
- 18 Zu diesem Begriff Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 13. Aufl., München 1992 [ursprgl. erschienen: 1969], S. 246–252. Zu Broszats Bedeutung für die NSDAP-Forschung Armin Nolzen, Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die NSDAP. Einige Bemerkungen zur „funktionalistischen“ Interpretation des „Dritten Reiches“, in: Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande 32 (2000), S. 433–450.
- 19 Ausführlich Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München/London/New York/Paris 1992, S. 154–179.
- 20 So durchgängig Dieter Rebetisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989.
- 21 Franz L. Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, hg. und mit einem Nachwort vers. v. Gert Schäfer, Frankfurt am Main 1984, S. 541–550. Dazu grundlegend Jürgen Bast, Totalitärer Pluralismus. Zu Franz L. Neumanns Analyse der politischen und rechtlichen Struktur der NS-Herrschaft, Tübingen 1999, S. 287–303.
- 22 Siehe Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, Leipzig 1990 [ursprgl. erschienen: München 1964], S. 49–69, hier: S. 60 f. u. 64 f.
- 23 Zu diesem Begriff die Einleitung in Dieter Rebetisch/Karl Teppe (Hg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, Göttingen 1986, S. 7–32.
- 24 Wilfried Beer, Kriegsalltag an der Heimatfront: Alliiertes Luftkrieg und deutsche Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Schadensbegrenzung, dargestellt für den Raum Münster, Bremen 1990, S. 61–216.
- 25 Winfried Süß, Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003, S. 129–369.
- 26 Dazu allgemein Niklas Luhmann, Macht, Stuttgart 1975. Zu dessen Soziologie und ihrer Relevanz für die Geschichtswissenschaften Frank Becker/Elke Reinhardt-Becker, System-

- theorie. Eine Einführung für die Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main/ New York 2001.
- 27 Dazu Carl-Wilhelm Reibel, Die NSDAP-Ortsgruppen Dornbusch und Oberrad 1933–1945, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 65 (1999) S. 53–120, hier: S. 86–101; Detlef Schmiechen-Ackermann, Der „Blockwart“. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: VfZ 48 (2000), S. 575–602, sowie Beate Meyer, „Goldfasane“ und „Nazissen“. Die NSDAP im ehemals „roten“ Stadtteil Hamburg-Eimsbüttel, Hamburg 2002, S. 97–104.
- 28 Arendt, Elemente, S. 651. Dazu die signifikante Fehlinterpretation bei Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Die Gestapo. Weltanschauungsexekutive mit gesellschaftlichem Rückhalt, in: Dies. (Hg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 599–650, hier: S. 631 f., Fußnote 106, die Arendt als Vorläuferin jener „Idee der denunziatorischen Selbstüberwachung der Gesellschaft im totalitären Staat“ in Anspruch nehmen. Arendt hingegen ging es nicht um Denunziationen, sondern um die Beteiligung der NSDAP an der Sozialdisziplinierung!
- 29 Damit wende ich mich gegen Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Zur Entstehungsgeschichte einer selbstüberwachten Gesellschaft, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 109–121.
- 30 Gisela Diewald-Kerkmann, Politische Denunziationen im NS-Regime oder Die kleine Macht des „Volksgenossen“, Bonn 1995, S. 83–90.
- 31 Peukert, Volksgenossen, S. 13–17, hier: S. 14 (Zitate).

Karl Christian Führer

Medienmetropole Hamburg

Stadt und mediale Öffentlichkeiten in Hamburg vom Ende der 1920er Jahre bis Anfang der 1960er Jahre

Das Projekt versucht, Stadt- und Mediengeschichte zusammenzuführen und fragt zentral nach der Bedeutung medial konstituierter Öffentlichkeiten für die städtische Gesellschaft und für die Wahrnehmung der Stadt. In diesem Zusammenhang habe ich besonders die Lokalberichterstattung der auflagestarken Hamburger Tageszeitungen vergleichend untersucht. Dieser Aspekt soll hier thesenhaft mit einigen Ergebnissen vorgestellt werden.

Für die Schlussphase der Weimarer Republik zeigt ein Vergleich der verschiedenen Tageszeitungen die Konstruktion einer jeweils radikal anderen Stadt: Hamburg stellte sich auf den jeweiligen Lokalseiten sowohl als soziales Gefüge als auch als Stadtraum jeweils grundlegend anders dar. Die politische Fraktionierung der deutschen Gesellschaft in den späten Jahren der Weimarer Republik wurde – wie sich hier zeigt – gerade auch in der Lokalberichterstattung der Tageszeitungen beständig neu inszeniert und damit wohl auch aufrecht erhalten und intensiviert.

Lediglich für die drei bürgerlich-liberalen Blätter der Stadt („Hamburger Fremdenblatt“, „Hamburger Anzeiger“, „Hamburgischer Correspondent“) lassen sich verbindende Elemente finden. Hier ist vor allem ein ständiger Bezug auf Hamburgs vorindustrielle, vormoderne Vergangenheit zu nennen, die als „das Wesen“ der Stadt verstanden und präsentiert wurde. Hamburg entstand hier, in scharfem Kontrast zu dem aktuellen Bild einer schroffen sozialen und politisch-weltanschaulichen Segmentierung, als imaginäre Gemeinschaft, die vor allem durch einen angeblich allen Einwohnern gemeinsamen landsmannschaftlich-norddeutschen Charakter vereint gewesen sei.

Zumindest in den Anfangsjahren des NS-Regimes wurde die Lokalberichterstattung in Hamburg noch stärker von dieser Ontologisierung von Stadt und umliegender Region geprägt. Zugleich inszenierten die verbliebenen, gleichgeschalteten Zeitungen die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ beständig als Rückkehr dieser traditionellen, vom „niederdeutschen Volkstum“ geprägten Stadt. Unterschiedlichen Stellenwert hatte lediglich der Antisemitismus: Während antisemitische Inhalte im Organ der Hamburger NSDAP, dem „Hamburger Tageblatt“, in hoher Dichte und in nahezu allen Sparten des Blattes präsent waren, begnügten sich die alteingeführten Zeitungen hier bis 1935 eher mit publizistischen Pflichtübungen (womit gerade der Lokalteil weitgehend von solchen Artikeln frei blieb). Nach Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ verstärkte sich die jüdenfeindliche Färbung und Instrumentalisierung der Berichterstattung allerdings auch in diesen Blättern, vor allem im Bereich der lokalen Gerichtsberichte, in denen nun zunehmend demonstriert wurde, wie bedrohlich nah und dringlich „das Judenproblem“ sei. Unterschiede in der Intensität des antisemitischen Furors blieben jedoch bestehen. Wie verschiedene Hinweise andeuten, handelte es sich hierbei um eine von der NSDAP durchaus gewollte (zumindest aber tolerierte) Inszenierung von „weltanschaulicher“ Differenz, die keinesfalls als Störfaktor in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ verstanden werden sollte.

In den Kriegsjahren führten die stufenweise angeordneten Umfangsbeschränkungen für fast alle Presseprodukte zu einem allmählichen Verschwinden der „Nahwelt“ aus den Hamburger Tageszeitungen. Die zahlreichen Stadtteilzeitungen wurden komplett eingestellt; in den wenigen weiter erscheinenden Blättern entfiel immer weniger Platz auf die Lokalberichterstattung. Vor allem in der Schlussphase des Krieges führte das Bemühen, auf engstem Raum eine „vollgültige“ Tageszeitung zu simulieren, zu einem Übergewicht der auf Hamburg bezogenen Kultur- und Sportberichte. Dieser Simulation einer vom NS-Regime und vom Krieg nahezu unberührten Normalität großstädtischen Lebens wurden andere lokale Themen zunehmend geopfert. Dies galt selbst für die Darstellung/Selbstdarstellung der lokalen Eliten des NS-Regimes, die deshalb – ebenso wie die örtlichen Parteiinstitutionen – in der medialen Öffentlichkeit Hamburgs in den letzten Monaten des Krieges kaum noch präsent waren.

Auch in der Besatzungszeit blieb die Lokalberichterstattung unterentwickelt, denn die materielle Einschränkung der Zeitungsproduktion fiel nach dem

Ende des „Dritten Reiches“ noch radikaler aus als selbst in den Anfangsmonaten des Jahres 1945. In der Regel erschienen Tageszeitungen bis zum Sommer 1948 nur zwei- oder bestenfalls dreimal wöchentlich im streng limitierten Umfang von vier bis sechs Seiten. Trotz dieser Platzknappheit schrieben die mit britischer Lizenz seit 1946 neu erscheinenden Hamburger Tageszeitungen das traditionelle Bild von Hamburg weiter fort: Die Stadt in ihrer vormodernen „charakteristischen“ Gestalt blieb gerade in dem aktuellsten Medium fortlaufend präsent. Für die vom Krieg topographisch verwüstete und durch die Bevölkerungsverschiebungen der Nachkriegszeit auch sozial erheblich veränderte Stadt hatte dieser Rückbezug auf die Vergangenheit offensichtlich große Bedeutung. Daneben waren die Hamburger Tageszeitungen der ersten Nachkriegsjahre vor allem von den Eingriffen und Reglementierungen der britischen Besatzer gekennzeichnet. Der von ihnen erzwungene Verzicht auf eine politisch selektierende Auswahl der gedruckten Nachrichten und die vorgeschriebene Trennung von Nachricht und Meinung veränderten auch die Lokalberichterstattung. Eine erneute inhaltliche Fragmentierung der Zeitungsöffentlichkeiten blieb aus; sieht man von der Außenseiterrolle der kommunistischen „Hamburger Volks-Zeitung“ ab, fühlten sich zudem alle Blätter programmatisch dem demokratischen Wiederaufbau verpflichtet.

In den 1950er Jahren wandelte sich die Lokalberichterstattung tiefgreifend. Vor allem zwei Neuerungen sind zu verzeichnen: zum einen der Aufstieg von Fotografien zum zentralen Teil der Berichterstattung, zum anderen die Hinwendung zu „human interest“-Berichten. Fotos hatten in Hamburger Tageszeitungen traditionell nur geringe Bedeutung gehabt. Ihre Zahl war gering, ihr Format klein. Publizistisch erfüllten sie zwei Funktionen: Entweder sie begleiteten aktuelle Nachrichten vor allem aus den Bereichen „Politik“, „Vermischtes“ und „Sport“, oder aber sie gehörten als nicht-aktualitätsbezogene Illustrationen zu den unterhaltenden Inhalten der Zeitung (jahreszeitliche Bilder und „typische“ Hamburger Motive spielten dabei eine große Rolle). In den 1950er Jahren wurden die Abbildungen nicht nur immer zahlreicher; auch das einzelne Foto erhielt immer mehr Platz, bis es schließlich zum beherrschenden Element des Layout einer Seite wurde. Auch erschienen immer häufiger Bilder, die keine Nachricht illustrierten, sondern durch ihren optischen Reiz selbst die „Nachricht“ waren. Inhaltlich erfuhr die Lokalberichterstattung durch diesen Eintritt der Tageszeitungen in das „visuelle Zeitalter“ merkliche Veränderungen: Politische Themen

verloren als „Aufmacher“ zumindest außerhalb politischer Krisenzeiten erheblich an Bedeutung.

In die gleiche Richtung wirkte die wachsende Zahl von „human-interest“-Stories, die es vor den 1950er Jahren in Hamburger Tageszeitungen überhaupt nicht gegeben hatte: aktualitätsbezogene Berichte über menschliche Einzelschicksale, die von den Redaktionen vor allem anhand der Kriterien „Emotionalität“ und „Identifikationsmöglichkeit“ ausgewählt wurden. Vor allem auch wegen dieser neuen Berichtsform fanden Unglücksfälle und Verbrechen in der Lokalberichterstattung der 1950er Jahre weitaus größere Beachtung als zuvor.

Diese Wandlungen können direkt auf das Vorbild der ersten reinen Straßenverkaufszeitung auf dem Hamburger Zeitungsmarkt, der „Hamburger Morgenpost“, zurückgeführt werden, die nach ihrem Erscheinen 1949 rasch zu einer der auflagenstärksten Zeitungen der Stadt (und der Bundesrepublik) heranwuchs. Die „Bild“-Zeitung, 1952 vom Axel Springer-Verlag auch in Reaktion auf diesen Erfolg konzipiert und auf den Markt gebracht, perfektionierte dann die journalistischen Methoden und Mittel der „Morgenpost“ – was den Anpassungsdruck für alle anderen Blätter noch intensivierete.

Axel Schildt

Suburbane Erfahrungsräume: das nördliche Umland Hamburgs von den 1950er Jahren bis in die 1970er Jahre

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt, gemeinsam durchgeführt von der FZH und dem Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) in Schleswig, fragt mit vornehmlich sozial- und kulturgeschichtlichen Ansätzen nach den lebensweltlichen Veränderungen, gruppen-spezifischen Erfahrungen und Wahrnehmungen, die mit der Entstehung der für unsere heutigen Gesellschaften charakteristischen Erweiterungen der städtischen Siedlungskerne in ihr Umland einhergingen, den „Speckgürteln“ oder „suburbanen Räumen“. Als Beispiel dient das schleswig-holsteinische Umland (die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg) Hamburgs. Der Untersuchungszeitraum wird schwerpunktmäßig die Zeit von der Mitte der 1950er bis zum Beginn der 1970er Jahre umfassen, allerdings für verschiedene Entwicklungsstränge den Vorlauf seit den 1920er Jahren berücksichtigen und auch Ausblicke auf die 1970er und 1980er Jahre wagen.

Die mit den suburbanen Siedlungsformen sich ausprägenden Lebensstile und Erfahrungsräume sind bisher kaum geschichtswissenschaftlich thematisiert worden. Bislang liegen allenfalls sozialwissenschaftliche Forschungen zu Problemen und aktuellen Tendenzen der Suburbanisierung vor.

Unser Interesse richtet sich auf die Entstehungsbedingungen und auf die innere Differenzierung – von uns so genannter – „suburbaner Erfahrungsräume“. Diese sind zum einen durch Erfahrungen der dorthin zuziehenden Menschen wie der bereits ansässigen Bevölkerung geprägt, zum anderen durch gemeinsame und unterschiedliche Wahrnehmungen der vielfältigen Verände-

rungen in jenen Räumen im 20. Jahrhundert. Gefragt werden soll also nicht nur nach dem äußeren Verlauf des für moderne Gesellschaften charakteristischen Suburbanisierungsprozesses, sondern darauf aufbauend danach, wie die daran teilhabenden und betroffenen Menschen mit diesen Veränderungen umgingen, wie sie sie deuteten und welche kulturellen Praktiken sie in dieser Situation entwickelten. Das Projekt fragt also nach dem Ausmaß und der Gestalt und den Variationen des Suburbanen als Lebensstil.

Auf einer ersten Ebene wird es um die jeweiligen Wahrnehmungen und Erfahrungen der verschiedenen genannten Bevölkerungsgruppen miteinander gehen. Welchen Ausdruck fanden diese z. B. im Nachbarschaftskontakt in den Neubaugebieten – angefangen bei der gegenseitigen Unterstützung beim Hausbau –, in der Vereinskultur, im kirchlichen Gemeindeleben, in der Kommunalpolitik, in der Schule, im Einkaufsverhalten? Untersucht werden soll, wie diese und andere Einwohnergruppen trotz ihrer sehr unterschiedlichen Vorprägungen im Laufe der Zeit in ihren kulturellen Lebensbezügen zu Angehörigen jenes suburbanen Erfahrungsraumes wurden, der im Volksmund seit langem schon als Hamburger „Speckgürtel“ firmiert.

Auf einer zweiten Ebene soll nach den jeweils spezifischen Erfahrungen des Suburbanisierungsprozesses gefragt werden, der sich zeitgleich mit der Herausbildung einer postindustriellen Konsumgesellschaft seit dem Ende der 50er Jahre vollzog. Wie nahmen die Menschen die rasanten Veränderungen wahr, wie die dichtere Besiedlung, die beginnende Massenmotorisierung, den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, die Durchsetzung der fünftägigen Arbeitswoche, das „Wohnen im Grünen“, ob in Eigenheim oder Mietwohnung, die Ausbreitung moderner Massenmedien, den Aufstieg des Fernsehens zum neuen Hegemon der Häuslichkeit? Die Kombination dieser neuen Elemente schuf neue, zeitgenössisch häufig als „modern“ beschriebene Lebensstile. Als Trendsetter wirkten dabei jene aus der Stadt zugezogenen „Berufspendler“, denen im Projekt spezielle Aufmerksamkeit gelten soll. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang ebenfalls die Geschlechterbeziehungen und Familienstrukturen, welche die Grundlage bildeten für das Wohnen und Leben in den neuen Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus wie auch in den spitzgiebeligen oder bungalowförmigen Eigenheim-Siedlungen, die teilweise mit erheblichen Eigenleistungen errichtet wurden. Viele junge Familien zogen nicht zuletzt der Kinder wegen aus der Stadt „ins Grüne“. Ihr werktäglicher

Alltag war in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass der Familienvater früh morgens mit dem Auto oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln, deren Strecken von Hamburg bis weit in das schleswig-holsteinische Umland reichen, zu seinem Arbeitsplatz fuhr. Danach gingen die älteren Kinder in die Schule, während vorschulische Betreuungseinrichtungen noch kaum existierten. Zumindest vormittags blieben dann viele Frauen als „grüne Witwen“ im häuslichen Umfeld zurück. Erst mit den um 1960 zunehmenden Möglichkeiten der Teilzeitarbeit breitete sich – vermutlich – auch im suburbanen Raum daneben das Modell der „mitarbeitenden“ Ehefrau aus. Ferner hat sich der Blick auf die Erfahrungsräume älterer Menschen zu richten – darunter jene Großmütter und Großväter, welche oftmals in den familienökonomisch bedeutsamen Einliegerwohnungen lebten. Bei der Untersuchung solcher Fragen wird jeweils auf siedlungsstrukturelle Differenzierungen zu achten sein. Denn die Erlebnisdichte des Alltags im „Speckgürtel“ dürfte in Neubaugebieten ohne historisch gewachsenes Zentrum spürbar anders beschaffen gewesen sein als in Siedlungen mit Dorf- oder Kleinstadtbinding.

Die Herausbildung typischer Konsum- und Freizeitstile im suburbanen Erfahrungsraum – z. B. die Orientierung nach und an Hamburg – gilt es nicht zuletzt für die Jugendlichen möglichst differenziert zu erfassen, die im suburbanen Raum sozialisiert wurden – von der Schule über den Konfirmandenunterricht bis zu den in den 1960er Jahren entstehenden Diskotheken: Wie entwickelten sich jugendspezifische Angebote im suburbanen Raum selbst? Hat womöglich gerade auch diese Gruppe als Trendsetter gewirkt – etwa auf den zentralen Feldern der Mobilität oder der Kommunikation?

Auf einer dritten Ebene soll schließlich nach der Herausbildung spezifischer Identitätsangebote im suburbanen Untersuchungsraum gefragt werden. Sie manifestierten sich etwa in der Festkultur, in politischen Bürgeraktivitäten sowie in der lokalen und regionalen Selbstrepräsentation (z. B. auf Kreisebene) und wurden medial verstärkt oder überhaupt erst konstruiert.

Archivalische Quellen, veröffentlichte zeitgenössische Materialien und Gespräche mit Zeitzeugen sollen in ihrer Kombination die Basis der geplanten Untersuchung bilden.

Dorothee Wierling

Kaffee-Welten

**Import, Verarbeitung, Handel und Konsum von Kaffee im
Hamburg des 20. Jahrhunderts**

Bei der Kolonialware Kaffee handelt es sich um ein für den Welthandel und für Hamburg zentrales Produkt, das sich im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem Massenkonsumgut entwickelte, wobei Hamburg und Bremen die nationalen Standorte der Kaffeewirtschaft (von auch internationaler Bedeutung) darstellen. Einige dieser Firmen sind heute Teil großer internationaler Lebensmittelkonzerne. Doch auch zu Beginn des Untersuchungszeitraums agierten die norddeutschen Kaffeekaufleute international durch ihre Plantagen in Mittelamerika und ihre Handelsniederlassungen in vielen Kaffee produzierenden Ländern sowie ihre Präsenz in internationalen Kaffeeverbänden.

Der Kaffee erlaubt nicht nur den Zugang zu norddeutschen Eliten, sondern mit den Kleinröstern, Filialisten und Kolonialwarenhändlern auch einen Einblick in das mittlere und Kleinbürgertum und – bei der Beobachtung des Wandels des Kaffeekonsums – einen Einstieg in die Konsumgeschichte, zumal erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Verbrauch des „echten“ Bohnenkaffees den des Ersatzkaffees überholte. Die 80er Jahre entdecken den Kaffee kritisch als imperiales Ausbeutungsprodukt einerseits und als Produkt im Kontext ökologischer Zerstörung andererseits. Heute erleben wir eine Renaissance des Kaffees als teurer Gourmetkaffee mit dem entsprechenden Konsumkult.

Kaffeegeschichte muss als Globalgeschichte betrieben werden, ist aber auch Konsumgeschichte. Der Kaffeeverbrauch eignet sich hervorragend als Indikator für Wertvorstellungen im Hinblick auf Gesundheit, Genuss und Leistung, für Lebensstandard und Lebensstile, für die Bedeutung von Öffentlichkeit und

Häuslichkeit, für staatliche Verbraucherpolitik und kapitalistische Marktbehauptungsstrategien im historischen Wandel. Denn die Konsumgeschichte verweist auf die sich (bis in die 70er Jahre) vorwiegend im nationalen Rahmen vollziehenden Prozesse der Verarbeitung, des Vertriebs und der Verpackung sowie der Werbung. Kaffeegeschichte ist aber auch Regionalgeschichte, weil der Kaffee als Produkt und als Ware die Ökonomie von Regionen prägt. Hamburg war und ist der größte europäische Importhafen für Kaffee gewesen und hält diese Stellung noch heute mit Rotterdam. Hamburg war zugleich Sitz der Kaffeebörse, die neben London und vor allem New York Zentrum des Kaffeewelthandels war. Hamburg ist noch heute Sitz der bedeutendsten deutschen, international agierenden Import- und Verarbeitungs-, bzw. Vertriebsunternehmen für Kaffee und ebenso Sitz der wichtigsten nationalen Verbände der Kaffeewirtschaft.

Schließlich ist Kaffeegeschichte immer auch Sozialgeschichte, indizierte doch der Kaffeekonsum lange Zeit einen spezifischen sozialen Status und bot wandelnde Distinktionsmöglichkeiten für soziale Schichten, Geschlechter und Generationen. Sofern man die ökonomischen Aktivitäten und Beziehungen zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen und innerhalb dieser Gruppen als soziale begreift, geht es auch um Wirtschaftsgeschichte als Sozialgeschichte. Um den Kaffee entstehen Interaktionen im internationalen wie im lokalen und im familiären Raum. Gerade hier aber, in der Frage nach den Milieus und den Beziehungen zwischen ihnen liegen die entscheidenden Forschungsdefizite, insbesondere in Bezug auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Aus der oben skizzierten Ausgangslage ergibt sich die Bestimmung der wichtigsten Forschungsdefizite und ein erster, grober Plan für ein Forschungsvorhaben, das sich aus mehreren Einzelforschungen zusammensetzen soll. Ganz allgemein formuliert fehlt, sowohl für das 18., das 19. und erst recht für das 20. Jahrhundert, eine integrierte Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des Kaffees, die zugleich das Globale mit dem Regionalen und dem Privaten verknüpft. Mit dem Projekt „Kaffee-Welten“ soll ein solcher Versuch gemacht werden, bei dem Hamburg und der norddeutsche Raum Ausgangspunkt einer im doppelten Sinne „modernen“ Kaffeegeschichte wird. Dabei sollen alle Ebenen des Kaffeehandels thematisiert werden, vom Welthandel über die nationalen Großröster und den Einzelhandel bis zum Konsum und den öffentlichen Diskurs über den Kaffee als Ware.

Zwei zentrale Fragen stellen sich im Gesamtprojekt: erstens die nach dem historischen Wandel im Laufe des 20. Jahrhunderts, wobei im Prinzip das gesamte 20. Jahrhundert behandelt werden kann und soll, eine Begrenzung nach vorn in die 70er Jahre aber eventuell sinnvoll erscheint: einmal wegen des schon erwähnten Endes der Familienunternehmensform, zumindest im Bereich des Fernhandels und der Großröstereien; zum anderen, weil schon in den 60er Jahren der Bohnenkaffee sich gegenüber dem Ersatzkaffee als tägliches Konsumgut durchgesetzt hat. Gleichzeitig sind im Einzelhandel die Strukturen von Supermarkt, Selbstbedienung und Filialen fest etabliert. Allerdings erfordert die Einbeziehung der imperialismuskritischen, ökologischen und lifestyle-Diskurse die Ausweitung bis in die Gegenwart. Nach hinten scheint mir eine Konzentration auf die Zeit ab Mitte der zwanziger Jahre sinnvoll, einem Zeitraum, in dem der Welthandel nach dem Ersten Weltkrieg allmählich wieder in Schwung kam und zugleich die ökonomische Konsolidierung der deutschen Gesellschaft einsetzte.

Zweitens sollen die einzelnen Phänomene des Kaffeemarktes nicht isoliert voneinander, sondern in ihrer Verknüpfung analysiert werden. Das betrifft sowohl die Untersuchungsebenen als auch die wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Forschungsansätze. Angestrebt wird in jedem Einzelprojekt bei allen unterschiedlichen Schwerpunkten die Integration von Global- und Lokalgeschichte.

Schließlich wird versucht, über Hamburg hinaus auch Bremen, Bremerhaven und den norddeutschen Raum einzubeziehen, der als ganzer einen regionalen Schwerpunkt der deutschen Kaffeewelt darstellt.

Das Projekt selbst ist Teil des Forschungsschwerpunkts „Hamburgs Außenbezüge“ an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte. Es weist aber enge Verbindungen auf zum Forschungsschwerpunkt „Hamburger Eliten“ und dem Forschungsschwerpunkt „Öffentlichkeit und Massenkonsum“.

Tätigkeitsbericht der FZH

für das Jahr 2004

1. Personal und Gremien der FZH (Stand 31.12.2004)

DIREKTOR (UND VORSTAND)	<i>Prof. Dr. Axel Schildt</i>
STELLV. DIREKTORIN (UND STELLV. VORSTAND)	<i>PD Dr. Dorothee Wierling</i>
SEKRETARIAT VERWALTUNG	<i>Susanne Linnig Antje Treptow</i>
BIBLIOTHEK	<i>Dipl. Bibl. Karl Otto Schütt Heike Adam (1.1.–30.6.2004)</i>
ARCHIV UND DOKUMENTATION	<i>Dipl. Bibl. Angelika Voß-Louis Joachim Szodrzynski (beurlaubt vom 1.4.2004–31.3.2005) Rüdiger Buchholtz, M. A. Ewald Dawid</i>
WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)	<i>Dr. Linde Apel Frauke Paech, M. A.</i>
WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	<i>Prof. Dr. Volker Ackermann Dr. Frank Bajohr Prof. Dr. Ursula Büttner Prof. Dr. Karl Christian Führer Dr. Nils Köhler (1.4.–30.9.2004) Dr. Uwe Lohalm (bis 31.8.2004) Dr. Josef Schmid (1.5.–31.12.2004) Dr. Detlef Siegfried</i>

Im Rahmen von Bibliothek, Archiv und Werkstatt der Erinnerung (WdE) waren Praktikantinnen und Praktikanten von vier Wochen bis zu drei Monaten beschäftigt, außerdem unterstützen uns einige studentische Hilfskräfte sowie Schreibkräfte auf Honorarbasis (in der WdE).

Ausgeschieden sind aus der Bibliothek Heike Adam, von den Wissenschaftlichen Mitarbeitern Dr. Nils Köhler, Dr. Uwe Lohalm und Dr. Josef Schmid, hinzugekommen ist Prof. Dr. Volker Ackermann als Bearbeiter eines bis Ende 2005 befristeten Projekts.

KURATORIUM

Dr. Roland Salchow

Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit
der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitz

Erhard Pumm

Deutscher Gewerkschaftsbund, stellvertretender Vorsitz

Dr. Sabine Bamberger-Stemann

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Jörg Hamann

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Angelika Schaser

Vertreter des Präsidenten der Universität Hamburg

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

Wolfgang Marx

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Adelheid von Saldern

Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats

Michael Schönherr

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Dagmar Wiedemann

Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Adelheid von Saldern

Universität Hannover, Vorsitz

Prof. Dr. Barbara Vogel

Universität Hamburg, stellv. Vorsitz

Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft

Prof. Dr. Ute Daniel

Universität Braunschweig

Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel

Universität Tübingen

Prof. Dr. Christoph Kleßmann

Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

PD Dr. Christof Mauch

Deutsches Historisches Institut, Washington D. C.

Prof. Dr. Peter Reichel

Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Jürgen Reulecke

Universität Gießen

Dr. Jill Stephenson

University of Edinburgh

2. Forschung

Konzeptionelle Grundlagen der Forschung sind gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Beirat erarbeitet und in einem Forschungsplan umgesetzt worden, der vom Kuratorium der FZH Ende 2002 beschlossen worden ist. In monatlich stattfindenden internen Forschungskolloquien wird über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert, die in fünf Schwerpunkten angesiedelt sind.

a) Hamburg im „Dritten Reich“

Ein zentrales Ziel des Forschungsschwerpunkts ist erreicht worden. Von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH und anderen Zeithistorikern aus Hamburg wurde eine Darstellung erarbeitet, die einen gleichermaßen gut lesbaren wie wissenschaftlich auf dem neuesten Stand der Forschung befindlichen Überblick bietet. Er soll vielfältige Perspektiven auf Hamburg im „Dritten Reich“ eröffnen, die exemplarisch eine großstädtische Gesellschaft im NS-Regime und

im Zweiten Weltkrieg erfassen lassen. Das reichhaltig illustrierte Buch (ca. 700 Seiten) wird, rechtzeitig zum Gedenken an das Kriegsende vor 60 Jahren, im Frühjahr 2005 erscheinen.

Im Zusammenhang damit stehen zwei Veranstaltungen: Gemeinsam getragen von Senat, Bürgerschaft und FZH, wird im Rathaus am 28.4.2005 der britische Historiker Richard J. Evans (Cambridge) einen Vortrag über die heutige Sicht auf das Kriegsende in Großbritannien, Deutschland und Hamburg halten. Über das Thema „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ organisiert die FZH im Sommersemester 2005 zudem eine Ringvorlesung im Öffentlichen Vorlesungswesen der Universität Hamburg; referieren werden die Autorinnen und Autoren des erwähnten gleichnamigen Bandes. Weitere Veranstaltungen mit hamburgischen Kooperationspartnern sind geplant.

Auf der Basis der Sammlung lebensgeschichtlicher Interviews in der Werkstatt der Erinnerung der FZH basiert eine Darstellung der Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39 von Christiane Berth, die als Band 3 der Reihe „Hamburger Zeitspuren“ im Frühjahr 2005 erscheinen soll.

Auch die Ergebnisse des in früheren Jahren in der FZH bearbeiteten Projekts zur Zwangsarbeit in Hamburg im Zweiten Weltkrieg, eine umfangreiche Monographie von Dr. Friederike Littmann, werden im Herbst 2005 (in der Reihe „Forum Zeitgeschichte“ Bd. 16) veröffentlicht werden.

Im Kontext des Forschungsschwerpunkts ist eine Dokumentation zu sehen, die Dr. Linde Apel und Dr. Frank Bajohr im Auftrag der Kulturbehörde erstellt haben: Die Deportationen von Juden sowie Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof in Hamburg 1940–1945 (Dokumentation).

Wie im letzten Jahresbericht vermerkt, hat die FZH nach der Abarbeitung der genannten Punkte mit der Diskussion um die künftige Konzeptionierung des Forschungsschwerpunkts „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ begonnen. Dem diene u. a. eine Tagung, bei der die Analyse der Wissenschaftsgeschichte dieses Themenfelds mit der Erörterung künftiger Forschungsperspektiven verbunden wurde:

Vom völkischen Radikalismus zur nationalsozialistischen Herrschaft
(Symposion anlässlich des 65. Geburtstages von Dr. Uwe Lohalm),
in der FZH, 1. Oktober 2004.

Sektion I

Völkischer Radikalismus

(Moderation: Prof. Dr. Barbara Vogel, Universität Hamburg)

Was ist „völkisch“? Schattierungen und Unschärfen
eines politischen Kampfbegriffs

(Ulrich Prehn M. A., Hamburg)

Hüterin des „Deutschtums“ und der „Rasse“: die Politisierung
völkischer Frauen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

(PD Dr. Ute Planert, Universität Tübingen)

Sektion II

Nationalsozialistische Herrschaft

(Moderation: Prof. Dr. Christof Dipper, TU Darmstadt)

„Totale Organisation“. Die Geschichte der NSDAP im
nationalsozialistischen Herrschaftssystem

(Armin Nolzen M. A., Universität Bochum)

Risse im Monolith? Totalitärer Anspruch und polykratische
Wirklichkeit nationalsozialistischer Herrschaftspraxis

(Prof. Dr. Michael Ruck, Institut für schleswig-holsteinische Zeit-
und Regionalgeschichte, Schleswig/Universität Flensburg)

Nach weiteren internen Beratungen und einer Diskussion im Kreis der Förderer und Freunde der FZH steht die Neukonzeptionierung des Forschungsschwerpunktes „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ auch auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats der FZH im Februar 2005.

b) Hamburgische Eliten im 20. Jahrhundert

In diesem Forschungsschwerpunkt werden die Bedingungen, Funktionsmechanismen und Formen der Konstruktion und Selbstkonstruktion von Eliten im Sinne von wirtschaftlicher Macht sowie kultureller Hegemonie am Beispiel des städtischen Raumes Hamburg analysiert. Dabei sollen biographische Studien, Arbeiten über verschiedene professionelle Gruppen, die den Eliten zugeordnet werden, über Orte elitärer Sozialisation, politischer und wirtschaftlicher Macht sowie informeller Gesellung erstellt werden. Konzeptionell wird die Verbindung von Stadtgeschichte und Elitenforschung als besonders tragfähig angesehen. Bearbeitet werden z. Zt. drei Projekte.

1. Erik Blumenfeld (1915–1997). Eine Biographie
(Bearbeiter: Dr. Frank Bajohr).

Die Erkundung des Lebensweges von Blumenfeld, als Sohn eines angesehenen jüdischen Kaufmanns und einer dänischen Gutsbesitzertochter in die Hamburger Gesellschaft hineingeboren, nach 1933 verfolgt und wegen „Wehrkraftzersetzung“ in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald inhaftiert, gilt einem profilierten Unternehmer und einem der wichtigsten hamburgischen CDU-Politiker der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das Projekt befindet sich in der Phase der Quellenerschließung. Bislang wurde eine umfassende Pressedokumentation über Blumenfeld mit Hunderten Artikeln erstellt sowie eine Sammlung seiner sämtlichen Reden in der Hamburgischen Bürgerschaft, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament zusammengetragen. Zur Unterstützung der aufwendigen Recherchen sind von der Behörde für Wissenschaft und Forschung nochmals 2500 € aus Mitteln zur Forschungsförderung bewilligt worden.

2. Zentrale Orte der städtischen Elite im 20. Jahrhundert –
Industrie-Club Düsseldorf und Übersee-Club Hamburg
(Bearbeiter: Prof. Dr. Volker Ackermann)

Das Projekt, das von der Gerda-Henkel-Stiftung und vom Industrie-Club Düsseldorf finanziert wird, basiert auf einer Geschichte des 1912 gegründeten Düsseldorfer Industrieklubs und der Dokumentation der dort von der Zeit der Gründung bis heute gehaltenen Reden, die vom Bearbeiter gerade fertiggestellt werden. Die Einbeziehung der Geschichte des 1922 gegründeten Hamburger Überseeclubs erlaubt vergleichende Blicke auf die Formen stadtbürgerlicher Gesellschaft im 20. Jahrhundert.

3. Rauch und Macht. Die Firma Reemtsma 1920 bis 1961
(Bearbeiter: Tino Jacobs M. A.)

Zur Ausschreibung eines Dissertationsprojekts im Forschungsschwerpunkt „Hamburgische Eliten“ hat die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius der FZH ein mit 30 000 € ausgestattetes „Gerd-Bucerius-Doktorandenstipendium“ zur Verfügung gestellt. Die Stelle wurde nach öffentlicher Ausschreibung vergeben, die Arbeit an dem Projekt am 1.4.2004 begonnen.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, mit welchen Mitteln und Strategien Philipp F. Reemtsma (1893–1959) und seine Brüder ihre Zigarettenfirma zu einem über Jahrzehnte nahezu ungebrochen erfolgreichen Konzern ausbau-

ten und sich so als bedeutende Akteure der Hamburger Wirtschaftselite etablierten. Die Analyse der Firmenentwicklung ist daher eng mit biographischen sowie sozial- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen verknüpft.

c) Herrschaft, Not und Verfolgung von der Weltwirtschaftskrise bis zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg

1. Das Projekt „Fürsorge und Herrschaft“ zur öffentlichen Wohlfahrtspolitik in Hamburg 1930–1943 (Bearbeiter: Dr. Uwe Lohalm) befindet sich in der Phase der Niederschrift. Gekürzte Passagen sind in die beiden Beiträge „Für eine leistungsbereite und erbgesunde Volksgemeinschaft: Selektive Erwerbslosen- und Familienpolitik“ sowie „An der inneren Front: Fürsorge für die Soldatenfamilie und rassenhygienische Krankenpolitik im Krieg“ in den Band „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ (s. o.) eingeflossen.

2. Das Projekt zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung ehemals Verfolgter 1945–1953 (Bearbeiterin: Prof. Dr. Ursula Büttner) befindet sich im Stadium der Quellenerschließung. Erste Ergebnisse zum Schicksal verfolgter Hamburger im Exil werden im Band „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ (s. o.) veröffentlicht. Die Bearbeiterin schließt 2005 ein bedeutendes geschichtswissenschaftliches Einführungs- und Überblickswerk, den „Gebhardt“, zur Geschichte der Weimarer Republik ab und wird sich danach voll auf ihr Projekt konzentrieren.

3. Das Projekt zum Verhältnis von sozialer Realität und dichterischer Fiktion im Werk von Schriftstellern 1943–1953 (Bearbeiter: Joachim Szodrzyński, beurlaubt bis 31.3.2005) befindet sich in der Phase der Niederschrift.

d) Öffentlichkeit und populäre Kulturen

In diesem Schwerpunkt werden zur Zeit zwei Projekte – Studien zur Medienmetropole Hamburg vom Ende der 1920er bis zum Beginn der 1960er Jahre (Bearbeiter: Prof. Dr. Karl Christian Führer) und zu Konsum, Medien und Politik in der Jugendkultur der 1960er Jahre (Bearbeiter: Dr. Detlef Siegfried) – von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Die zunächst bewilligte zweijährige Laufzeit beider Projekte wurde jeweils antragsgemäß um ein drittes Jahr verlängert und endet nun Mitte 2005. Beide Bearbeiter haben wiederum Teile ihrer Forschungsergebnisse in Publikationen und auf verschiedenen Fachtagungen vorgestellt (s. unter 10. und 11.). Die Projekte befinden sich in der

Phase der Niederschrift umfangreicher Monographien und es ist davon auszugehen, dass sie fristgerecht abgeschlossen werden.

Zwei Projekte, die von den Mitarbeiterinnen der WdE neben ihren sonstigen Aufgaben (s. u. 8) bearbeitet werden, sind 2003 begonnen worden:

Die mentalitätsgeschichtliche Studie „Die Katastrophe im Gedächtnis – Zur kulturellen Deutung und lebensgeschichtlichen Bedeutung von Naturkatastrophen am Beispiel der Hamburger Sturmflut 1962“ (Bearbeiterin: Frauke Paech M. A.) verfolgt, ausgehend von themenzentrierten qualitativen Interviews, das Ziel, die unterschiedlichen Verflechtungen und Wechselverhältnisse zwischen subjektiver Erinnerung und öffentlichem Gedenken von Naturkatastrophen herauszuarbeiten. Als Quellenbasis dienen vor allem darauf bezogene Interviews, private Fotos und Filmaufnahmen; die weitere Quellenbasis bilden lokale und überregionale Printmedien, Trauer- und Gedenkreden sowie „graue Literatur“, die von Interessenverbänden herausgegeben wurde. Zudem finden Veröffentlichungen des Senats und städtischer Behörden Berücksichtigung. Die Forschungsergebnisse werden als schriftlicher Text und als Dokumentarfilm präsentiert. Das Projekt befindet sich im Stadium abschließender Recherchen für die Abfassung der Darstellung.

Das 2003 begonnene Projekt „Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 70er Jahre“ (Bearbeiterin: Dr. Linde Apel) wurde 2004 weitergeführt. Bisher wurden 18 biografische Interviews mit ehemaligen Schülerinnen und Schülern und vier Experteninterviews geführt sowie weitere Quellenbestände ermittelt. Das Projekt befindet sich in der Phase der Recherche.

Begonnen wurde 2004 auch das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Lokale Wiederaufbau-Politik und Geschichtsdeutungen. Kontroversen um kriegszerstörte Baudenkmale in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Experten-Politik und bürgerschaftlichem Engagement 1949–1989“ (Bearbeiter: PD Dr. Georg Wagner-Kyora). Dieses Projekt, das auch Hamburger Fallbeispiele enthält, wird gemeinsam geleitet von Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Universität Hannover) und Prof. Dr. Axel Schildt (FZH). Das Projekt befindet sich in der Phase der Recherche. Erste Ergebnisse wurden im Rahmen verschiedener Tagungen und in Forschungskolloquien vorgestellt. Der Stand des Projekts soll auch auf der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats der FZH im Februar 2005 diskutiert werden.

e) Außenbezüge und globale Netzwerke

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Suburbane Erfahrungsräume: das nördliche Umland Hamburgs von den 1950er bis in die 1970er Jahre“ wurde am 1.4.2004 begonnen. Das Projekt fragt mit vornehmlich sozial- und kulturgeschichtlichen Ansätzen nach den bisher kaum untersuchten subjektiven Dimensionen der lebensweltlichen Veränderungen, nach den gruppenspezifischen Erfahrungen und Wahrnehmungen, die mit der Entstehung der für unsere heutigen Gesellschaften charakteristischen suburbanen Räume einhergingen. Als Beispiel dient das schleswig-holsteinische Umland von Hamburg, der größten Stadt der „alten“ Bundesrepublik. Dieses Projekt wird gemeinsam von Prof. Dr. Axel Schildt (FZH) und Prof. Dr. Michael Ruck (Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig) geleitet. Nachdem der ursprüngliche Bearbeiter, Dr. Nils Köhler, der umfangreiche Recherchen durchführte, die FZH verlassen und eine unbefristete Stelle im Bereich politischer Bildungsarbeit angetreten hat, ruht das Projekt seit 1.10.2004, wird aber ab 1.2.2005 durch Dr. Meik Woyke als Bearbeiter fortgeführt.

Nach intensiven Recherchen für das von PD Dr. Dorothee Wierling konzipierte Projekt „Kolonialwarenhandel in Hamburg im Wandel des 20. Jahrhunderts“ wurde dieses aufgrund interner Diskussionen und Beratungen im Wissenschaftlichen Beirat auf eine Kolonialware, den Kaffee, konzentriert. In dem nun entwickelten Projekt „Kaffeewelten“ geht es um die globalen Bezüge Hamburgs als wichtiger europäischer Importhafen für den Rohkaffee aus aller Welt, insbesondere aus Lateinamerika; um die Bedeutung Hamburgs (und des norddeutschen Raums) als Standort für die größten Kaffeeimportfirmen, Großröster und ihre nationalen Verbände. Letztere spielten eine große Rolle bei der Vertretung der Interessen der deutschen Kaffeeindustrie gegenüber der internationalen Konkurrenz und den nationalen politischen Instanzen.

Der Kaffee entwickelt sich im Laufe des 20. Jahrhunderts von einem statusbedeutsamen Luxus- und Feiertagsgetränk zu einem Massen- und Alltagsgetränk, steht immer weniger für exotischen, als für häuslichen Genuß. Der Kaffeekonsum bildet somit deutsche Wohlstandsgeschichte und Kulturgeschichte ab, wenn man nachzeichnet, welchen Bedeutungswandel der Kaffeekonsum durchläuft und dabei jüngste Entwicklungen, wie die Debatte um fair trade, Biokaffee und Kaffeebars mit einbezieht. So soll das Projekt Kaffeewelten globale und lokale Entwicklungen erfassen, Wirtschafts- und Sozialgeschichte

sowie Kultur- und Politikgeschichte verbinden. Das Projekt soll als Antrag zur Förderung bei einer der einschlägigen Stiftungen im Frühjahr 2005 eingereicht werden.

3. Gastwissenschaftler

Prof. Dr. Elizabeth Heineman (University of Iowa): Forschungen zu „Sexuelle Konsumkultur 1945–1975“.

Torsten Bo Joergensen (Universität Kopenhagen): Lebenswege von Abiturienten in der DDR der frühen 90er Jahre.

4. Öffentliche Vorträge

15. Januar 2004

Dr. Philipp Gassert (Heidelberg): Der Kanzler zwischen den Zeiten: zur politischen Biographie von Kurt Georg Kiesinger

5. Februar 2004

Prof. Dr. Thomas Hengartner (Hamburg): Die Stadt als Forschungsfeld

25. März 2004

Dr. Peter Zimmermann (Hamburg): Vorstellung des Buches „Theodor Haubach (1896–1945). Eine politische Biographie“ (gemeinsame Veranstaltung mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“)

14. April 2004

PD Dr. Rainer Hering (Hamburg): Die Alldeutschen in Hamburg (gemeinsame Veranstaltung mit dem Staatsarchiv Hamburg)

**Vortragsreihe (Forschungskolloquium) im Sommersemester 2004:
Zwischen Flokati und Kalaschnikow. Neuere Forschungen zur Gesellschaftsgeschichte der 70er Jahre**

6. Mai 2004

PD Dr. Klaus Weinbauer (Bielefeld/Hamburg): Terrorismus vor Ort: Polizei, Presse und „Terroristen“ im Hamburg der 70er Jahre

13. Mai 2004

Dr. Detlef Siegfried (Hamburg): Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Vorlieben kommunistischer „Kader“

3. Juni 2004

Dr. Patrick Bernhard (Trient): Zivildienst zwischen Reform und Revolte. Eine bundesdeutsche Institution im gesellschaftlichen Wandel, 1961–1982

17. Juni 2004

Martin Steinseifer M. A. (Gießen): Mythen der Militanz und Terrorismus als Medienereignis in der Bundesrepublik der 70er Jahre

Dr. Gisela Diewald-Kerkmann (Bielefeld): Frauen und politische Gewalt in den 70er Jahren

Im Sommersemester 2004 war die FZH Mitveranstalterin der Vortragsreihe „Verfilmte Geschichte. Dimensionen des Historischen Dokumentarfilms“ der „Hamburger Gespräche zur Geschichtswissenschaft“ (Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft).

**Vortragsreihe (Forschungskolloquium) im Wintersemester 2004/05:
Die Deportation der Juden aus Deutschland 1938–1945: Ergebnisse neuerer Forschungen (in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden)**

28. Oktober 2004

PD Dr. Birthe Kundrus (Hamburg): „Volkliche Flurbereinigung“ oder „Judenpolitik“? Zu den Grundlagen der Deportationen

11. November 2004

Dr. Irmtrud Wojak (Frankfurt/M.): Adolf Eichmann – die „Banalität“ des Bösen? Zur Person und Rezeption eines „Deportationsspezialisten“

18. November 2004

Prof. Dr. Gertrud Pickhan (Berlin): „Polenaktion“ 1938. Die Ausweisung der polnischen Juden und Jüdinnen aus Deutschland

9. Dezember 2004

Dr. Doron Rabinovici (Wien): Vom Rabbiner zum „Judenältesten“ in Theresienstadt. Benjamin Murelstein – biographische Wandlungen eines jüdischen Repräsentanten während der Deportationen

6. Januar 2005

Dr. Beate Meyer (Hamburg): Vollkommen machtlos? Handlungsspielräume jüdischer Repräsentanten während der Deportationen. Drei Städte im Vergleich

13. Januar 2005

Robert Kuwalek (Majdanek, Belzec): Short life in the „East“: Jewish Germans in the Lublin District from a Polish-jewish perspective

27. Januar 2005

Frank Bajohr (Hamburg): „Jetzt plagt sie das Gewissen und sie haben Angst“. Die deutsche Bevölkerung und die Deportationen 1938–1945

3. Februar 2005

Prof. Dr. Christiaan Frederik Rüter (Amsterdam): Täter vor Gericht. Ost- und westdeutsche Prozesse gegen die Verantwortlichen für die Deportationen

Ausstellungen und Filmabend

7. Juni bis 31. Juli 2004

„so geht Revolution“ Werbeanzeigen von 1967 bis 2003, Begleitveranstaltung der Vortragsreihe Zwischen Flokati und Kalaschnikow. Neuere Forschungen zur Gesellschaftsgeschichte der 70er Jahre

7. Dezember 2004 bis 20. Januar 2005

„Jüdisches Leben in Deutschland heute. Fotografien von Edward Serotta“, Ausstellung der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen des Veranstaltungsprogramms anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden

28. September 2004

Vorführung des Dokumentarfilms „Landfriedensbruch“ (Theo Galehr, Hamburg 1967), mit einer Einführung von Walter Uka, Universität Lüneburg

5. Kooperationsbeziehungen

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden:

- Der Direktor der FZH ist zugleich Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH erbringen in jedem Semester mindestens vier Semesterwochenstunden Lehre im Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft.
- Prof. Dr. Ursula Büttner lehrt als Professorin nach § 17 des Hamburgischen Hochschulgesetzes am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Fachbereich 05 der Universität Hamburg; seit kurzem eingegliedert in den Fachbereich 08).
- Die Fachbereiche Philosophie und Geschichtswissenschaft sowie Sozialwissenschaften der Universität sind durch Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium; darüber hinaus ist die FZH kommunikationstechnisch mit der Universität (Rechenzentrum u. a.) verbunden.

Sonstige institutionelle Kooperationsbeziehungen:

a) Mitgliedschaft in Vereinigungen von Historikerinnen und Historikern

Mitglied des Arbeitskreises „Unternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus“ der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (Dr. Frank Bajohr).

Mitglied im Vorstand des Verbandes Historiker und Historikerinnen Deutschlands (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bochum (Prof. Dr. Axel Schildt).

Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Arbeitskreis Hamburger Archivare (Angelika Voß-Louis).

b) Mitgliedschaft in Gremien zeithistorischer Institute und anderer Einrichtungen

Mitglied der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in der BRD (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied der Kommission der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied im Kuratorium des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig (Dr. Uwe Lohalm).

Mitglied des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Göttingen (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Juristische Zeitgeschichte an der Fernuniversität Hagen (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Archivs der deutschen Jugendbewegung Burg Ludwigstein (Dr. Detlef Siegfried).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Zeithistorische Forschungen (PD Dr. Dorothee Wierling).

c) Mitgliedschaft in Gremien öffentlicher Einrichtungen

Mitglied der Expertenkommission „Technik und Verantwortung“ der Hansestadt Rostock. Untersuchungsauftrag: Ernst Heinkel und die Heinkel-Werke in Rostock im Nationalsozialismus (Dr. Frank Bajohr).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Projekts: „Deutschsprachige evangelische Märtyrer im 20. Jahrhundert“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Vorsitzender des Internationalen Fachbeirats zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Projekts „Hamburgische Gemeinden im Dritten Reich“ des evangelischen Kirchenkreises Alt-Hamburg (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des von NDR, WDR, Staatsarchiv Hamburg u. a. getragenen Projekts „Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR)“ (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat „100 Jahre Deutsches Jugendherbergswerks“ zur Vorbereitung des Jubiläums 2009 (Prof. Dr. Axel Schildt). Mit der Katholischen Akademie Hamburg und mit der Evangelischen Akademie Loccum ist die FZH über gemeinsame Tagungen und Publikationen verbunden.

d) Mitgliedschaft in Gremien privater Stiftungen

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, die sich auf dem Gebiet der Exil- und Remigrationsforschung engagiert (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Prof. Dr. Axel Schildt, PD Dr. Dorothee Wierling).

Mitglieder der Zentraljury des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Prof. Dr. Axel Schildt, PD Dr. Dorothee Wierling).

e) Mitgliedschaft in Gremien historischer bzw. zeitgeschichtlicher Zeitschriften

Mitglied des Advisory Board des Leo Baeck Institute Yearbook (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied in Herausgeberkreis und Redaktion der Informationen zur modernen Stadtgeschichte (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Zeithistorische Forschung/Studies in Contemporary History (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Hamburger Wirtschafts-Chronik. Neue Folge (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Prague Papers on History of International Relations des Instituts für Weltgeschichte an der

Karls-Universität Prag (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Historische Anthropologie (PD Dr. Dorothee Wierling).

Mitglied des Herausgeberkreises der Zeitschrift WerkstattGeschichte (PD Dorothee Wierling).

Verbindungen, die sich auf Mitglieder von FZH-Gremien stützen, sind hier nicht eigens aufgeführt, desgleichen nicht situative Arbeitskontakte oder einfache Mitgliedschaften von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH in Vereinigungen.

6. Bibliothek

Die Bibliothek wächst weiter im Tempo der letzten Jahre. Hinzu kamen 2710 Titel, davon 1300 als Geschenk. Der Buchbestand beträgt damit 73 892 Titel. Die Verzeichnung sämtlicher Titel der FZH-Bibliothek im PICA-Katalog (seit einem Jahr vollständig abgeschlossen), womit sie auch außerhalb des Instituts recherchierbar sind, und die zunehmende Wertschätzung der FZH-Bibliothek als Arbeitsplatz für Studierende der Hamburger Universität hatte in den letzten Jahren seinen Ausdruck in einer enorm steigenden Zahl von Ausleihen gefunden, die sich offenbar jetzt auf dem erreichten hohen Niveau hält. Nach einer Steigerung um 21 Prozent 2002 und 24 Prozent 2003 gegenüber den Vorjahren war 2004 lediglich eine weitere Steigerung um 4 Prozent auf 4961 Ausleihvorgänge (in der Regel mehrere Bücher) zu verzeichnen. Gleichzeitig wächst weiterhin die Zahl der Anfragen von Forschern und Journalisten, etwa der ZEIT oder des SPIEGEL, die mit größerem Rechercheaufwand des Bibliothekars verbunden sind, der 2004 zeitweise von einer Halbtagskraft und einer Praktikantin unterstützt wurde.

7. Archiv

2004 arbeiteten 71 Benutzerinnen und Benutzer, zu einem größeren Teil über einen längeren Zeitraum, mit den Archivbeständen der FZH. Weiterhin gingen 128 telefonische und schriftliche Anfragen ein, die mit Hilfe des Archivbestandes beantwortet oder an andere Archive weitergeleitet werden konnten. Die Zahl der Archivbenutzer hat im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen, die Zahl der Anfragen war leicht rückläufig.

Im Mittelpunkt der Ordnungsarbeiten stand das umfangreiche Archiv des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK), das die FZH seit 2001 in mehreren Lieferungen übernommen hat; die Verzeichnung ist weit fortgeschritten (bisher mehr als 20 lfm). Der Bestand wurde in diesem Jahr u. a. für eine Dissertation über das Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront und für eine Gedenkschrift zum Wirken Gustav Dahrendorfs genutzt.

Neu hinzugekommene Bestände 2004:

Nach einer umfangreichen Nachlieferung der Firma Beate Uhse 2004 (das Firmenarchiv wurde bereits 2003 an die FZH abgegeben und dort für ein Projekt „Sexuelle Konsumkultur“ genutzt) umfasst der Bestand insgesamt 12 lfm.; ein detailliertes Findbuch wurde erstellt.

Teile des KPO/IVKO-Archivs sind ebenfalls bereits verzeichnet; auch hier erhielt das Archiv 2004 mehrere Ergänzungslieferungen.

Ordnungsarbeiten sind auch erforderlich an folgenden Beständen, die das Archiv 2004 erhielt: Sammlung zu Hamburger Jugendorganisationen (Zeitraum: ca. 1967–1985), zu den so genannten Russell-Tribunalen (Zeitraum: ca. 1977–1990), Nachlass zur Geschichte der SPD in Harburg und Wilhelmsburg und Materialien der IG-Metall.

Von den neu übernommenen Materialien liegen geordnet vor: eine größere Sammlung zum Verband der Kriegsdienstverweigerer und der Ostermarschbewegung (1958–1967), eine Sammlung zu Projekten und Aktionen des Landesjugendrings Hamburg (1979–1994), eine Sammlung zur Situation in Hamburg im Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution, mehrere persönliche Nachlässe (u. a. zum Internierungslager Staumühle 1946; zum KLV-Lager Passau; zum sozialdemokratischen Widerstand; Erinnerungen von Mitgliedern der „Zeitzeugenbörse“ in Hamburg).

Im Frühjahr 2004 konnte das Archiv der FZH eine Sammlung von zeitgenössischen Berichten und Erinnerungen an den „Feuersturm“ in Hamburg übernehmen, die das „Hamburger Abendblatt“ zu seiner Artikelserie 2003 erhalten hatte. Fast alle der etwa 150 Zeitzeugen erklärten sich mit einer Archivierung und Nutzung einverstanden. Die Sammlung wurde bereits mehrmals genutzt, u. a. zur Vorbereitung einer Fernsehsendung „Kriegskinder“ (ARD/MDR) und für ein Projekt zur Traumaforschung am UKE Hamburg-Eppendorf.

Das Fotoalbum des Herbergsvaters der „Hein Godenwind“ (Jugendherbergsschiff im Hamburger Hafen 1934–1939), wurde, übertragen auf eine CD, in das Archiv übernommen.

Die Gedenkstätten der Konzentrationslager Bergen-Belsen, Dachau und Flossenbürg nutzten 2004 das Hans-Schwarz-Archiv in der FZH, um Unterlagen zu ihrer Entstehungsgeschichte zusammenzutragen. Außerdem unterstützte das Archiv die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme bei der Erarbeitung neuer Dauerausstellungen, die im Frühjahr 2005 eröffnet werden sollen.

Vertraglich vereinbart wurde die Übernahme eines umfangreichen Privatarchivs zum Reichsarbeitsdienst in den kommenden Jahren.

2004 fanden mehrere Archivführungen statt, etwa für geschichtswissenschaftliche Einführungsseminare der Universität Hamburg und die Initiative „Gedenken in Harburg“. Die Zusammenarbeit mit dem Projekt „Sozial macht Schule“ des Arbeiter-Samariterbundes wurde fortgesetzt: Eine Gruppe Hamburger Schüler arbeitete für ein Projekt des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds mit den Bibliotheks- und Archivbeständen der FZH.

8. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)

Nutzung der WdE: Der verbesserte Service schlägt sich nieder in einer Steigerung der Nutzerzahlen. Im Jahr 2004 haben 61 Benutzer (2003: 31) Interviews in der WdE eingesehen. Weitere 19 Anfragen konnten schriftlich beantwortet werden, darunter die eines Journalisten der Zeitung „Die Welt“ zur „Aktion Gitter“. Neben den schriftlich beantworteten Anfragen wurden einige ausführliche Beratungsgespräche über Probleme des Umgangs mit lebensgeschichtlichen Interviews geführt.

Zu den Benutzern der WdE gehörten überwiegend Studierende der Geschichte, Volkskunde, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die hier für Seminararbeiten, aber auch für Magisterarbeiten und Dissertationen recherchierten (26), außerdem Schülerinnen und Schüler hamburgischer gymnasialer Oberstufen (17). Die WdE wurde in drei geschichtswissenschaftlichen Einführungsseminaren (Dr. Kirsten Heinsohn, Prof. Dr. Angelika Schaser, Prof. Dr. Axel Schildt) und zwei Hauptseminaren (Dr. Holger Martens, PD Dr. Rainer Nicolaysen) der Universität Hamburg vorgestellt.

Die Bestände der WdE wurden von Museumsmitarbeitern bzw. zur Ausstellungsvorbereitung genutzt, so vom Jüdischen Museum Berlin für eine Ausstellung zur Emigration von Juden von 1933 bis 1945, vom Deutschen Historischen Museum zu Kriegsende und Nachkriegszeit und durch eine Vorbereitungsgruppe der Ausstellung „Viermal Leben. Jüdisches Schicksal in Blankenese“, die im Sommer 2004 in Blankenese gezeigt wurde. Zu den Nutzern gehörten weiterhin Mitglieder einer Bürgerinitiative, die einen Stadtteilspaziergang zur Geschichte der Juden in Hamm vorbereitete sowie einer Bürgerinitiative aus Hamburg-Harburg, die eine Gedenkveranstaltung zur Zwangssterilisation im Nationalsozialismus durchführte. Fortgesetzt wurde die enge Kooperation mit der Senatskanzlei bei der Begleitung des Besucherprogramms für die ehemaligen jüdischen Bürger Hamburgs.

Für folgende Publikationen wurden 2004 Bestände der WdE genutzt: Christiane Berth, Die Kindertransporte aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Großbritannien. Institutionelle Rahmenbedingungen und Exilerfahrungen von Kindern und Jugendlichen (Magisterarbeit, Universität Hamburg; Veröffentlichung Hamburg 2005); Elia Morandi, Italiener in Hamburg. Migration, Arbeit und Alltagsleben vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Phil. Diss., Universität Hamburg (Frankfurt/Main 2004); Anna von Villiez, Die Vertreibung der jüdischen Ärzte Hamburgs aus dem Berufsleben 1933–1945, in: Hamburger Ärzteblatt 3/2004, S. 110–113; dies., Ärzte am Israelitischen Krankenhaus 1933–1945, in: Hamburger Ärzteblatt 3/2004, S. 114–115; dies., „Sie fragten immer, können Sie nicht etwas für meine Mutter tun“ (Portrait Eva Pfeiffer-Haufrect), in: Hamburger Ärzteblatt 3/2004, S. 116–117; Dorothee Wierling (Hrsg.): Heimat finden. Lebensberichte von Deutschen, die aus Russland kommen. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004; Multimedia-Personenlexikon: Politisch Verfolgte in Hamburg 1933–1945. Hrsg. von der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte im Schwerpunkt Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im Historischen Seminar der Universität Hamburg unter der Leitung von Dr. Holger Martens, im Internet unter www.politisch-verfolgte.de

Bestandspflege und -erweiterung: 84 Interviews wurden intern digitalisiert. Der Umfang der externen Digitalisierung beträgt 1415 Audiokassetten und 122 DAT-Kassetten. Es wurden 65 (Stand 29.11.2004) in der Regel mehrstündige Interviews transkribiert. Die Zahl der Interviews der WdE ist 2004 auf 1288 angestiegen (2003: 923). 93 Interviews wurden geführt, davon 54 inner-

halb des Dissertationsvorhabens von Frauke Paech zur Sturmflut (davon 32 Videointerviews), 22 für das Projekt von Dr. Linde Apel zur Schülerbewegung, 18 Interviews mit Teilnehmern des Besucherprogramms des Hamburger Senats für die ehemaligen jüdischen Bürger Hamburgs, sowie drei Interviews, die dem Schwerpunkt „Frauen in Kriegs- und Nachkriegszeit“ hinzugefügt wurden. Der Bremer Journalist Detlev Michelers stellte 263 Datenträger (Kassetten, Tonbänder und DAT-Kassetten) mit 260 Interviews über Themen aus der Zeit der Weimarer Republik bis in die 1970er Jahre der Bundesrepublik zur Verfügung, Karin Guth vier von ihr geführte Interviews mit Hamburger Sinti, PD Dr. Dorothee Wierling ebenfalls vier von ihr in Kooperation mit der Körber-Stiftung geführte Interviews mit Russlanddeutschen.

Abgeschlossen wurde 2004 die externe Digitalisierung aller bisher geführten Interviews und die Neuprogrammierung der Datenbank. Der im Laufe des Jahres erarbeitete Internetauftritt der WdE ist seit Dezember unter www.werkstatt-der-erinnerung.de online.

9. Veröffentlichungen der FZH

In der Reihe Forum Zeitgeschichte im Dölling und Galitz Verlag:

Peter Zimmermann

Theodor Haubach (1896–1945). Eine politische Biographie (Bd. 15).

In der Reihe Hamburger Zeitspuren im Dölling und Galitz Verlag:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Galerie Morgenland-Geschichtswerkstatt Eimsbüttel (Hg.):

Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Bewegung! Stillstand. Aufbruch? (Bd. 2). (Die beiden Bände wurden von Joachim Szodrzyński redaktionell betreut.)

Veröffentlichungen der FZH außerhalb der Reihen 2004:

Frank Bajohr

Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main (Verlag S. Fischer) 2004 (Taschenbuchausgabe).

Karl Christian Führer (Hrsg.)

Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel, Bonn (Dietz Nachf.) 2004.

Elia Morandi

Italiener in Hamburg. Migration, Arbeit und Alltagsleben vom Kaiserreich bis zur Gegenwart (Italien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 19), Frankfurt/M. u. a. (Verlag Peter Lang).

Gustav Schmidt

Kriegstagebuch 1939–1945. Hg. vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg (Behörde für Bildung und Sport).

**10. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH
(ohne Rezensionen)**

Volker Ackermann

Das Schweigen der Flüchtlingskinder – Psychische Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung bei den Deutschen nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 30, 2004, S. 434–464.

125 Jahre Creditreform 1879–2004, in: Creditreform Jahresbericht 2003/2004, S. 12–31

Literaturbericht „Erster Weltkrieg“, in: H-Soz-u-Kult 13.5.2004

Ein Zentrum der Eliten-Kommunikation: der Industrie-Club e. V. Düsseldorf, in: Stahl und Eisen 124, 2004, Heft 12, S. 197–199.

Frank Bajohr

Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2004 (Taschenbuchausgabe)

Judenfeindschaft – transatlantisch. Der Antisemitismus in Seebädern, Kurorten und „Summer Resorts“ in Deutschland und den USA im 19./20. Jahrhundert, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2003, Hamburg 2004, S. 57–76.

Als Wenningstedt „judenfrei“ war, in: Sylt-Magazin, Ausgabe 2004, S. 70–71.

Expropriation and Expulsion, in: Dan Stone (Ed.), The Historiography of the Holocaust, New York 2004, S. 52–64.

La corruzione nel regime nazionalsocialista, in: Contemporanea. Rivista di storia dell'800 e del'900, Nr. 1/2004, S. 69–84.

Der folgenlose Skandal. Korruptionsaffären im Nationalsozialismus, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Skandal und Diktatur, Göttingen 2004, S. 34–51.

Über die Entwicklung eines schlechten Gewissens. Die deutsche Bevölkerung und die Deportationen 1941–1945, in: Beate Meyer/Birthe Kundrus (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Pläne, Praxis, Reaktionen, (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 20), Göttingen 2004, S. 180–195.

Interessenkartell, personale Netzwerke und Kompetenzerweiterung. Die Beteiligten bei der „Arisierung“ und Konfiszierung jüdischen Vermögens, in: Gerhard Hirschfeld/Tobias

Jersak (Hrsg.), *Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseleiten zwischen Mitwirkung und Distanz*, Frankfurt am Main 2004, S. 45–55.

Ursula Büttner

Die verlassenen Kinder der Kirche. Die deutschen evangelischen Kirchen und die Verfolgung der Christen jüdischer Herkunft, in: Hermann Düringer/Hartmut Schmidt (Hrsg.), *Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft in der NS-Zeit – dem Vergessen ein Ende machen*, Frankfurt/M. 2004, S. 33–46.

Karl Christian Führer

Das Rundfunksystem der Weimarer Republik. Die wirtschaftlichen Grundzüge und ihre Folgen für die Entwicklung des Mediums, in: *Siegener Periodicum zur Internationalen Empirischen Literaturwissenschaft* 21, 2002, H. 1, S. 41–55 [verspätet 2004 erschienen] Hrsg. von: *Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel*, Bonn 2004

Tarifbeziehungen und Tarifpolitik als Gegenstände der Geschichtswissenschaft. Einige einführende Bemerkungen, in: Ebd., S. 7–25

Von der Selbstbestimmung der Tarifparteien zur staatlichen Verantwortung für die Lohnbildung. Das tarifliche Schlichtungswesen des Baugewerbes in der Weimarer Republik 1924–1932, in: Ebd., S. 64–113

Axel Schildt

Probleme der Moderne in Deutschland im 20. Jahrhundert, in: *Historische Rundschau* (Tokyo), Heft 1, 2004, S. 2–22.

Von der Kaufmann-Legende zur Hamburg-Legende. Heinrich Heffters Vortrag „Hamburg und der Nationalsozialismus“ in der Hamburger Universität am 9. November 1950, in: *Zeitgeschichte in Hamburg* 2003, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2004, S. 10–46.

„German Angst“. Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik, in: Daniela Münkel/Jutta Schwarzkopf (Hg.), *Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert*. Festschrift für Adelheid von Saldern, Frankfurt/M./New York 2004, S. 87–97.

Herbert Kurt Weichmann (1896–1983), in: Arno Herzig (Hg. im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien), *Schlesier des 14.–20. Jahrhunderts* (Schlesische Lebensbilder 8), Neustadt a. d. Aisch 2004, S. 263–269.

Heinrich Albertz (1915–1993), in: Ebd., S. 312–317.

Geschichten aus dem Märchenland? Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland 1964, in: *Damals. Das Magazin für Geschichte und Kultur*, Jg. 36, 2004, Heft 9, S. 8–11.

Americanization, in: Detlef Junker (Hg.), *The United States and Germany in the Era of the Cold War, 1945–1968. A Handbook*, Vol. 1, Cambridge University Press 2004, S. 635–642.

„Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten.“ Zur konservativen Tendenzwende in den 1970er Jahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 44, 2004, S. 449–478.

Josef Schmid

Kurt Barnekow. Ein Unternehmerleben. Mit einem Vorwort von Udo Bandow, Lübeck 2004.

Möbelwirtschaft und Modernisierung. Das Beispiel des Hamburger Möbelkaufmanns und -produzenten Kurt Barnekow (1910–1998), in: *Hamburger Wirtschafts-Chronik. Neue Folge* 4, 2004, S. 121–146.

Detlef Siegfried

Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaft und Linksradikalismus 1917–1922, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2004 [191 Seiten].

Kunzelmanns Rache. Öffentlichkeit und Privatheit in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: Christoph Bartmann/Hanne Roswall Laursen/Hans Peter Lund (Hrsg.), *Et opmærksomt blik. Litteratur, sprog og historie hen over grænserne. Festskrift til Per Øhrgaard*, Kopenhagen: Museum Tusulanum Forlag 2004, S. 205–220.

Was hat die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den 60er und 70er Jahren bestimmt? Was ist die „Signatur“ der als „Reformzeit“ bezeichneten Umbruchphase?, in: Jörg Calließ (Hrsg.), *Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD. Die Nachgeborenen erforschen die Jahre, die ihre Eltern und Lehrer geprägt haben (= Loccumer Protokolle 19/03)*, Rehburg-Loccum 2004, S. 41–46.

Wandel der Werte, Orientierungen und Deutungsmuster, in: Jörg Calließ (Hrsg.), *Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD. Die Nachgeborenen erforschen die Jahre, die ihre Eltern und Lehrer geprägt haben (= Loccumer Protokolle 19/03)*, Rehburg-Loccum 2004, S. 75–78.

White Negroes. Westdeutsche Faszinationen des Echten, in: Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hrsg.), *Bye Bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*, Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf 2004, S. 333–344.

„Einstürzende Neubauten“. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer „Kader“ als Formen jugendlicher Subkultur, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 44 (2004), S. 39–66.

Joachim Szodrzynski

Einleitung, in: Gustav Schmidt: *Kriegstagebuch 1939–1945*. Hrsg. vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg (Behörde für Bildung und Sport) 2004, S. 7–11.

Dorothee Wierling

Hrsg. von: *Heimat finden. Lebenswege von Deutschen, die aus Russland kommen*, Hamburg 2004.

11. Vorträge und Leitung von Tagungen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH

Volker Ackermann

„Deutschlands feinsten Verein“ – Industrie-Club e. V. Düsseldorf. Vortrag im Stadtmuseum Düsseldorf, 11.2.2004.

Linde Apel

Jüdische Frauen im KZ Ravensbrück. Vortrag in der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg, 27.1.2004.

Olga Benario – Jüdin, Kommunistin, Heldin. Vortrag in der Galerie Olga Benario, Berlin 1.4.2004.

Zum Umgang mit geschwächten Häftlingen im KZ Ravensbrück, Vortrag auf dem Workshop „Zum Umgang mit geschwächten Häftlingen in den Konzentrationslagern“ der Gedenkstätte Buchenwald, 20.–22.6.2004.

„Früher oder später erfindet jeder eine Geschichte, die er für sein Leben hält.“ Aus der Praxis der Oral History-Arbeit der „Werkstatt der Erinnerung“. Vortrag auf der Tagung des Arbeitskreises für moderne Biographik, Hamburg 16.10.2004.

Entgegengesetzte Perspektiven. Zum Verhältnis von nichtjüdischen politischen und jüdischen Häftlingen im KZ Ravensbrück. Vortrag auf der Tagung „Antisemitismus in der deutschen Linken“ der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 26.–28.11.2004.

Frank Bajohr

Expropriation and Expulsion of Jews in Nazi Germany. Vortrag in der Clark University, Worcester/USA, Center for Holocaust and Genocide Studies, 3.2.2004.

Die finanzielle Ausplünderung der Juden im „Dritten Reich“. Täter, Opfer und Beteiligte. Vortrag im Rahmen des Begleitprogramms der Ausstellung „Verfolgung und Verwaltung“, Deutsches Zollmuseum, Hamburg 10.3.2004.

Korruption und Bereicherung in der NS-Zeit. Vortrag in der Gedenkstätte Breitenau, Guxhagen bei Kassel 18.3.2004.

Die „Arisierung“ jüdischen Vermögens 1933–1945 in Hamburg. Vortrag im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „Viermal leben“ des Vereins zur Erforschung der Geschichte der Juden in Blankenese. Evangelische Kirche Hamburg-Blankenese, 15.4.2004.

Industry and corruption in the Third Reich. The example of the Reemtsma Cigarette Factories. Vortrag im Rahmen der Tagung „Industrie et Politique en Europe Occidentale“ an der Université Sorbonne, Paris 4.5.2004.

„Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Vorträge im Historischen Museum Bremerhaven (22.4.2004), Institut für Stadtgeschichte, Gelsenkirchen (28.4.2004), bei der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Dortmund (8.6.2004), in der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart (20.7.2004), Gedenkstätte Emslandlager, Papenburg (7.11.2004), Stadtbibliothek Rostock, Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (15.11.2004), Kreisvolkshochschule Bergen auf Rügen, Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

(16.11.2004), Schleswig-Holstein-Haus, Schwerin, Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (19.11.2004).

Ursula Büttner

Die Haltung der evangelischen Kirche in Deutschland zur Verfolgung der christlichen „Nichtarier“ während der NS-Zeit. Vortrag in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, 19.6.2004.

Jochen Klepper und die Verfolgung der christlich-jüdischen Mischehen. Vortrag im Rahmen des Begleitprogramms zur Wanderausstellung „Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945“. Ev.-luth. Kirche Am Kloster in Uetersen, 9.9.2004.

„Kirche, Christen, Juden in Nordelbien“. Kommentar und weiterführende Betrachtungen zur Ausstellung der Nordelbischen Kirche, Erlöserkirche Halstenbek, 14.10.2004.

„Gomorrha“. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Luftkriegs gegen Hamburg. Vortrag im Rahmenprogramm zur Einweihung des begehbaren Denkmals von Volker Lang zur Erinnerung an die Vernichtung von Rothenburgsort im „Feuerturm“ 1943, Bezirksamt Hamburg Mitte, 10.11.2004.

Karl Christian Führer

Public and Private Memory in Nazi German: The Case of the Bombing of Hamburg in July 1943, Vortrag auf der Social Science History Conference in Berlin, 26.3.2004.

Massenmedien und Stadtraum, Vortrag auf dem Deutschen Historikertag in Kiel, 17.9.2004.

Chair und Commentator für die Sektion „The Urban Experience of Modern War: Aerial Warfare and European Cities in World War II“ auf der European Conference on Urban History in Athen, 28.10.2004.

Dr. Uwe Lohalm

Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Hamburg 1933 bis 1945. Vortrag im Rahmen der Ausstellung „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ in der Finanzbehörde Hamburg, 25.1.2004.

Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Hamburg. Vortrag im Rahmen der Wanderausstellung „Kirche, Christen und Juden in Nordelbien 1933–1945“, Marktkirche Hamburg-Poppenbüttel, 1.3.2004.

„Rassereinheit“ und „Erbgesundheit“ in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft. Zwangssterilisation und Krankenmord in Hamburg 1933–1945. Vortrag im Rahmen der Ausstellung „Vom Erbgesundheitsgesetz zur Euthanasie. Verfolgung Behinderter unter dem NS-Regime in Harburg“ im Helms-Museum in Hamburg-Harburg, 3.11.2004.

Axel Schildt

Konservative Revolution. Vortrag auf der Tagung „Konservative Naturwissenschaftler = Konservative Naturwissenschaft? Ein Workshop zu Perspektiven politisch-kognitiver Wissenschaftsgeschichte“ am Forschungsinstitut und Kerschensteiner Kolleg des Deutschen Museums, München, 23.–24.1.2004.

Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Kirchen Schleswig-Holsteins nach 1945. Vortrag im Rahmen der Tagung „Kirche und Nationalsozialismus in Schleswig Holstein“, Akademie Sankelmark im Deutschen Grenzverein e.V., 23.–25.1.2004.

Elitäre Diskurse zur Nachtzeit – „Zeitgeist“-Tendenzen in Nachtprogramm und Drittem Programm des Nordwestdeutschen und Norddeutschen Rundfunks. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Radio-Boom. Hörfunkprogramme in der Nachkriegszeit“ an der Universität Hamburg, 3.2.2004.

Bindung an den Konservatismus. Vortrag auf der Tagung „Distanz zum Unrecht“: Zum Spannungsverhältnis zwischen individuellen biographischen Bindungen und Bindungen an Teilmilieus für das Widerstehen, Universität Karlsruhe, 27./28.3.2004.

Hamburg – eine Großstadt nach dem Dritten Reich. Eröffnungsvortrag für das Kontaktstudium der Universität Hamburg im Sommersemester 2004, 7.4.2004.

Alte und neue Blicke auf das 20. Jahrhundert. Vortrag auf dem Kolloquium anlässlich der Verabschiedung von Prof. Dr. Adelheid von Saldern, Historisches Seminar der Universität Hannover, 23.4.2004.

Blicke auf die Zeitgeschichte. Festvortrag auf der Emeritierungsfeier zu Ehren von Prof. Dr. Klaus Saul, Institut für Geschichte der Universität Oldenburg, 30.4.2004

Heinrich Heffters Tätigkeit an der „Forschungsstelle zur Geschichte Hamburgs 1933–1945“. Vortrag beim Kolloquium „Geschichtswissenschaft und kommunale Selbstverwaltung“ des Historischen Seminars der Technischen Universität Braunschweig, 15.6.2004.

Tendenzen und Probleme der wissenschaftlichen Zeitgeschichtsschreibung. Eröffnungsvortrag der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für die Geschichte der Medizin, Technik und die Naturwissenschaften (DGGMNT), Universität Mainz, 24.9.04.

Kommentar zur Sektion „Jugend(sub)kultur, Studentenmilieu und Gewalt“ der Tagung „Terrorismus und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik der 1970er Jahre“ am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, 7.–9.10.2004.

Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Vortrag in der Galerie Morgenland/ Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 19.10.2004

Zwischen Kulturpessimismus und Amerikanisierung. Leitbilder und Lebensformen im Wandel. Vortrag im Rahmen der Tagung des Archivs der deutschen Jugendbewegung „Die Wiederbelebung jugendbündischer Kulturen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft (1945–1960)“ auf der Burg Ludwigstein, 29./31.10.2004.

Baugeschichte – Stadtgeschichte – Gesellschaftsgeschichte. Vortrag im Rahmen des Kolloquiums „Methoden der Baugeschichte“ der Hamburgischen Architektenkammer in der Hochschule für Bildende Künste, Hamburg, 5./6.11.2004.

Die öffentliche Thematisierung der NS-Zeit in der frühen Bundesrepublik. Vortrag vor der Universitätsgesellschaft, Hamburg, 18.11.2004.

Suburbane Erfahrungsräume. Das schleswig-holsteinische Umland von Hamburg. Vortrag im Rahmen der Tagung „Auf dem Weg zur Entgrenzung des Städtischen? Zur Transformation urbaner Öffentlichkeiten durch Medien und Kommunikationssysteme in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, Evangelische Akademie Loccum, 19.–21.11.2004.

Schlusskommentar zur Tagung „Demokratische Übergänge. Das Ende der Nachkriegszeit und die neue Verantwortung“ des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Göttingen 26./27.11.2004.

Amerikanisierung versus Sowjetisierung? Wandlung in der west- und ostdeutschen Alltagskultur während der 50er und 60er Jahre. Vortrag im Rahmen der Tagung „Mitten in Europa – deutsche Geschichte seit 1945“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloss Wendgräben, 7.–12.12.2004.

Detlef Siegfried

Gegenkultur und Konsumindustrie in den 60er Jahren. Vortrag in der Universität Hannover, Institut für Soziologie, 2.2.2004.

Grenzen der Sinnstiftung. Selbstbestimmung, Hedonismus und Jugendarbeit in der Konsumgesellschaft der frühen 60er Jahre. Vortrag auf der Konferenz „Die Zeiten ändern sich ... Annäherung an Theorie und Funktionsbestimmungen einer zeitgemäßen Kinder- und Jugendarbeit“, Evangelische Akademie Loccum, 5.5.2004.

„Time Is On My Side“. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gegenkultur und Revolte – die westdeutsche Studenten- und Jugendbewegung der 60er Jahre“ der Geschichtswerkstatt Eimsbüttel/Galerie Morgenland, 11.5.2004

Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Vorlieben kommunistischer „Kader“. Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „Zwischen Flokati und Kalaschnikow. Neuere Forschungen zur Gesellschaftsgeschichte der 70er Jahre“ in der FZH, 13.5.2004.

Intellektuelle, Radikalismus und Flugzeugproduktion bei Junkers in den 20er Jahren. Vortrag in der Hochschule für bildende Künste, Hamburg 30.6.2004.

Leitung der Sektion „Eine ‚zweite Gründung‘? ‚1968‘ und die langen 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik“ (gemeinsam mit Dr. Christina von Hodenberg) auf dem 45. Deutschen Historikertag, Kiel 14.–17.9.2004.

„Turn On, Tune In, Drop Out“. Gegenkulturen und Massenkultur in der Konsumgesellschaft. Vortrag ebd.

Ästhetik des Anderseins. Subkulturen zwischen Hedonismus und Militanz 1965–1970. Vortrag auf der Konferenz „Terrorismus und Innere Sicherheit in der Bundesrepublik der 1970er Jahre“ im Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld, 7.10.2004.

Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neueignung der Provinz durch die „Gegenkultur“ der 70er Jahre. Vortrag auf der Tagung „Auf dem Weg zur Entgrenzung des Städtischen? Medien und Kommunikation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, Evangelische Akademie Loccum, 20.11.2004.

Joachim Szodrzynski

Der Nachrichtendienst und sein Dichter. Carl Zuckmayers „Geheimreport“. Eine Erprobung der Thesen aus Pierre Bourdieus „Die Intellektuellen und die Macht“. Vortrag auf der internationalen Bourdieu-Tagung „Text und Feld“, veranstaltet von Humboldt-Universität und FU Berlin, 5.–8.2.2004.

Dorothee Wierling

Eine Familie im Krieg. Lily, Heinrich und Otto Braun 1914–1918. Vortrag in der Universität Tübingen, Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“, 30.1.2004.

Teilnahme am panel „Zeitgeschichte als Streitgeschichte“ im Rahmen des wissenschaftlichen Begleitprogramms zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in Hamburg, Hamburger Institut für Sozialforschung, 23.2.2004.

Love and War. A Family correspondence 1914 to 1918, Vortrag im Rahmen der internationalen Ringvorlesung „Love in Europe“, Universität Ljubljana, Peace Institute, 27.2.2004.

Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie. Vortrag im Centre Marc Bloch, Berlin 3.3.2004.

Diskussion zum Buch „Geboren im Jahr Eins“, Volkshochschule Wuppertal, 15.3.2004.

Cohort or Generation? The 1949ers in the GDR. Vortrag auf der Tagung „Towards a Biographical Turn?“ des German Historical Institute, Washington D.C., 26.3.2004.

Ein Jahrgang – eine Generation? Der Geburtsjahrgang 1949 in der DDR. Erfahrungen und Erinnerungen. Vorträge in den Universitäten Kopenhagen (23.4.2004), Kassel (18.5.2004), Magdeburg (18.6.2004)

Der Blick auf das Eigene Andere. Autoren und ihre Objekte im Dokumentarfilm der DDR nach dem Mauerbau. Vortrag im Rahmen der „Hamburger Gespräche zur Geschichtswissenschaft“, Universität Hamburg, 30.6.2004.

„Nach um Eins macht Jeder Seins“. Alltags- und Hochmoral in der DDR. Vortrag im Kulturwissenschaftlichen Institut des Landes Nordrhein-Westfalen, Essen 2.10.2004.

Kind, Familie, Staat. Familiäre Sozialisation in der frühen DDR. Vortrag im Rahmen der Tagung „Frühkindliche Sozialisation in Nachkriegsdeutschland, Universität Konstanz, 5.10.2004.

„Sie sagten Nein“: Verweigerung in der DDR (Paneldiskussion der Bundesbehörde zur Sicherung der Unterlagen der Staatssicherheit; „Birthlerbehörde“), Berlin 7.10.2004.

Geliebter Klassenfeind? Die DDR und die USA. Paneldiskussion im Rahmen der gleichnamigen Tagung, Universität Heidelberg, Zentrum für Amerikaforschung, 17.11.2004.

Leitung der Sektion „Die Stadt als Fest und Theater“ auf der Tagung „Auf dem Weg zur Entgrenzung des Städtischen?“, Evangelische Akademie Loccum, 19.–21.11.2004.

Der Jahrgang 1949 in der Schule des Sozialismus, Vortrag auf der Tagung „Schule und Sozialisation“, Universität Mannheim, 22.11.2004.

Teilnahme am Expertengespräch „Die Quellen der ‚Staatssicherheit‘ und ihre wissenschaftliche Auswertung“, Bundesbehörde zur Sicherung der Unterlagen der Staatssicherheit („Birthlerbehörde“), Berlin 26.11.2004

12. Lehrveranstaltungen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der FZH

Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft

Dr. Linde Apel

Geschichte als Erzählung? Theorie und Praxis der Oral History (Übung; Wintersemester 2003/04).

Dr. Frank Bajohr

Die Deportation der Juden aus Deutschland 1938–1945. Ergebnisse neuerer Forschungen (Forschungskolloquium mit Dr. Beate Meyer; Wintersemester 2004/05).

Prof. Dr. Karl Christian Führer

Wie schreibt man eine gelungene Seminararbeit? (Kolloquium, Wintersemester 2003/2004, Sommer, Sommersemester 2004).

Presse und Journalisten im „Dritten Reich“ 1933–1939 (Hauptseminar, Wintersemester 2004/05).

Prof. Dr. Axel Schildt

Geschichte der Bundesrepublik III. Die siebziger und achtziger Jahre (Vorlesung, Wintersemester 2003/04).

Vom Wiederaufbau zur modernen Metropole: Hamburg in den 1950er bis 1960er Jahren (Hauptseminar, Wintersemester 2003/04).

Massenmedien im 20. Jahrhundert (Vorlesung, Sommersemester 2004).

Stadt und Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert (Vorlesung, Wintersemester 2004/2005).

Die Weimarer Republik (Einführung in die Geschichtswissenschaft, Teil I und II, Sommersemester 2004, Wintersemester 2004/05).

Neuere Forschungen einer sozial- und kulturhistorisch orientierten Zeitgeschichte (Oberseminar Wintersemester 2003/04; Sommersemester 2004; Wintersemester 2004/05).

Dr. Detlef Siegfried

Der Strukturwandel von Öffentlichkeit und Privatheit in der Bundesrepublik der 1960er Jahre (Übung, Wintersemester 2004/05).

PD Dr. Dorothee Wierling

Der Erste Weltkrieg als Erfahrung und Erinnerung (Einführung in die Geschichtswissenschaft, Teil 2, Wintersemester 2003/04).

Lebensgeschichte und Geschichte. Autobiographien von Historikern des 20. Jahrhunderts (Übung, Sommersemester 2004).

Zusammenbruch und Aufbau, Besatzung und Parteiherrschaft – die SBZ/DDR 1945 bis 1955 (Hauptseminar, Wintersemester 2004/05)

Universität Hamburg, Fachbereich Sozialwissenschaften, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Prof. Dr. Ursula Büttner

Republikaner in der Defensive. Die Beurteilung der Wirtschafts- und Staatskrise in ausgewählten Zeitschriften (1928–1933) (Oberseminar, Sommersemester 2004).

Der Alltag der Judenverfolgung. Viktor Klemperers Tagebücher aus der NS-Zeit (Übung Lektürekurs, Wintersemester 2004/05).

**Universität Hamburg, Fachbereich Kulturgeschichte und Kulturkunde,
Institut für Volkskunde**

Frauke Paech, M. A.

Verfilmte Erinnerung – Perspektiven für den aktuellen volkskundlich-kulturwissenschaftlichen Film (Mittelseminar, Sommersemester 2004).